

Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen

Band 11

Impressum

Herausgeber :

Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen

Redaktion:

Petra Rose, Hans Lohmann

Preis dieser Ausgabe: 3,00 EUR

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05,
40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51,
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-2516/3516
Telefax: 0211 442006
Internet: <http://www.lids.nrw.de>
E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

sowie der Buchhandel.

Pressestelle:

0211 9449-2521/2518

Zentraler Informationsdienst:

0211 9449-2495/2525

© Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik NRW, Düsseldorf, 2003

Für nicht gewerbliche Zwecke sind
Vervielfältigung und unentgeltliche
Verbreitung, auch auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet. Die Verbrei-
tung, auch auszugsweise, über elek-
tronische Systeme/Datenträger bedarf
der vorherigen Zustimmung. Alle üb-
rigen Rechte bleiben vorbehalten.

Bestell-Nr. Z 08 1 2003 55

ISSN 1619-506X

Inhalt

Räumliche Mobilität und Familienzyklus – eine Analyse auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels	3
Dr. Johannes Stauder	
Lebenslagen älterer Menschen	13
Dr. Johannes Stauder	
Entwicklung des Gastgewerbes 1998 bis 2002	36
Dipl.-Soziologin Petra Rose	

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Räumliche Mobilität und Familienzyklus

– eine Analyse auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels

Dr. Johannes Stauder

Mit der Erstellung des Mikrozensus-Panels wird es in Zukunft möglich sein, Ereignisse des Familienzyklus im Längsschnitt auf der Basis einer großen Stichprobe mit Teilnahmepflicht zu untersuchen. Allerdings können auf Grund der Stichprobenanlage solche Personen nicht berücksichtigt werden, die die Wohnung gewechselt haben. Dies kann dann zu Ergebnisverzerrungen führen, wenn ein enger Zusammenhang zwischen der räumlichen Mobilität und den zu untersuchenden Prozessen besteht. In dem folgenden Beitrag wird der Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und verschiedenen Ereignissen des Familienzyklus auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht, um Ausmaß und Richtung der zu erwartenden Verzerrungen im Mikrozensus-Panel näherungsweise zu bestimmen. Berücksichtigt werden hierbei Veränderungen, die sich zwischen zwei Jahren vollziehen. Die präsentierten Ergebnisse zeigen, dass kein genereller Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und den ausgewählten Ereignissen des Familienzyklus besteht. Ein sehr enger Zusammenhang zeigt sich bei den Ereignissen der Partnerschaftsbiographie (Haushaltsgründung- und -auflösung, Trennung und Scheidung), während die Ereignisse „Geburt eines Kindes“, „Auszug eines Kindes“ und „Verwitwung“ mit der räumlichen Mobilität kaum korrelieren.

1 Einleitung

Mit der Erstellung eines Längsschnittdatensatzes aus den Daten des Mikrozensus 1996 bis 1999 (MZ-Panel), an der gegenwärtig im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen gearbeitet wird, steht erstmals ein Datensatz zur Analyse von personen- und haushaltsbezogenen Veränderungen zur Verfügung, der auf einer Erhebung mit Teilnahmepflicht basiert und eine sehr große Anzahl an Fällen aufweist. Ein wesentliches methodisches Problem besteht bei der Längsschnittanalyse auf der Basis des Mikrozensus darin, dass aufgrund des Stichprobendesigns fortgezogene Haushalte und Personen nicht wiederbefragt werden (siehe Zühlke 2001). Diese systematischen Ausfälle können dann zu Ergebnisverzerrungen führen, wenn die räumliche Mobilität mit denjenigen haushalts- und personenbezogenen Veränderungen zusammenhängt, die auf der Basis des Mikrozensus (MZ)-Panels untersucht werden sollen.

Bisherige Analysen haben gezeigt, dass kein genereller Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und anderen haushalts- und personenbezogenen Veränderungen besteht (Zühlke/Hetke 2002; Zühlke 2003), sondern dieser Zusammenhang für die jeweilige inhaltliche Fragestellung geprüft werden muss. Daher werden im Folgenden Zusammenhänge zwischen räumlicher Mobilität und unterschiedlichen Ereignissen des Familienzyklus auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht.

Hierzu werden zunächst die vorliegenden Untersuchungen dargestellt (2). Nach einer Beschreibung des verwendeten Datenmaterials und der Diskussion seiner Aussagekraft (3) thematisiert der Beitrag einige methodische Aspekte (4) und präsentiert dann Analysen auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels, mit denen die Auswirkungen der Vernachlässigung räumlicher Mobilität auf Ereignisse des Familienzyklus beschrieben werden können (5). Dabei werden folgende Ereignisse berücksichtigt: (Erst-)Heirat, Haushaltsgrün-

dung mit dem ehelichen oder nicht ehelichen Partner, Trennung vom nicht ehelichen und ehelichen Partner, Scheidung, Verwitwung, Geburt und Auszug der Kinder. Auf der Grundlage dieser Analysen wird zum Abschluss die Bedeutung der Ergebnisse für die Längsschnittanalysen auf der Basis des Mikrozensus diskutiert (6).

2 Bisherige Untersuchungsergebnisse zu systematischen Ausfällen im Mikrozensus-Panel

Die systematischen Ausfälle im Mikrozensus-Panel und ihre Auswirkung auf die Ergebniserstellung wurden bislang von Heidenreich (2002) sowie von Zühlke und Hetke (2002, vgl. auch Zühlke 2003) untersucht.

Heidenreich (2002) analysiert den Zusammenhang zwischen soziodemographischen Merkmalen wie zum Beispiel Alter, Haushaltsgröße, Haushaltsnettoeinkommen oder Gemeindegroßenklassen und räumlicher Mobilität. Er kommt zu dem Ergebnis, dass auf der Ebene kompletter Haushalte bei Personen im Alter von 18 bis 35 Jahren, bei Ausländer(inne)n, bei Erwerbslosen, bei geringem Haushaltseinkommen sowie in Gemeinden mit über 200 000 Einwohner(inne)n weit überdurchschnittliche Umzugsanteile festzustellen seien. Der Umzug von Einzelpersonen konzentrierte sich insbesondere bei Personen im Alter von 15 bis 30 Jahren, bei Ausländer(inne)n sowie bei Personen mit hohem Haushaltseinkommen.

Heidenreich (2002: 22) vergleicht weiterhin die Anzahl der nicht ehelichen Lebensgemeinschaften in den Längsschnittdaten und in den Querschnittdaten des Mikrozensus der Jahre 1998 und 1999. Während die Anzahl der nicht ehelichen Lebens-

gemeinschaften in den Querschnittdaten zugenommen hat, wird auf der Basis der Längsschnittdaten ein Rückgang verzeichnet. Heidenreich führt dies auf die unterschiedlichen Ausfallprozesse zurück, die zu einer Selektivität der Längsschnittdaten führen. Da jedoch neben dem Fehlen der räumlich mobilen Haushalte und Personen auch weitere Ausfallprozesse wie Nichterreichbarkeit, fehlende Antworten und mangelnde Zusammenführbarkeit der Datensätze aus zwei oder mehreren Jahren¹⁾ zum Tragen kommen, können auf Basis dieser Analysen keine Aussagen über die Auswirkungen des Fehlens der räumlich mobilen Haushalte und Personen auf die Ergebnisse gemacht werden.

Zühlke und Hetke (2002) haben daher direkte Vergleiche zwischen räumlich mobilen und räumlich immobilen Personen auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels durchgeführt. Im Vordergrund stand bei diesen Analysen der Zusammenhang zwischen der räumlichen Mobilität und unterschiedlichen Arbeitsmarktprozessen. Die Analysen zeigen, dass kein genereller Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und Arbeitsmarktprozessen besteht. Nur bei einer sehr geringen Anzahl von Wechselarten – namentlich beim Übergang von Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit in die Erwerbstätigkeit – sind deutliche Unterschiede zwischen räumlich mobilen und räumlich immobilen Personen festzustellen. Doch auch bei diesen Wechselarten wirkt sich die Vernachlässigung räumlich mobiler Personen nur in geringem Maße auf die Wechselquote aus, da die Gruppe der räumlich mobilen Personen relativ klein ist.²⁾

Es ist zu vermuten, dass der Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und den familiären Veränderungen enger ist, da beispielsweise bei der Gründung oder Auflösung eines gemeinsamen Haushaltes mindestens der Umzug eines der Partner erforderlich ist. Eine erhöhte räumliche Mobilität ist weiterhin bei Geburten, Auszügen der Kinder und Verwitwungen zu erwarten, da sich durch diese Ereignisse der Wohnflächenbedarf verändern kann (Frick 1996: 45).

3 Das Datenmaterial

Das Sozio-oekonomische Panel

Die vorgelegten Ergebnisse beruhen auf Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) der Erhebungsjahre 1996 bis 1999. Hierbei handelt es sich um eine repräsentative Längsschnittbefragung, die seit 1984 einmal im Jahr von der Projektgruppe „Sozio-oekonomisches Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt wird.³⁾ Die Grundgesamtheit, die der Stichprobenziehung für die erste Welle im Jahr 1984 zugrunde lag, umfasste die in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlins.

Befragt werden in jedem Jahr dieselben Haushalte und darin alle Personen, die älter als 15 Jahre sind,⁴⁾ auch wenn sie ihre Wohnung gewechselt haben.⁵⁾ Für die vorliegende Untersuchung ist insbesondere bedeutsam, dass einzelne Personen, die aus einem Haushalt ausziehen, Mitglieder der Stichprobe bleiben und weiter befragt werden, ebenso alle anderen Mitglieder ihres neuen Haushaltes.

Durch Zuzüge in bestehende Befragungshaushalte, durch Kinder in den Haushalten, die das „Untersuchungsalter“ erreichen, und durch die Haushaltswechsel von Befragungspersonen wird die Stichprobe zwar jährlich aufgestockt, trotzdem nimmt die Anzahl der Befragungshaushalte und -personen infolge der so ge-

nannten Panelmortalität von Jahr zu Jahr ab. Die Hauptursache hierfür liegt neben der natürlichen Mortalität in der Verweigerung der weiteren Teilnahme sowie in der Nichterreichbarkeit der Haushalte. Um diese Verluste zu kompensieren, wurde die Stichprobe im Jahr 1998 aufgestockt. Weitere ergänzende Stichproben wurden erstmalig 1990 (Haushalte der damaligen DDR) bzw. 1994 und 1995 (Haushalte mit Personen, die seit 1984 nach Westdeutschland zugewandert sind) einbezogen.

Um die ermittelten Ergebnisse in Beziehung zu den späteren Analysen auf der Basis des Mikrozensus setzen zu können, wird für die folgenden Analysen die Gesamtstichprobe des SOEP für die Jahre 1996 bis 1999 einschließlich der Kinder im Alter von unter 16 Jahren genutzt. Da die Stichprobe faktisch disproportional geschichtet ist, werden hochgerechnete Ergebnisse dargestellt. Hierfür werden die Faktoren genutzt, die im Datenbestand des SOEP enthalten sind. Die Hochrechnungsfaktoren für die Startwelle werden in einem mehrstufigen Verfahren ermittelt, in welches neben dem spezifischen Erhebungsdesign des SOEP ein Vergleich der Randverteilungen mit den Daten des Mikrozensus eingeht.⁶⁾

Für die Gewichtung der weiteren Wellen werden anschließend Bleibewahrscheinlichkeiten ermittelt, indem einerseits die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Kontaktaufnahme und andererseits die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Antwortgewährung aus Informationen geschätzt werden, die aus den vorangegangenen Erhebungswellen sowie aus der Feldarbeit über die ausgefallenen Erhebungseinheiten vorliegen. Die Wahrscheinlichkeit, an allen Panelwellen teilzunehmen, wird anschließend aus dem Produkt der Einzelwahrscheinlichkeiten berechnet.⁷⁾

Im Jahr 1996 wurden 6 817 private Haushalte im Rahmen des SOEP befragt, in denen 17 041 Personen einschließlich Kindern lebten. Diese Zahl der Haushalte ist im Folgejahr gesunken, lag jedoch in den Jahren 1998 und 1999 – bedingt durch die

1) Vgl. hierzu Heidenreich (2002: 217). – 2) Vgl. Zühlke und Hetke (2002: 23). – 3) Detaillierte Informationen über die Inhalte, Anlage und methodische Umsetzung der Studie sind bei Hanefeld (1987) sowie in den jeweils aktuellen Benutzerhandbüchern der Projektgruppe zu finden (siehe Haisken-DeNew/Frick 2000). – 4) Es liegen aber auch Informationen über die in den Haushalten lebenden Kinder vor, die im Rahmen des Haushaltsinterviews ermittelt werden. – 5) Eine Ausnahme bilden lediglich Umzüge in das Ausland. – 6) Siehe hierzu Haisken-DeNew und Frick (2000: 146); Pischner (2000). – 7) Vgl. hierzu Pischner (1994); Rendtel (1995); Rendtel, Wagner und Frick (1995).

Aufstockung der Stichprobe mit 7 601 bzw. 7 319 Haushalten – deutlich darüber.

Für die vorliegenden Analysen wurden zunächst drei Längsschnittdatensätze auf Personenebene gebildet, die die Zeiträume 1996/97, 1997/98 und 1998/99 umfassen. Berücksichtigt wurden hier alle Personen, die jeweils an beiden Befragungen teilgenommen haben. Der erste Längsschnittdatensatz umfasst 6 423 Haushalte und 16 014 Personen. Im darauf folgenden Zeitraum liegt die Fallzahl etwas darunter, während sich für den letzten Zeitraum – bedingt durch eine zwischenzeitliche Aufstockung der Stichprobe (vgl. Zühlke/Hetke 2002: 16) wieder eine etwas höhere Fallzahl ergibt. Auf Nordrhein-Westfalen entfallen im Durchschnitt ein Fünftel der befragten Haushalte und Personen.

Um zu verlässlichen Ergebnissen zu gelangen, wurden diese drei Längsschnittdatensätze gepoolt, d. h. von jeder Person der Stichprobe liegen bis zu drei Längsschnittbeobachtungen über einen Einjahreszeitraum vor. Alle Analysen beziehen sich damit auf die durchschnittliche relative Anzahl an Ereignissen in den jeweiligen Perioden.

Zur Aussagekraft der Ergebnisse

Für die Aussagekraft der durchzuführenden Analyse ist neben dem grundsätzlichen Problem der Freiwilligkeit der Erhebungsteilnahme die Panelmortalität von Bedeutung. Unter „Panelmortalität“ versteht man den Sachverhalt, dass einige der be-

fragten Personen im Folgejahr nicht mehr an der Befragung teilnehmen. Während die natürliche Mortalität durch Tod die Aussagekraft der Ergebnisse dabei nicht beeinträchtigt, können die Nichterreichbarkeit und die Verweigerung der weiteren Teilnahme die Aussagekraft der Ergebnisse beeinträchtigen – und zwar dann, wenn sich die ausgefallenen Haushalte von den nicht ausgefallenen hinsichtlich der darzustellenden Merkmale systematisch unterscheiden. Es stellt sich daher insbesondere die Frage, ob die ausgefallenen Haushalte und Personen im Sozio-oekonomischen Panel häufiger räumlich mobil sind und häufiger familiäre Veränderungen aufweisen. Während zu den familiären Veränderungen aufgrund der fehlenden Informationen nicht unmittelbar Analysen durchgeführt werden können, weisen die Analysen der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ darauf hin, dass räumlich mobile Haushalte und Personen seltener wiederbefragt werden als räumlich immobile (Pannenberg 2000: 16f).

Das Problem der erhöhten Panelmortalität bei räumlicher Mobilität wird bei der Längsschnittgewichtung berücksichtigt, indem die Tatsache, dass ein Haushalt die Wohnung gewechselt hat, in die Schätzung der Bleibewahrscheinlichkeiten eingeht. Eine Analyse von Frick (1996) ergibt in diesem Zusammenhang, dass durch die Längsschnittgewichtung die unterschiedlichen Teilnahme-wahrscheinlichkeiten der räumlich mobilen und der räumlich immobilen Haushalte kompensiert werden können.

Die höheren Verweigerungsquoten in räumlich mobilen Haushalten können allerdings nur bei der Gewichtung im Längsschnitt kompensiert werden. Dies gilt jedoch nicht für die Untererfassung dieser Gruppe in der ersten Panelwelle. Im Ergebnis ist daher eher von einer leichten Unterschätzung der räumlich mobilen Haushalte im SOEP auszugehen.⁸⁾ Da jedoch bei den folgenden Analysen die systematischen Unterschiede des Mobilitätsverhalten der räumlich

mobilen und der räumlich immobilen Haushalte und Personen im Vordergrund stehen, dürfte eine Unterschätzung der räumlich Mobilen die Aussagekraft der Ergebnisse nicht einschränken.

Ein weiteres Problem hinsichtlich der Analyse von Ereignissen im Lebenszyklus könnte die signifikante Unterschätzung von Scheidungen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes darstellen. Rendtel (1995: 238ff) vergleicht für die Jahre 1985 bis 1990 die Ereignishäufigkeit von Geburt, Tod und der Scheidung von Ehepaaren im SOEP mit entsprechenden Registerdaten. Während sich bei den ersten beiden Ereignisarten keine signifikante Abweichung zwischen den Ergebnissen des SOEP und den Registerdaten zeigt, ist die Unterschätzung bei Scheidungen, die von Frauen angegeben werden, bedeutsam. Diese Unterschätzung ist für die anstehende Untersuchung allerdings nur dann problematisch, wenn sich die fehlenden Ereignisse bei den räumlich mobilen oder den räumlich immobilen Personen konzentrieren. Da es hierfür keine Hinweise gibt, ist davon auszugehen, dass zwar Scheidungen im Sozio-oekonomischen Panel im Vergleich zu den Registerdaten unterschätzt werden, dies jedoch keine Auswirkungen auf die Aussagekraft der Vergleiche zwischen räumlich mobilen und räumlich immobilen Haushalten und Personen hat.⁹⁾

4 Methodische Aspekte

Räumliche Mobilität

Als räumlich mobil kann man zunächst alle Personen klassifizieren, die zwischen 1996 und 1997, 1997 und 1998 oder 1998 und 1999 ihre Wohnung gewechselt haben.¹⁰⁾ Dabei wird jeder Wechsel der Wohnung erfasst, selbst wenn dieser innerhalb eines Hauses stattfand. Dies bedeutet, dass auch solche Personen als räumlich mobil gekennzeichnet werden, die aus einem Haushalt fortgezogen sind, um einen neuen Haushalt zu gründen.

8) Vgl. Zühlke/Hetke (2002: 18). – 9) Rendtel stellt einige Überlegungen bezüglich der Ursache der Unterschätzung an. Sie könnte danach zum Ersten auf einen Item-Nonresponse zurückzuführen sein. Zum Zweiten wäre es möglich, dass das Ereignis „Scheidung“ zu höheren Ausfallraten führt als es allein die Haushaltsmobilität impliziert. Zum Dritten wäre nach Rendtels Überlegungen möglich, dass die Wahrscheinlichkeiten der Antwortgewährung von geschiedenen Ehepartnern – entgegen der Annahme bei der Bildung der Längsschnittgewichte – nicht unabhängig voneinander sein könnten. Aus allen genannten Erklärungsmöglichkeiten erwächst jedoch kein Grund zu der Annahme, die Unterschätzung konzentriere sich besonders auf räumlich mobile oder immobile Personen. – 10) Vgl. Zühlke/Hetke (2002).

Neben der Klärung der Beziehung zwischen räumlicher Mobilität und dem Auftreten von Ereignissen des Familienzyklus besteht das Anliegen des vorliegenden Beitrages darin, mit Hilfe des SOEP abzuschätzen, wie sich die aus dem Querschnittserhebungsdesign des Mikrozensus resultierende Vernachlässigung räumlich mobiler Personen auf die Analyse dieser Ereignisse im MZ-Panel auswirken wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht bei allen familiären Veränderungen die Informationen der räumlich Mobilen fehlen. Ausnahmen ergeben sich bei Trennungen und Scheidungen für den Fall, dass ein Partner in der gemeinsamen Wohnung verbleibt und somit die Informationen über die räumlich mobile Person aus den Angaben ihres ehemaligen Partners abgeleitet werden können.¹¹⁾

Für eine spätere Analyse von Trennung und Scheidung mit den Daten des MZ-Panels fallen daher nur diejenigen räumlich mobilen Personen aus, bei denen auch der Partner verzogen ist.

In den folgenden Analysen auf der Basis des SOEP wird daher auch dargestellt, wie sich diese zusätzlichen Informationen auf die Ergebnisse auswirken. Die entsprechenden Er-

gebnisse werden mit dem Zusatz „Variante“ gekennzeichnet.¹²⁾

Wie Tabelle 1 ausweist, kann der Anteil auf Grund räumlicher Mobilität ausfallender Datensätze durch die Berücksichtigung der Partnerinformation jedoch nur geringfügig verringert werden.

Im kumulierten Längsschnittdatensatz des SOEP (vgl. 3) waren von hochgerechnet 193 152 937 Personen¹³⁾ zwar 17 730 708 mobil, was einem Anteil von 9,2 % entspricht; zieht man von diesen – entsprechend der oben diskutierten Variation der Abgrenzung räumlich mobiler Personen – alle Personen ab, deren (ehemaliger) Partner weiterhin in der ursprünglich gemeinsamen Wohnung lebt, so gelangt man zu 17 404 860 Personen oder 9,0 %. Für Nordrhein-Westfalen sinkt dieser Anteil durch die genannte Variation stärker von 7,9 % auf 6,3 %.

Zur Abbildung von Ereignissen

Um Ereignisse des Familienzyklus abzubilden, wurde eine Itembattery des SOEP ausgewertet, in der nach Heirat,

Zusammenzug mit dem Partner, Scheidung, Trennung, Verwitwung, Auszug der Kinder aus dem Elternhaus, Geburt eines Kindes und sonstigen Veränderungen der familiären Situation im letzten Jahr sowie nach dem Monat des Ereignisses gefragt wurde. Sofern eine dieser Fragen bejaht wurde, wird in der folgenden Analyse ein Ereignis des Familienzyklus gezählt. Hierdurch werden alle Ereignisse erfasst, die innerhalb eines Jahres stattfanden. Zukünftige Auswertungen des MZ-Panels dagegen könnten auf den ersten Blick ungenauer erscheinen, da bei jenem Datenmaterial nicht retrospektiv nach familiären Veränderungen gefragt wird, sondern lediglich Informationen über die Veränderung des Zustandes zwischen zwei Zeitpunkten ausgewertet werden können (Mit der Ausnahme der Eheschließung; hier liegt das Jahr der Heirat vor.). Dies ist insbesondere bei eng aufeinanderfolgenden Ereignissen, die einander absorbieren, bedeutsam. Beispielsweise kann innerhalb eines Jahres die Trennung von einem unehelichen Partner erfolgen und im gleichen Jahr die Haushaltsgründung mit einem neuen Partner. Solche Ereignisabfolgen werden durch die retrospektive Abfrage dieser Ereignisse im SOEP abgebildet.¹⁴⁾ Im Gegensatz dazu wird in einer Auswertung des MZ-Panels, die sich ausschließlich auf den Vergleich von Zuständen beschränkt, zunächst keines der beiden Ereignisse abgebildet, weil die Person zu beiden Zeitpunkten mit einem Partner zusammenlebt, sich also im gleichen Zustand befindet. Da Ereignisse des Familienzyklus i. d. R. Informationen über die Veränderung in den Beziehungen zu anderen im Haushalt lebenden Personen darstellen und der Mikrozensus als Haushaltserhebung angelegt ist, lässt sich jedoch über geeignete Vergleichsmerkmale überprüfen, ob es sich bspw. beim Partner noch um den gleichen Partner handelt oder um einen anderen. Hierdurch dürften sich in fast allen Fällen auf den ersten Blick nicht entdeckte Ereignisse identifizieren lassen. So können neben den Angaben zum Zuzug zum Haushalt jene zum Geburtsjahr des Partners zu beiden Zeitpunkten ausgewertet werden, und es kann auf Konsistenz bei den Angaben zur Ausbildung geachtet werden.

1. Aus den Längsschnittdatensätzen 1996 – 1999*) kumulierte Zahl der Personen**) im Bundesgebiet und NRW nach räumlicher Mobilität					
Gebiet	Kumulierte Zahl der Personen				
	insgesamt	darunter räumlich mobile Personen			
		zusammen		darunter Personen mit räumlich mobilem Partner und ohne Partner ¹⁾	
		Anzahl	%	Anzahl	%
ungewichtete kumulierte Fälle					
Bundesgebiet	38 549	3 514	9,2	3 355	8,7
NRW	7 578	632	8,3	597	7,9
hochgerechnete kumulierte Fälle					
Bundesgebiet	193 152 937	17 730 708	9,2	17 404 860	9,0
NRW	53 196 091	4 184 298	7,9	3 366 301	6,3

*) für die Zeiträume 1996/97, 1997/98, 1998/99) – **) älter als 16 Jahre – 1) Variante – – Quelle: Sozio-oekonomisches Panel, 1996-99, eigene Berechnungen

11) Die Auswertung weiterer Merkmale muss sich bezüglich der mobilen Person dann jedoch auf die Zeit vor dem Umzug beschränken. – 12) Durch dieses Vorgehen wird es auch unerheblich, ob als Analyseeinheit Einzelpersonen oder Paare gewählt werden. – 13) Die hohen Zahlen ergeben sich dabei durch Kumulation der Längsschnitte über drei Perioden. Sie haben weniger eine empirische als eine methodische Relevanz und sind genauegenommen als die Summe vollständiger, auf Personenebene individuell zurechenbarer einjähriger Zeitepisoden zu interpretieren, die von der Bevölkerung in Deutschland zwischen 1996 und 1999 durchlebt wurden. Zu den ungewichteten und den hochgerechneten Fallzahlen in den einzelnen Längsschnittdatensätzen siehe Zühlke/Hetke (2002: 17). – 14) Vgl. zu Unterschieden in der Datenqualität zwischen „reinen“ Paneldaten und retrospektivem Erhebungsdesign u.a. Peters (1988).

Zur Bestimmung von Ereignisquoten

Die Möglichkeit eines bestimmten familiären Ereignisses ist nicht für alle Personen der Bevölkerung gleichermaßen gegeben. So können sich nur verheiratete Personen scheiden lassen, eine Heirat ist erst ab einem bestimmten Alter legal möglich und ein Kind können nur Frauen in einer bestimmten Lebensphase gebären.

Um aussagekräftige Ereignisquoten zu bestimmen, muss die Anzahl der Ereignisse in einem bestimmten Zeitraum auf die Anzahl aller Personen bezogen werden, für die im gleichen Zeitraum die Möglichkeit eines Ereignisses bestand. Diese Personen-Gruppe wird dann als „Population unter Risiko“ oder als „Risikopopulation“ bezeichnet.

Für jedes der untersuchten Ereignisse wird diese Bezugsgröße im Folgenden gesondert bestimmt. Für alle Auswertungen gilt jedoch, dass sie sich auf die Bevölkerung im Alter von 16 Jahren und älter beziehen. Die Kriterien, nach denen für die vorliegenden Analysen die jeweilige Population unter Risiko ausgewählt wurde, sind zusammenfassend der Tabelle 2 zu entnehmen.

2. Definition der jeweiligen „Population unter Risiko“ für familiäre Ereignisse	
Ereignis	Population unter Risiko ¹⁾
Heirat	Unverheiratete Personen
Haushaltsgründung mit Partner	Personen, die nicht mit einem ehelichen oder nicht ehelichen Partner zusammenleben
Scheidung	Verheiratete Personen
Trennung I	Verheiratete Personen
Trennung II	Personen mit nicht ehelichem Partner im Haushalt
Verwitung	Verheiratete Personen
Geburt	Frauen im Alter von 16 bis unter 45 Jahren
Auszug der Kinder	Eltern, die mit Kindern im Haushalt leben

1) Personen im Alter von 16 und mehr Jahren

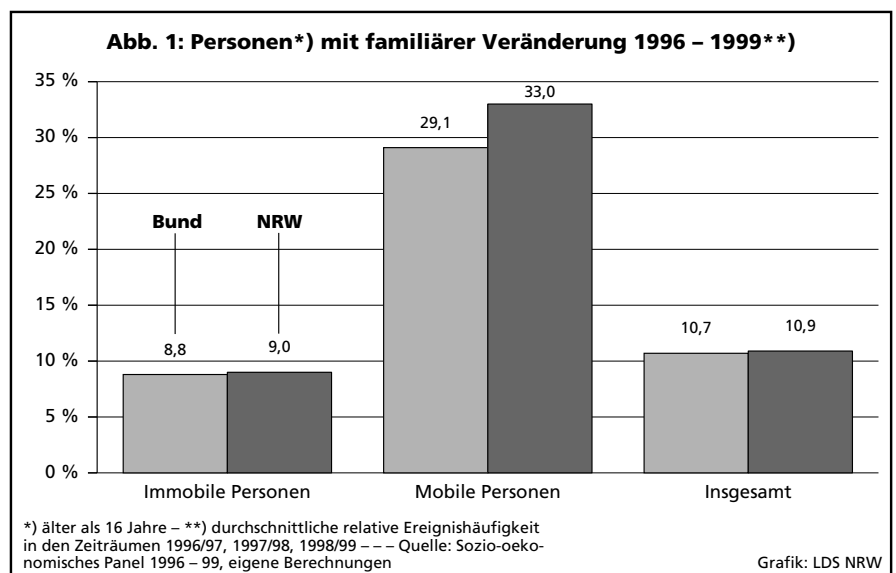
Zusammenhänge zwischen räumlicher Mobilität und Ereignissen des Familienzyklus

Im Folgenden werden nun Ergebnisse auf der Basis des SOEP präsentiert. Im Vordergrund steht hierbei der Vergleich zwischen räumlich mobilen und räumlich immobilen Personen. Dieser Vergleich soll gleichzeitig Aufschluss über die Richtung und das Ausmaß möglicher Verzerrungen im MZ-Panel geben, die aus den systematischen Ausfällen infolge räumlicher Mobilität entstehen. Zentraler Indikator für das Ausmaß der Verzerrung ist in Tabelle 3 auf Seite 11 dabei einerseits die Prozentsatzdifferenz der Ereignisquote unter den immobilen Personen unter Risiko minus der Ereignisquote unter der Gesamtbevölkerung unter Risiko (absoluter Fehler). Dieser Indikator kann für sich genommen jedoch trügerisch sein, da sich die Auswirkungen einer Unter- oder Überschätzung letztlich danach bemessen, wie groß die ursprüngliche Quote war. Daher wird diese Prozentsatzdifferenz in Tabelle 3 zusätzlich noch an der Ereignisquote unter der Gesamtbevölkerung unter Risiko relativiert und das Ergebnis in Prozent ausgewiesen (relativer Fehler).

lierten Datenmaterial des SOEP eine – wie auch immer geartete – Veränderung ihrer familiären Situation erlebt haben. Mobile Personen weisen einen wesentlich höheren Anteil an Personen mit familiärem Ereignis auf als immobile Personen (Bund: 29,1 % vs. 8,8 %; NRW: 33,0 % vs. 9,0 %).

Um die Folgen einer Nichtberücksichtigung räumlich mobiler Personen, wie sie im MZ-Panel erfolgen muss, auf der Basis der vorliegenden Ergebnisse unter Verwendung des SOEP abschätzen zu können, sind jedoch die Ergebnisse bezüglich der immobilen Personen mit den Ergebnissen für die Gesamtbevölkerung zu vergleichen. Es ergibt sich durch die Beschränkung auf immobile Personen ein Anteilswert von 8,8 % auf Bundes- und 9,0 % auf Landesebene. Bei Betrachtung aller Personen betrugen diese Werte hingegen 10,7 % bzw. 10,9 %. Damit errechnet sich zunächst eine absolute Unterschätzung des Anteils der Personen mit familiärem Ereignis um 1,9 Prozentpunkte auf Bundes- wie auf Landesebene. Der relative Fehler beträgt auf Bundesebene 17,4 %. (Vgl. Tabelle 3.)

Da die mobilen Personen nur eine kleine Gruppe innerhalb der Gesamt-



Ereignisse des Familienzyklus insgesamt

In einer ersten Annäherung weist Abbildung 1 den Anteil an Personen aus, die im hochgerechneten kumu-

bevölkerung darstellen (vgl. Tabelle 1), wiegt der zunächst festgestellte große Unterschied zwischen dieser Gruppe und den immobilen Personen im Mittel also nicht ganz so schwer. Angesichts des beträchtli-

chen relativen Fehlers können die Abweichungen jedoch nicht vernachlässigt werden.

Allerdings ist kaum anzunehmen, dass räumliche Mobilität mit allen Arten familiärer Veränderung gleichermaßen einhergeht: Bei Trennung und Gründung eines gemeinsamen Haushaltes liegt räumliche Mobilität mindestens eines Partners in der Natur der Sache, bei der Geburt eines Kindes und anderen Ereignissen wird sie dagegen eher indirekt über eine Veränderung des Wohnflächenbedarfes induziert. Daher werden die Ergebnisse – auf Bundesebene – im Folgenden (Abbildung 2–4) für die jeweiligen Ereignisarten getrennt dargestellt.

Heirat, Erstheirat und Haushaltsgründung mit dem Partner

Zunächst sollen hier die Ereignisse untersucht werden, die eine Partnerschaft begründen können.

Bei der Haushaltsgründung mit einem Partner wird dabei als Risikopopulation auf alle Personen abgehoben, die zum Startzeitpunkt der untersuchten Zeiträume nicht mit einem ehelichen oder nicht ehelichen Partner zusammenlebten. Ein Ereignis weisen alle Personen auf, die ohne Heirat zusammenziehen wie auch solche, die mit der Heirat einen gemeinsamen Haushalt gründen.

Die Population unter Risiko für eine Heirat setzt sich dagegen aus allen Personen zusammen, die nicht den Familienstand „verheiratet“ aufweisen. Im Unterschied dazu beschränkt sich die Population unter Risiko für das Ereignis „Erstheirat“ auf jene Personen, die den Familienstand „ledig“ aufweisen.

Die Wahrscheinlichkeit von unverheirateten Personen, zwischen zwei Untersuchungszeitpunkten zu heiraten, liegt für alle Personen unter Risiko bei 3,0 % (vgl. hier und im Fol-

genden Abbildung 2). Bei räumlich mobilen Personen in dieser Risikopopulation lässt sich eine deutliche Konzentration des Heiratereignisses feststellen. In dieser Subpopulation finden sich 8,5 % Personen, die im einjährigen Untersuchungszeitraum geheiratet haben. Beschränkt man sich dagegen auf immobile Personen, so beträgt die Wahrscheinlichkeit nur 2,3 %. Trotz des hohen Anteils in der Subgruppe der räumlich mobilen Personen beschränkt sich die Verzerrung im Vergleich räumlich mobiler Personen mit der Gesamtpopulation damit auf eine Unterschätzung um 0,8 Prozentpunkte.¹⁵⁾ Diese Abweichung hält sich noch in Grenzen, auch wenn sie in Relation zum Ausgangswert von 3,0 % eine relative Unterschätzung um 25,2 % darstellt (vgl. Tabelle 3).

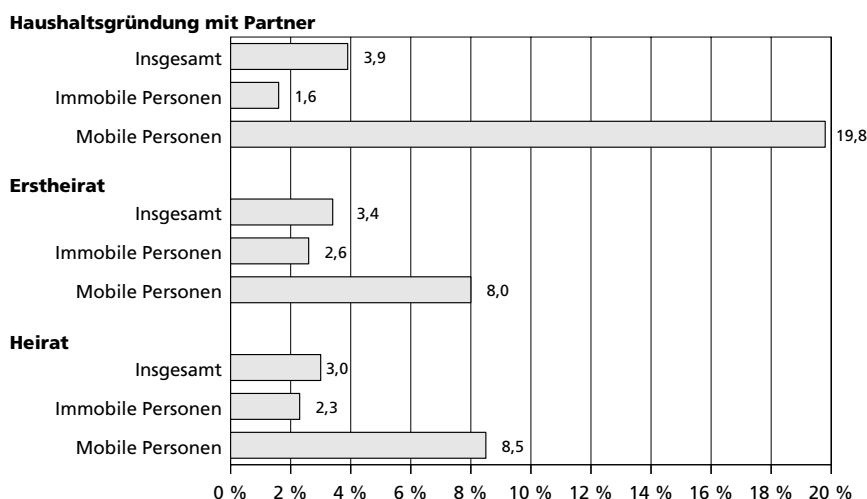
Beschränkt man die Population unter Risiko auf ledige Personen und untersucht mithin den Anteil der Personen, die zum ersten Mal heiraten, so ist dieser Anteil in der gesamten Population unter Risiko wie in der Subpopulation der räumlich mobilen Personen etwas höher (3,4 % bzw. 2,6 %). Die Konzentration des Ereignisses „Erstheirat“ auf räumlich mobile Personen ist nicht ganz so stark wie bei der Analyse aller Heiraten (8,0 % zu 8,5 %). Die relative Abweichung des Ergebnisses für die räumlich immobile Risikopo-

pulation von jenem für die gesamte Population unter Risiko ist daher mit 23,2 % (vgl. Tabelle 3) etwas niedriger als bei Einbezug aller nicht verheirateten Personen.

Möchte man allerdings die Gründung eines gemeinsamen Haushaltes mit einem ehelichen oder nicht ehelichen Partner untersuchen, so ist hier der Anteil an Personen mit Ereignis unter der mobilen Subpopulation extrem höher als in der immobilen: Fast 20 % der räumlich mobilen Risikopopulation ist mit einem ehelichen oder nicht ehelichen Partner zusammengezogen. Bei Beschränkung auf die immobilen Personen errechnet sich ein Anteil der Personen mit Zusammenzug mit dem Partner von 1,6 % an jenen, die im Jahr zuvor ohne Partner im Haushalt angetroffen wurden. Untersucht man dagegen die gesamte Population unter Risiko, so beträgt der entsprechende Anteil 3,9 %. Beschränkt man also eine Untersuchung auf räumlich immobile Personen, so unterschätzt man diesen Anteilswert im Vergleich zur Gesamtpopulation um 2,3 Prozentpunkte. Bezogen auf den Ausgangswert von 3,9 % für die gesamte Risikopopulation ergibt sich damit eine relative Verzerrung von 58,4 % (vgl. Tabelle 3).

Die stärkere Konzentration auf räumlich mobile Personen bei Zu-

Abb. 2: Anteil der Personen*) mit Heirat, Erstheirat sowie Haushaltsgründung mit Partner an der jeweiligen Population unter Risiko) im Bundesgebiet 1996–1999***) nach räumlicher Mobilität**



*) älter als 16 Jahre – **) Vgl. Tabelle 2. – ***) durchschnittliche relative Ereignishäufigkeit in den Zeiträumen 1996/97, 1997/98, 1998/99 – – Quelle: Sozio-oekonomisches Panel 1996–99, eigene Berechnungen

Grafik: LDS NRW

sammenzug ehelicher bzw. nicht ehelicher Partner im Vergleich zur Heirat lässt sich dadurch erklären, dass Haushaltsgründung und Eheschließung im Lebensverlauf jüngerer Kohorten zumeist nicht mehr zusammenfallen: Zuerst erfolgt die Haushaltsgründung und nach einer gewissen Zeit – oft in Zusammenhang mit der Geburt des ersten Kindes – die Heirat.¹⁶⁾ Damit ist das Ereignis der Heirat zunehmend seltener mit räumlicher Mobilität eines oder beider Partner verbunden, was die geringere Verzerrung bei Beschränkung auf immobile Personen bezüglich dieses Ereignisses im Vergleich zur Haushaltsgründung erklärt.

Die Auflösung von Partnerschaften: Scheidung und Trennung

Bezüglich der Auflösung von Partnerschaften werden sich im MZ-Panel technisch drei Ereignisarten unterscheiden lassen: Die Trennung von unverheiratet zusammenlebenden Partnern, die Trennung von verheirateten Partnern und die Scheidung.

Die Population unter Risiko besteht in der vorliegenden Untersuchung auf der Basis des SOEP für das erste dieser Ereignisse aus allen Personen, die in einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt leben. Ein Ereignis wird als gegeben angenommen, wenn die befragte Person angab, sich von ihrem Partner getrennt zu haben.

Bezüglich der Trennung von verheirateten Personen wird das Ereignis über das gleiche Item definiert; allerdings besteht die Population unter Risiko aus verheirateten Personen.

Dies ist auch die Definition der Risikopopulation für die Untersuchung des Ereignisses „Scheidung“. Eine

Scheidung wird als gegeben angesehen, wenn der Befragte angab „wurde geschieden“.

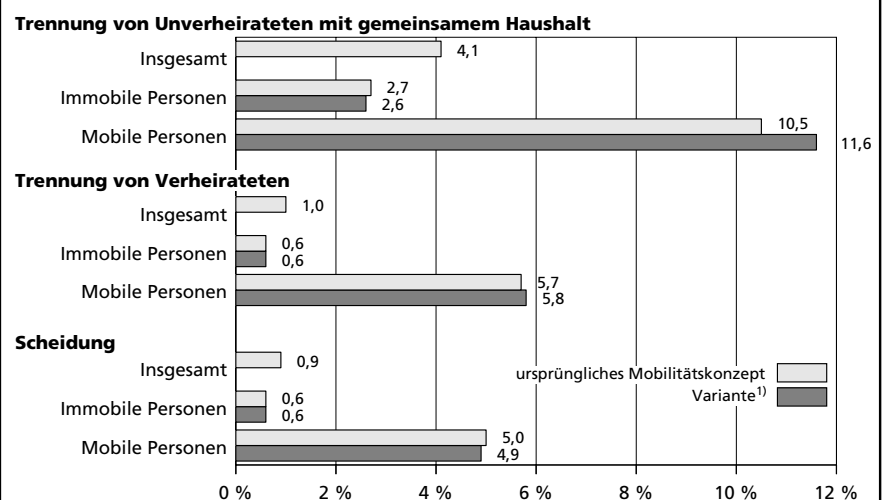
Unter der jeweiligen Population unter Risiko erscheint der Anteil derjenigen Personen besonders hoch, die sich von ihrem Partner, mit dem sie unverheiratet zusammenlebten, getrennt haben (10,5 %). Insgesamt trennten sich innerhalb der je einjährigen Untersuchungszeiträume 4,1 % aller Personen, die unverheiratet mit einem Partner zusammenlebten von diesem; in der räumlich mobilen Subpopulation unter Risiko sind es nur 2,7 %. Berücksichtigt man, dass bei der Analyse dieses Ereignisses im MZ-Panel nur jene Personen ausfallen werden, bei denen auch der ehemalige Partner umzieht und projiziert dies auf die vorliegende Analyse auf der Basis des SOEP, so beträgt der Anteil 2,6 % (absoluter Fehler in beiden Fällen: -1,4 Prozentpunkte¹⁷⁾. Verwendet man also den Anteil an Trennungen in der Subpopulation der räumlich mobilen Personen als Schätzer für die gesamte Population unter Risiko, so liegt der relative Fehler bei 33,6 %. Bei Anwendung der Variation zur Projektion der Informationsverhältnisse im MZ-Panel beträgt die Unterschätzung sogar 36,9 % (vgl. Tabelle 3, vorletzte und letzte Spalte).¹⁸⁾

Eine Trennung und Scheidung verheirateter Partner ist mit 1,0 % bzw.

0,9 % in der Gesamtpopulation unter Risiko relativ seltener als die Trennung nicht ehelicher Paare. Doch auch hier ist die Konzentration der Scheidungs- (4,9 %) bzw. Trennungseignisse (5,8 %) auf räumlich mobile Personen sehr deutlich. Im Vergleich der jeweiligen gesamten Risikopopulation mit der immobilen Subpopulation (hier liegen die Anteilswerte jeweils bei 0,6 %) zeigt sich absolut gemessen zunächst nur eine geringe Abweichung von nur 0,4 bzw. 0,3 Prozentpunkten. Dies gilt unabhängig davon, ob man die oben beschriebene Variation zur Abbildung der Minimierung der Ausfälle im MZ-Panel anwendet oder nicht. Relativiert man diese Abweichungen jedoch am Anteilswert für die gesamte verheiratete Bevölkerung (Tabelle 3, letzte Spalte), so erkennt man, dass sie diesen um ein gutes Drittel (37,4 % bei Trennung, 34,7 % bei Scheidung) reduziert.

Dass sich die Trennung von unverheirateten und verheirateten Personen auf räumlich mobile Personen konzentriert und mithin der Anteilswert der immobilen Personen signifikant niedriger liegt als jener für die Gesamtpopulation, erscheint unmittelbar einleuchtend, da eine Trennung von Paaren meist eine räumliche Trennung im gleichen Zeitraum impliziert und damit die räumliche Mobilität mindestens eines der ehemaligen Partner.

Abb. 3: Anteil der Personen*) mit Trennung oder Scheidung an der jeweiligen Population unter Risiko) im Bundesgebiet 1996 – 1999***) nach Familienstand und räumlicher Mobilität**



*) älter als 16 Jahre – **) Vgl. Tabelle 2. – ***) durchschnittliche relative Ereignishäufigkeit in den Zeiträumen 1996/97, 1997/98, 1998/99 – 1) Vgl. Kapitel 4. – – – Quelle: Sozio-oekonomisches Panel 1996 – 99, eigene Berechnungen

Grafik: LDS NRW

Nicht so bei der Scheidung: Diese abschließt sich erst mit einiger Verzögerung einer Trennung an, da das deutsche Scheidungsrecht i. d. R. mindestens ein Trennungsjahr vorsieht, bevor die zivilrechtliche Scheidung ausgesprochen wird. Der durch die Trennung induzierte Umzug ist daher in der Zeitperiode, in der die Scheidung ausgesprochen wird, meist bereits vollzogen. Das Ereignis der Scheidung scheint jedoch trotzdem – lange nach der Trennung – die Wahrscheinlichkeit räumlicher Mobilität zu erhöhen.¹⁹⁾

Verwitung, Geburt oder Auszug eines Kindes

Die bisherige Untersuchung hat gezeigt, dass zwischen Ereignissen der Partnerschaftsbiografie und räumlicher Mobilität recht deutliche Zusammenhänge bestehen. Dabei wurde die Auflösung einer Ehe durch den Tod eines Partners bisher nicht

auch bei den ebenfalls in diesem Abschnitt untersuchten Ereignissen Geburt bzw. Auszug eines Kindes steht bei Verwitung eher ein veränderter Wohnflächenbedarf hinter einem eventuellen Umzug. Die relevante Population unter Risiko bezüglich der Verwitung besteht wie bei der Ehescheidung aus allen verheirateten Personen; ein Ereignis ist gegeben, wenn die befragte Person angegeben hat, der Ehepartner sei gestorben.

Der Anteil der verheirateten Personen, die in den untersuchten Zeiträumen ihren Ehepartner durch Tod verlieren, liegt bei 0,7 % (vgl. Abbildung 4). Bei den räumlich mobilen Personen liegt der Anteil nur bei 0,5 %, bei den räumlich immobilen Personen wiederum bei 0,7 %. Durch eine Beschränkung der Untersuchungspopulation auf räumlich immobile Personen, wie sie im MZ-Panel notwendig würde, entsteht somit eine kaum messbare Überschät-

Ähnlich wie bei der Bestimmung von Fertilitätskennziffern wird für die vorliegende Untersuchung die Risikopopulation für das Ereignis „Geburt“ auf Frauen im Alter von 16 bis unter 45 Jahren beschränkt.

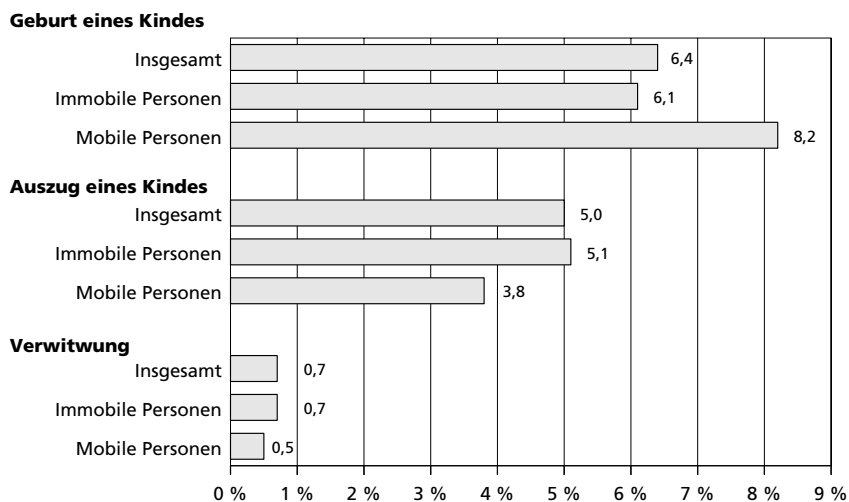
Die jeweiligen Anteile der Frauen mit Geburt eines Kindes in dieser Risikopopulation sind ebenfalls in Abbildung 4 dargestellt.

Bei räumlich mobilen Frauen stellt sich häufiger Nachwuchs ein als bei räumlich immobilen (8,2 % vs. 6,1 %). Der Grund hierfür liegt, wie bereits in Anschluss an Frick (1996: 45) erörtert, wahrscheinlich in dem durch die Vergrößerung des Haushalts angezeigten höheren Wohnflächenbedarf. Der Geburtenanteil lag in der gesamten Risikopopulation dagegen bei 6,4 %. Auf Grund des geringen Anteils räumlich mobiler Personen in der gesamten Stichprobe unterschätzt man den Anteil der Frauen mit Geburt durch eine Beschränkung der Analyse auf räumlich immobile Personen also nur geringfügig um drei Zehntel Prozentpunkte, was einem relativen Fehler von 4,8 % entspricht (vgl. Tabelle 3).

Im Gegensatz zum Ereignis „Geburt“ besteht die Risikopopulation beim Auszug eines Kindes aus allen Personen, die mit mindestens einem Kind zusammenleben. Bei einem Elternpaar sind beide Partner vom Auszug betroffen, so dass beide zur Risikopopulation zählen. Genau genommen wird somit also nicht der eigentliche Auszug betrachtet, sondern die Betroffenheit der Eltern hiervon.

Räumlich mobile Personen trifft dieses Ereignis seltener (3,8 %) als immobile (5,1 %). Dies ist vor dem Hintergrund plausibel, dass Umzüge im Eheverlauf eher in der Familiengründungs- und -expansionsphase stattfinden; in der Phase, in der die Kinder den Haushalt verlassen, sind die Partner beruflich und privat so stark verwurzelt, dass ein Umzug unwahrscheinlicher ist. Eine unmittelbare Wohnraumanpassung findet offensichtlich selten statt. Die Auswirkung

Abb. 4: Anteil der Personen*) mit Geburt bzw. Auszug eines Kindes oder Verwitung an der jeweiligen Population unter Risiko) im Bundesgebiet 1996 – 1999***) nach räumlicher Mobilität**



*) älter als 16 Jahre – **) Vgl. Tabelle 2. – ***) durchschnittliche relative Ereignishäufigkeit in den Zeiträumen 1996/97, 1997/98, 1998/99 – – – Quelle: Sozio-oekonomisches Panel 1996 – 99, eigene Berechnungen

Grafik: LDS NRW

berücksichtigt. Im Unterschied zu den oben untersuchten Ereignissen liegt die mögliche Ursache räumlicher Mobilität bei der Verwitung nicht in der notwendigen Teilung von Haushalten begründet. Wie

zung des Ereignisses. Eine Verwitung induziert offenbar nicht eine unmittelbare Anpassung der Wohnfläche an den Bedarf.

Zum Schluss werden nun noch Ereignisse der Kindschaftsbiografie untersucht: die Geburt eines Kindes und der Auszug eines Kindes aus dem Elternhaus.

19) Ein Grund hierfür könnte sein, dass mit der Klärung der Eigentumsverhältnisse im Zuge des Scheidungsverfahrens die Geschiedenen provisorische Wohnungen zu Gunsten einer langfristigen Lösung verlassen.

einer Beschränkung der Analyse auf räumlich immobile Personen, die es auf der Basis des SOEP für das MZ-Panel zu projizieren gilt, ist minimal, da in der gesamten Population unter

räumlich mobile Haushalte und Personen aufgrund des Stichprobendesigns nicht berücksichtigt werden können. Daher wurden in dem vorliegenden Beitrag auf der Basis des

nerbiografie durch eine Beschränkung auf räumlich immobile Personen umzugehen, könnte sich im Rahmen eines noch zu entwickelnden Konzeptes zur Längsschnittgewichtung und Hochrechnung des MZ-Panels abzeichnen. Im Rahmen weiterführender Arbeiten wird in diesem Zusammenhang geprüft, ob die auf der Basis des MZ-Panels ermittelte Zahl der Eheschließungen und Scheidungen an die Ergebnisse der amtlichen Bevölkerungsstatistik angepasst werden kann. Bezüglich der Haushaltsgründung und der Trennung von Paaren ist eine solche Anpassung an Registerdaten leider nicht möglich. Hier ist weiter zu untersuchen, ob die Güte von Analysen zu diesen Ereignissen eventuell im Rahmen der durchzuführenden Längsschnittgewichtung hinreichend gesteigert werden kann.

Bisher wurden Verzerrungen bei der Analyse von Arbeitsmarktprozessen und Ereignissen des Familienzyklus lediglich auf der Basis eines aus zwei Erhebungszeitpunkten bestehenden Panels betrachtet. Es ist daher geplant, den Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und diesen Ereignissen auf der Basis eines längeren Untersuchungszeitraumes mit mehr als zwei Erhebungszeitpunkten zu untersuchen.

Literatur

Frick, Joachim (1996): Lebenslagen im Wandel: Determinanten kleinräumlicher Mobilität in Westdeutschland. Frankfurt a. M./New York

Haisken-DeNew, John P./Frick, Joachim R. (Eds.) (2000): Desktop Companion to the German Socio-Economic Panel Study. Unpublished paper, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Hanefeld, Ute (1987): Das sozio-oekonomische Panel: Grundlagen und Konzeption. Band 1 der Reihe: Sozioökonomische Daten und Analysen für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main/New York

3. Ergebnisüberblick							
Ereignisart	Personen ¹⁾ unter Risiko mit Ereignis ²⁾			Differenz der absoluten Fehler		Relativer Fehler	
	immobile Personen	immobile Personen (Variante)	insgesamt	ursprüngliches Mobilitätskonzept	Variante	ursprüngliches Mobilitätskonzept	Variante
	%						
Insgesamt	8,8	8,9	10,7	-1,9	-1,8	-17,4	-17,0
Heirat	2,3	x	3,0	-0,8	x	-25,2	x
Erstheirat	2,6	x	3,4	-0,8	x	-23,2	x
Haushaltsgründung mit Partner	1,6	x	3,9	-2,3	x	-58,4	x
Scheidung	0,6	0,6	0,9	-0,3	-0,3	-35,7	-34,7
Trennung von Verheirateten	0,6	0,6	1,0	-0,4	-0,4	-37,4	-37,4
Trennung von Unverheirateten mit gemeinsamem Haushalt	2,7	2,6	4,1	-1,4	-1,4	-33,6	-34,9
Verwitung	0,7	x	0,7	0	x	1,7	x
Auszug eines Kindes	5,1	x	5,0	0,1	x	2,2	x
Geburt eines Kindes	6,1	x	6,4	-0,3	x	-4,8	x

1) älter als 16 Jahre – 2) durchschnittliche relative Ereignishäufigkeit in den Zeiträumen 1996/97, 1997/98, 1998/99 – – – Quelle: Sozio-oekonomisches Panel, Wellen 1996 – 99, eigene Berechnungen

Risiko ein Anteil von 5,0 % realisiert wird. Dies entspricht einer Überschätzung um einen Zehntel Prozentpunkt durch die Beschränkung auf immobile Personen und damit einem relativen Fehler von 2,2 % (vgl. Tabelle 3).

Die Ereignisse Geburt, Auszug eines Kindes sowie die Verwitung sind also nur in sehr geringem Ausmaß von einer Verzerrung betroffen. Der Auszug der Kinder und die Verwitung werden bei Beschränkung auf räumlich immobile Personen geringfügig über-, die Geburt eines Kindes dagegen leicht unterschätzt.

6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Mit der Erstellung des MZ-Panels wird es möglich, Ereignisse des Familienzyklus auf der Basis eines Längsschnittdatensatzes zu untersuchen, der eine große Fallzahl umfasst und auf einer Teilnahmepflicht basiert. Hierbei ergibt sich ein wesentliches methodisches Problem daraus, dass

Sozio-oekonomischen Panels Vergleiche zwischen räumlich Mobilen und räumlich Immobilen durchgeführt und untersucht, inwiefern sich beide Gruppen hinsichtlich unterschiedlicher Ereignisse im Familienzyklus unterscheiden. Berücksichtigt wurden hierbei Veränderungen, die sich zwischen zwei Erhebungsjahren vollziehen. Auf der Basis dieser Ergebnisse können die Richtung und das Ausmaß der Verzerrungen, die im MZ-Panel aufgrund der systematischen Ausfälle zu erwarten sind, näherungsweise bestimmt werden. Die präsentierten Ergebnisse zeigen, dass kein genereller Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und familiären Veränderungen besteht. Ein enger Zusammenhang zeigte sich insbesondere bei der Partnerschaftsbiographie (Haushaltsgründung und -auflösung, Trennung, Scheidung), während die Ereignisse „Geburt eines Kindes“, „Auszug eines Kindes“ und „Verwitung“ kaum mit der räumlichen Mobilität korrelieren.

Ein Weg, mit dem Problem der Untererfassung von Ereignissen der Part-

Heidenreich, Hans-Joachim (2002): Längsschnittanalysen aus dem Mikrozensus: Basis für neue Analyse-möglichkeiten. Allgemeines Statistisches Archiv 86: 213 – 231

Klein, Thomas (1999): Pluralisierung versus Umstrukturierung am Beispiel partnerschaftlicher Lebensformen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 51, 469 – 490

Pannenberg, Markus (2000): Documentation of Sample Sizes and Panel Attrition in the German Socio-Economic Panel (GSOEP) (1984 until 1998). Diskussionspapier Nr. 196. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Peters, H. Elizabeth (1988): Retrospective versus Panel Data in Analyzing Lifecycle Events. The Journal of Human Resources 23: 488 – 513

Pischner, Rainer (1994): Quer- und Längsschnittgewichtung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). In: Gabler, Siegfried/Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P./Krebs, Dagmar (Hrsg.): Gewichtung in der Umfragepraxis. Opladen

Pischner, Rainer (2000): Überarbeitete Querschnittshochrechnung der Wellen G-N (1990 - 1997) des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) unter Einbeziehung der Ergänzungsstichprobe E (Welle O). Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Rendtel, Ulrich (1995): Lebenslagen im Wandel: Panelausfälle und Panelrepräsentativität. Frankfurt a. M./New York

Rendtel, Ulrich/Wagner, Gerd/ Frick, Joachim (1995): Eine Strategie zur Kontrolle von Längsschnittgewich-

tungen in Panelerhebungen: Das Beispiel des Sozio-oekonomischen Panels. Allgemeines Statistisches Archiv 79, 252 – 277

Zühlke, Sylvia (2001): Längsschnittanalysen auf der Basis des Mikrozensus: Methodische Probleme und Lösungsansätze. Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen 4, 3 – 13

Zühlke, Sylvia / Hetke, Uwe (2002): Räumliche Mobilität und Arbeitsmarktprozesse. Eine Analyse auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels. Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen 1, 15 – 23

Zühlke, Sylvia (2003): Systematische Ausfälle im Mikrozensus-Panel: Ausmaß und Auswirkungen auf die Qualität von Arbeitsmarktanalysen. Allgemeines Statistisches Archiv 87, 39 – 58

Statistisches Jahrbuch NRW 2002

Handlich, dick, blau, informativ und mit beige packter CD-ROM ist die aktuelle Ausgabe 2002 des Statistischen Jahrbuches für Nordrhein-Westfalen. Dieses „Buch des Wissens“ bietet auf fast 800 Seiten eine Fülle von Informationen aus den verschiedensten Bereichen der amtlichen Statistik. Mit der dem Buch beige geklebten CD bietet sich PC-Nutzern die Möglichkeit, die Inhalte des Statistischen Jahrbuchs auch elektronisch weiterzuverarbeiten. Informationen zur Nutzung sowie notwendige „Browser“ werden auf der CD mitgeliefert.

Das Statistische Jahrbuch NRW zeichnet nicht nur ein Bild der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation des Landes, sondern es zeigt zugleich auch viele Strukturen und Entwicklungstendenzen auf. Wenn man die im Jahrbuch für die Bevölkerung des Landes dargestellten Strukturen auf ein Dorf mit 1 000 Einwohnern projizieren würde, so ergäben sich für die Einwohnerschaft dieses Dorfes folgende Konstellationen:

- 513 Frauen, 487 Männer;
- 193 Kinder und Jugendliche, 173 Menschen im Alter von mindestens 65 Jahren;
- 890 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, 36 Türk(inn)en, 27 EU-Ausländer(inn)en, 10 Asiat(inn)en, 5 Afrikaner(inn)en, 2 Amerikaner(inn)en;
- 501 Verheiratete;
- 167 allein Lebende;
- 9 im Laufe des Jahres 2001 Neugeborene, 10 Gestorbene
- 17 im Jahresverlauf 2001 von außerhalb des Landes Zugewogene, 14 Fortgezogene;
- 10 Lehrer(inn)en;
- 44 Arbeitslose.
- 325 Beschäftigte im Dienstleistungsbereich, 131 im Produzierenden Gewerbe, 7 in der Landwirtschaft;



Erhältlich ist das Statistische Jahrbuch NRW 2002 mit CD-ROM, das 29,- Euro kostet und neben neuen statistischen Ergebnissen für das Land selbst auch einige Übersichten mit Resultaten für die Kreise und kreisfreien Städte NRWs sowie Eckdaten für die 16 deutschen Bundesländer präsentiert, entweder direkt beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (40476 Düsseldorf, Mauerstr. 51) oder über den Buchhandel (ISBN 3-935372-24-8).

Lebenslagen älterer Menschen

Dr. Johannes Stauder

In dem vorliegenden Beitrag wird ein differenziertes Bild der Bevölkerung ab 65 Jahren in Nordrhein-Westfalen gezeichnet. Wo und vor allem wie leben ältere Menschen bei uns? Leben sie allein oder mit einem Partner bzw. einer Partnerin zusammen? Sind alte Menschen heute durch das Renten- und Pensionssystem ausreichend abgesichert oder gibt es noch das Phänomen der Altersarmut? Benötigen sie Hilfe bei der Verrichtung alltäglicher Tätigkeiten? Unter Auswertung der Bevölkerungsstatistik, der Pflegestatistik und des Mikrozensus werden ältere Menschen nach Altersgruppen differenziert betrachtet und der erwachsenen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gegenübergestellt. Die wichtigsten Ergebnisse zeigen, dass der Anteil älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren weiter ansteigen wird und dass das Phänomen der Altersarmut quantitativ an Bedeutung verloren hat.

1 Einleitung

Der Wandel der Altersstruktur in der Bundesrepublik Deutschland und in Nordrhein-Westfalen stellt Politik und Gesellschaft vor eine große Herausforderung. Die Lebenserwartung der Menschen steigt; gleichzeitig werden rückläufige Geburtenzahlen gemeldet. Schon heute liegt der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren in Nordrhein-Westfalen wesentlich höher als noch vor 10 Jahren. Mit dieser quantitativen Veränderung der Altersstruktur geht jedoch auch eine qualitative Veränderung der Gesellschaft und der Lebensbedingungen einher. Martin Kohli (2000: 10) diagnostiziert daher auch einen Bedeutungswandel des Alterns: Er finde seinen Ausdruck darin, dass der Ruhestand seinen Charakter als „Restzeit“, die es irgendwie zu durchleben gelte, verloren habe und zu einer eigenständigen Lebensphase geworden sei.

Welche Entwicklung zeichnet sich bezüglich der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren für Nordrhein-Westfalen ab? Wie leben Menschen diesen Alters bei uns? Mit welchen Menschen leben sie zusammen? Sind alte Menschen heute durch das Renten- und Pensionssystem ausreichend abgesichert? Wann und unter welchen Bedingungen benötigen sie Hilfe? Diesen Fragen geht dieser Bericht nach, der ausschließlich amtliche Da-

tenquellen – namentlich die Bevölkerungsstatistik, die Pflegestatistik, die Statistik der Sozialhilfe und den Mikrozensus – auswertet.

Im Folgenden werden zunächst Umfang und Charakter der relevanten Bevölkerungsgruppen sowie ihre relative Bedeutung beschrieben (Kapitel 2). Es folgt eine Untersuchung der wichtigsten Lebensformen älterer Menschen (Kapitel 3). Danach wird das Interesse auf die Besonderheiten in der räumlichen Verteilung älterer Menschen gelenkt (Kapitel 4). Ebenfalls wird ausführlich auf die materielle Ausstattung älterer Menschen eingegangen (Kapitel 5), bevor der Hilfe- und Betreuungsbedarf thematisiert wird (Kapitel 6). Den Abschluss bildet eine Zusammenfassung mit Ausblick (Kapitel 7). Im Anhang werden einige methodische Details für den interessierten Leser weiter ausgeführt.

2 Entwicklung der Altersstruktur

2.1 Ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen lebten am 31. Dezember 2001 3,13 Mill. Menschen im Alter von 65 Jahren und älter. Dies waren rund 483 Tsd. Personen mehr als noch 1991 und entspricht für diesen Zeitraum einem

Anstieg von 18,2 %. Die Bevölkerung insgesamt wuchs dagegen lediglich um 3,1 % (Vgl. Tabelle 2.1, siehe auch Abbildung 2.4). Das Durchschnittsalter stieg von 39,2 (1991) auf 40,6 (2001) Jahre an. Somit ist die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen zwischen 1991 und 2001 in ihrer Struktur älter geworden.

Die Veränderung der Altersstruktur lässt sich zunächst im Zeitverlauf 1987 – 2001 aufzeigen. Abbildung 2.4 weist u. a. die Entwicklung des Anteils der Bevölkerung ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung aus. Dieser Anteil stieg allein in den 10 Jahren seit 1991 von 15,1 % auf 17,4 % an. Dies ist insbesondere auf den Anstieg des Anteils der Männer ab 65 Jahren zurückzuführen: Waren 1991 noch 10,7 % der Männer 65 Jahre und älter, so waren es 2001 schon 14,1 %. Besonders deutlich war der Anstieg bei den 70- bis unter 75-jährigen Männern (vgl. die Wachstumsraten in Tabelle 2.1)¹⁾.

In Abbildung 2.3 werden der Altersaufbau der Bevölkerung im Jahr 2001 dargestellt und die Zugewinne und Rückgänge gegenüber 1991 nachgewiesen. Wie die Darstellung zeigt, ist der Anstieg bei der älteren Bevölkerung wesentlich geprägt durch das Altern der starken Jahrgänge ab 1934²⁾.

Noch 1991 war die ältere Bevölkerung in weit höherem Maße als 2001 von kriegsbedingten Geburtenausfällen und Kriegsverlusten geprägt. Bezüglich der Kriegsverluste zeigt sich dies auch am rückläufigen Frauen-

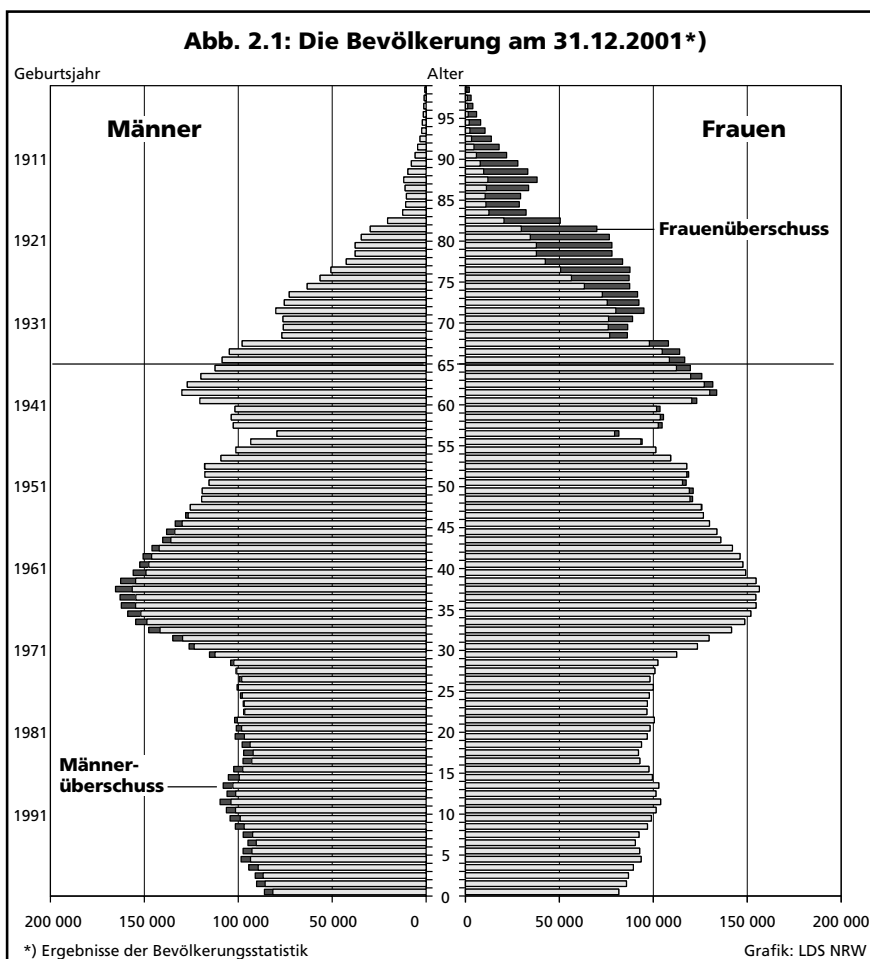
1) Diese Altersgruppe rekrutierte sich 1991 aus der Geburtskohorte 1917 – 21, also Geburtsjahrgängen, die größtenteils am 2. Weltkrieg teilnahmen. Im Jahr 2001 waren für diese Altersgruppe hingegen die Geburtsjahrgänge 1927 – 31 relevant, bei denen auf Grund ihres Alters eher geringe Kriegsverluste – und dies auch nur in den ältesten Geburtsjahrgängen – anzunehmen sind.

2) Der Zeitraum ihrer Geburt lag zwischen dem Ende der Depression und Kriegsausbruch. Im Gegensatz zu anderen Kohorten hatten die beiden Weltkriege nur geringfügige Auswirkungen auf ihre Population.

2.1 Bevölkerung am 31. Dezember 1991 und 2001 nach ausgewählten Altersgruppen/Geburtsjahrgängen und Geschlecht

Altersgruppe	Geburtsjahr	Bevölkerung						
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	Frauen pro 1 000 Männer
		1 000			%			Anzahl
1991								
Insgesamt		17 510	8 461	9 048	x	x	x	1 069
darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren								
65 und mehr	vor 1927	2 651	906	1 746	100	100	100	1 928
davon								
65 – 70	1922 – 1926	870	350	520	32,8	38,6	29,8	1 489
70 – 75	1917 – 1921	605	218	387	22,8	24,1	22,2	1 774
75 – 80	1912 – 1916	521	167	354	19,6	18,4	20,3	2 128
80 – 85	1907 – 1911	401	111	289	15,1	12,3	16,6	2 599
85 – 90	1902 – 1906	191	47	144	7,2	5,2	8,2	3 039
90 und mehr	vor 1902	64	13	51	2,4	1,4	2,9	4 030
2001								
Insgesamt		18 052	8 782	9 270	x	x	x	1 055
darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren								
65 und mehr	vor 1937	3 134	1 241	1 893	100	100	100	1 526
davon								
65 – 70	1932 – 1936	975	464	511	31,1	37,4	27,0	1 102
70 – 75	1927 – 1931	823	368	455	26,3	29,6	24,1	1 238
75 – 80	1922 – 1926	639	225	414	20,4	18,1	21,9	1 841
80 – 85	1917 – 1921	366	108	258	11,7	8,7	13,6	2 386
85 – 90	1912 – 1916	213	51	162	6,8	4,1	8,6	3 173
90 und mehr	vor 1912	116	25	92	3,7	2,0	4,9	3 727
Veränderung 2001 gegenüber 1991 in %								
Insgesamt		+3,1	+3,8	+2,4	x	x	x	–1,3
darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren								
65 und mehr	vor 1937	+18,2	+37,0	+8,4	x	x	x	–20,9
davon								
65 – 70	1932 – 1936	+12,1	+32,7	–1,7	x	x	x	–26,0
70 – 75	1927 – 1931	+36,1	+68,7	+17,7	x	x	x	–30,2
75 – 80	1922 – 1926	+22,8	+35,2	+16,9	x	x	x	–13,5
80 – 85	1917 – 1921	–8,7	–2,9	–10,9	x	x	x	–8,2
85 – 90	1912 – 1916	+11,4	+7,8	+12,6	x	x	x	+4,4
90 und mehr	vor 1912	+82,7	+94,4	+79,7	x	x	x	–7,5

*) Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik



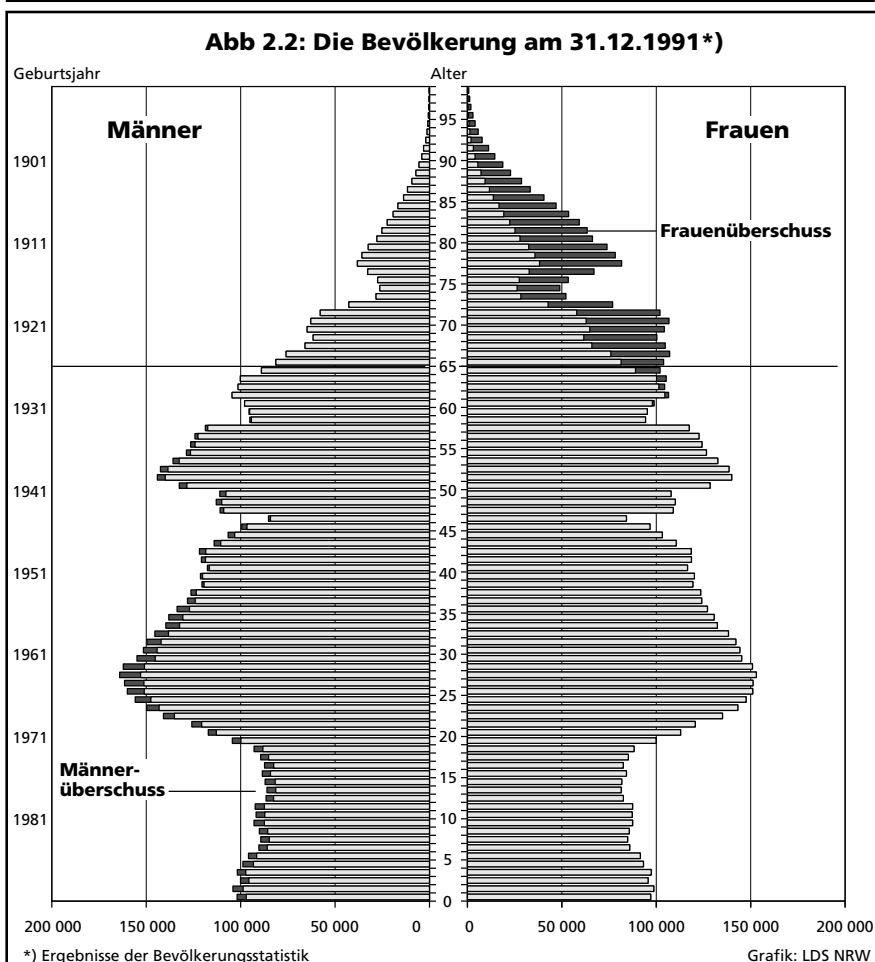
überhang (vgl. Tabelle 2.1): Kamen 1991 auf 1 000 Männer im Alter von 65 und mehr Jahren 1 928 Frauen entsprechenden Alters, so waren es 2001 noch 1 526.

2.2 Hochbetagte Menschen in Nordrhein-Westfalen

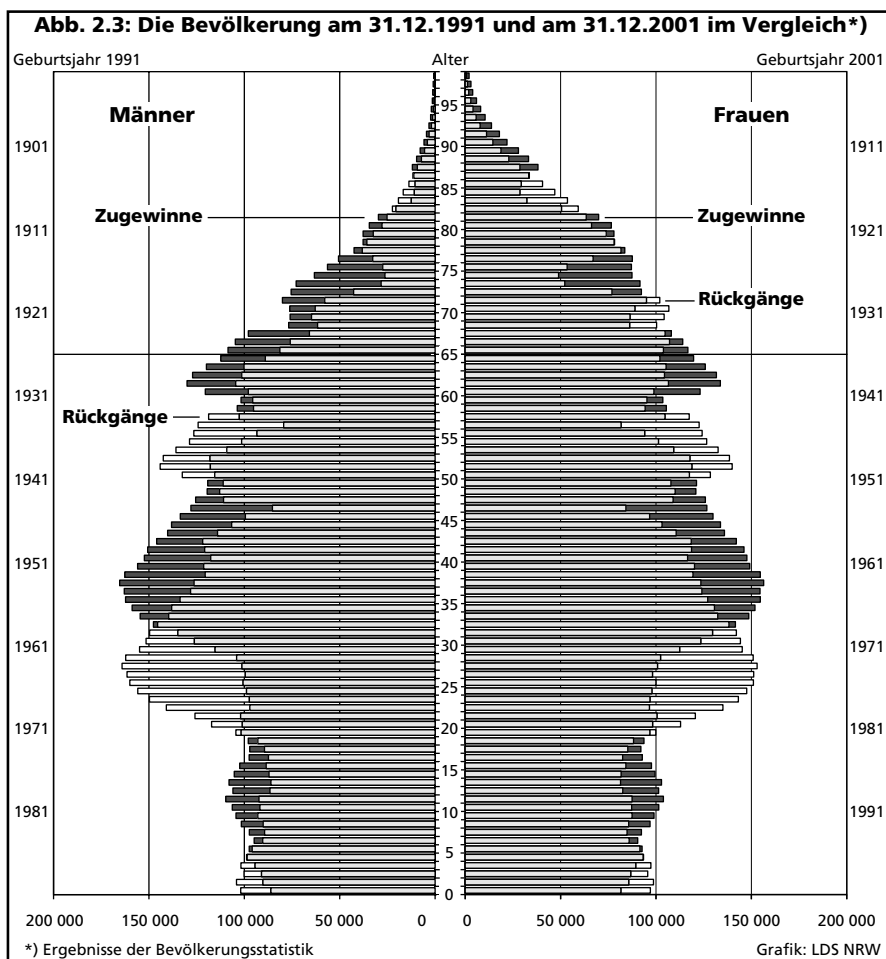
Abbildung 2.4 weist den Anteil der hochbetagten Bevölkerung (80 und mehr Jahre) aus. Im Gegensatz zur älteren Bevölkerung insgesamt (65 und mehr Jahre) blieb dieser seit 1987 nahezu unverändert. Während die Altersgruppen „85 bis unter 90 Jahre“ und „90 Jahre und älter“ anwuchsen, hatte die Altersgruppe der 80- bis unter 85-Jährigen seit 1991 einen starken Rückgang zu verzeichnen – besonders bei den Frauen (vgl. die Wachstumsraten in Tabelle 2.1). Diese Besonderheiten sind auf das unterschiedliche Einwirken historischer Ereignisse auf die relevanten Geburtsjahrgänge zurückzuführen³⁾.

Insgesamt blieb der Anteil der Hochbetagten zwischen 1991 und 2001 annähernd stabil, wobei allerdings die ältesten (90 Jahre und älter) unter den Hochbetagten einen starken Zuwachs von 64 auf 116 Tsd. Personen erlebten.

Im Jahr 2001 lässt sich ein sehr hoher Frauenüberhang bei den Altersgruppen ab 80 Jahren feststellen, der gegenüber 1991 jedoch rückläufig ist. So kamen im Jahr 2001 auf 1 000 Männer im jeweiligen Alter 2 386 (80 bis unter 85 Jahre), 3 173 (85 bis unter 90 Jahre) bzw. 3 727 (90 Jahre und älter) gleichaltrige Frauen.



3) Durch die Folgen des ersten Weltkrieges wurden die Geburtsjahrgangsstärken 1917 – 21 gegenüber jenen von 1907 – 1911 reduziert. Beide männlichen Kohorten waren jedoch stark von Kriegsverlusten aus dem zweiten Weltkrieg betroffen. Daher ist der vermutete Geburtenrückgang in Folge des ersten Weltkrieges heute in erster Linie im Vergleich der weiblichen Kohorten deutlich erkennbar.



2.4 Zusammenfassung

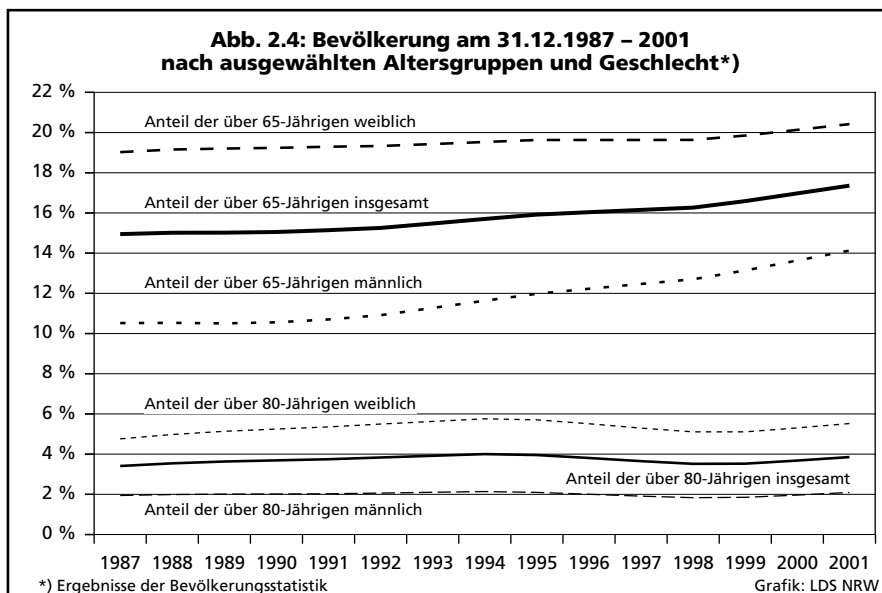
Zusammenfassend bleibt festzuhalten:

- Die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter in Nordrhein-Westfalen ist sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zur Gesamtbevölkerung größer geworden.
- Der Anteil der Hochbetagten im Alter von 80 und mehr Jahren ist hingegen fast konstant geblieben.
- Für die nahe Zukunft ist ein weiterer Anstieg der Population im Alter von 65 Jahren und älter zu erwarten – und zwar sowohl bei den jüngeren alten Menschen, als auch bei den Hochbetagten.

3 Lebensformen der älteren Menschen

Im Folgenden wird dargestellt, in welchen sozialen Bezügen ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen leben. Dabei wird in erster Linie auf die im Mikrozensus verfügbare Haushaltsstruktur zurückgegriffen. Die folgenden Ausführungen zur Lebensform älterer Menschen basieren auf einer Typisierung primärer Lebensformen, die im LDS NRW entwickelt wurde (vgl. Stauder 2002). Da sich ältere Menschen auf eine geringere Anzahl von Lebensformen konzentrieren als die Gesamtbevölkerung (vgl. z. B. Wagner/Franzmann/Stauder 2001: 64), wurde die Darstellung entsprechend angepasst.

Von den Menschen in Nordrhein-Westfalen, die im Mai 2001 das 65. Lebensjahr vollendet hatten, lebte knapp die Hälfte mit ihrem Ehepartner bzw. ihrer Ehepartnerin ohne weitere Personen im Haushalt (vgl. Tabelle 3.1). 34,7 % der älteren Menschen waren allein im Haushalt anzutreffen⁵⁾. 4,5 % lebten sowohl mit Ehepartnerin bzw. Ehepartner als auch mit eigenen Kindern zusammen, weitere 4,0 % wohnten ohne Partner bei ihren Kindern. Eine nicht eheliche Lebensgemeinschaft führten 1,9 % der Personen im Alter von 65 Jahren und älter. Insgesamt



2.3 Perspektiven für die Zukunft

Die Bevölkerung ab 65 Jahren wird – ausgehend vom Jahr 2001 – noch weitere fünf Jahre anwachsen, bevor schwächere Jahrgänge die genannte Altersgrenze erreichen (vgl. Abbildung 2.1). Außerdem ist zu erwarten, dass sich der Frauenüberhang langfristig auf ein geringeres Maß reduzieren wird.

Auch die Anzahl der Hochbetagten wird ansteigen, da der für die Jahre 1991 – 2001 festzustellende Anstieg insbesondere der 70- bis unter 75-Jährigen (vgl. Tabelle 2.1) in den kommenden Jahren in die älteren Altersgruppen übertragen wird.⁴⁾

4) Vgl. für eine ausführliche Bevölkerungsprognose bis 2040 Nockemann (2001).

5) Vgl. methodische Anmerkungen 8.1.

lebten 56,6 % dieser Altersgruppe mit einer (Ehe-) Partnerin bzw. einem (Ehe-) Partner zusammen. Diese Verteilung variiert sehr stark mit dem Alter und dem Geschlecht.

3.1 Allein Leben im Alter

Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der allein lebenden Menschen, wohingegen sich der Anteil der Personen, die (nur) mit einem Ehepartner bzw. einer Ehepartnerin zusammenleben, stark verringert. So leben

Diese Interpretation ist jedoch im Lichte familiensoziologischer Untersuchungen zu relativieren:

Mit der Feststellung, dass jemand allein im Haushalt lebt, wird keine Aussage über die Dichte der Interaktion mit Kindern und Enkeln getroffen. Marbach (2001) weist nach, dass oftmals die erwachsenen Kinder älterer Menschen in unmittelbarer Nähe wohnen. Bertram (1995:184) zeigt, dass die Kontakthäufigkeit zwischen den Generationen auch unabhängig vom Haushalt sehr hoch ist und

spricht in diesem Zusammenhang von der multilokalen Mehrgenerationenfamilie.

Die Aussage, alte Menschen lebten häufig in sozialer Isolation, kann also auf der Grundlage der hier vorgestellten Ergebnisse weder eindeutig belegt noch verworfen werden. Positiv gewendet lässt sich jedoch bestätigen, dass es einem großen Anteil älterer Menschen bis ins hohe Alter hinein gelingt, einen eigenständigen Haushalt zu führen.

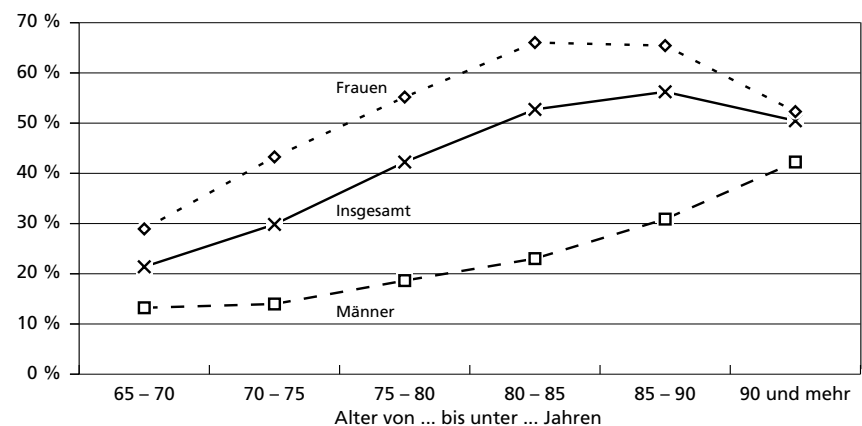
3.1 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 65 und mehr Jahren im April 2001*) nach Lebensform, Geschlecht und Altersgruppen									
Geschlecht Altersgruppe	Personen im Alter von 65 und mehr Jahren								
	insgesamt	davon leben als/in							
		Einzelperson			ehelicher Lebensgemeinschaft			nicht- ehelicher Lebens- gemein- schaft	Gemein- schafts- unter- künften
		ohne weitere Personen im Haushalt	mit ledigen und nicht ledigen Kindern (und/oder Enkeln)	mit anderen Personen im Haushalt	ohne weitere Personen im Haushalt	mit ledigen und nicht ledigen Kindern (und/oder Enkeln)	mit anderen Personen im Haushalt		
		%							
Insgesamt	100	34,7	4,0	1,3	49,8	4,5	0,4	1,9	3,5
davon im Alter von ...bis unter ... Jahren									
65 – 70	100	21,4	2,2	(0,9)	63,9	7,9	(0,6)	2,5	(0,7)
70 – 80	100	35,3	3,6	1,4	52,0	3,7	/	1,9	1,7
80 und mehr	100	53,5	7,7	1,5	23,2	(1,2)	/	(1,0)	11,8
Männer	100	16,5	1,7	0,8	69,4	7,0	(0,5)	2,4	1,7
davon im Alter von ...bis unter ... Jahren									
65 – 70	100	13,2	/	/	71,0	9,9	/	2,8	/
70 – 80	100	15,7	(1,4)	/	72,0	5,9	/	2,3	(1,4)
80 und mehr	100	27,5	(4,4)	/	56,4	(3,0)	/	/	5,6
Frauen	100	47,2	5,6	1,6	36,4	2,8	/	1,6	4,7
davon im Alter von ...bis unter ... Jahren									
65 – 70	100	28,9	3,4	(0,9)	57,4	6,0	/	2,1	/
70 – 80	100	49,0	5,1	2,0	37,9	2,1	/	1,7	2,0
80 und mehr	100	63,5	8,9	(1,6)	10,6	/	/	/	14,2

*) Ergebnisse des Mikrozensus

zwar nur 21,4 % der 65- bis unter 70-Jährigen allein; unter der Bevölkerung im Alter von 80 Jahren und älter beträgt dieser Anteil jedoch 53,5 %. Der Anteil der Personen mit Ehepartnerin bzw. -partner beträgt bei den 65- bis unter 70-Jährigen über 72 %, bei der Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren liegt er dagegen unter 25 % (vgl. Tabelle 3.1).

Die große Bedeutung des allein Lebens für ältere Menschen in NRW legt nahe, von einer sozialen Isolation älterer Menschen auszugehen.

**Abb. 3.1: Allein lebende Personen am Ort der Hauptwohnung im April 2001*)
nach Altersgruppen und Geschlecht**



*) Ergebnisse des Mikrozensus

Grafik: LDS NRW

3.2 Leben in Heimen

Insgesamt leben 3,5 % der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren in Heimen⁶⁾. Bezogen auf Altersgruppen mit einer Breite von jeweils 5 Jahren zeigt sich für die Bevölkerung ab 70 Jahren, dass sich mit Zugehörigkeit zur jeweils nächsthöheren Altersgruppe der Anteil der Personen, die in Heimen wohnen, ungefähr verdoppelt (Abbildung 3.2). Bei den Personen im Alter von 90 und mehr Jahren erreicht er – höchstwahrscheinlich auf Grund des hohen Betreuungsbedarfes – fast die 30 %-Marke.

3.3 Leben bei Kindern sowie seiten- oder nichtverwandten Personen

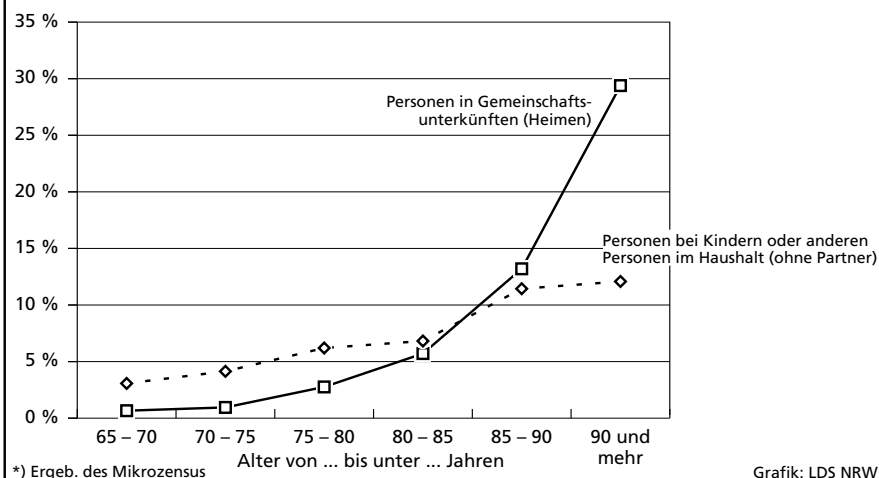
8,5 % der älteren Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren leben bei ihren Kindern oder anderen (seiten- oder nichtverwandten⁷⁾) Personen. Darunter haben 4,0 % keinen Ehepartner. Der Anteil dieser letztgenannten Personengruppe ist in älteren Altersgruppen – insbesondere bei den 85- bis unter 90-Jährigen und bei der Bevölkerung im Alter von 90 und mehr Jahren – höher als in jüngeren. Dies kann – zumindest teilweise – mit einem erhöhten Betreuungsbedarf im höheren Alter in Verbindung gebracht werden.

Im Unterschied zum altersspezifischen Anteil der Heimbewohnerinnen und -bewohner ist der Anteil derjenigen, die im Alter von 90 und mehr Jahren bei Kindern, seiten- oder nichtverwandten Personen leben, nur unmerklich höher als derjenige der 85- bis unter 90-Jährigen. Der zusätzliche Betreuungsbedarf für Personen im Alter von 90 und mehr Jahren im Vergleich zur nächstjüngeren Altersgruppe wird also fast ausschließlich durch eine verstärkte Heimunterbringung und nicht durch den Einzug bei Angehörigen gedeckt.

6) Vgl. methodische Anmerkungen 8.2.

7) Seitenverwandte sind solche verwandte Personen, die mit der Bezugsperson nicht in direktem Abstammungsverhältnis stehen, also Geschwister, Onkeln und Tanten, Nichten und Nefen etc.

Abb. 3.2: Personen in Gemeinschaftsunterkünften (Heime) sowie bei eigenen Kindern oder bei Seiten- oder Nichtverwandten lebende Personen (ohne Partner/-in) am Ort der Hauptwohnung im April 2001*) nach Altersgruppen



3.4 Lebensformen im Alter: Geschlechtsspezifische Analysen

Der höhere Frauenanteil in der älteren Bevölkerung schlägt sich in einer unterschiedlichen Bedeutung der jeweiligen Lebensformen bei Frauen und Männern nieder. Da Männer im Durchschnitt früher sterben als Frauen (vgl. z. B. die Ergebnisse von Klein 1999) und Frauen außerdem häufig Männer heiraten, die etwas älter sind als sie (vgl. z. B. Klein 1996a, 1996b), tragen Frauen ein höheres Risiko der Verwitwung. Dieser Unterschied wird in bestimmten Geburtskohorten zudem auch durch Kriegsausfälle bei den Männern verstärkt. Daher ist der Anteil der allein lebenden Frauen im Alter von 65 Jahren und älter mit 47,2 % wesentlich höher als jener der Männer in dieser Altersgruppe (16,5 %). Ähnliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern lassen sich auch für das Leben im Heim – und hier insbesondere im hohen Alter – aufzeigen: 14,2 % der Frauen im Alter von 80 und mehr Jahren, aber nur 5,6 % der entsprechenden Männer leben im Heim. Dagegen leben Männer auch im Alter von 80 und mehr Jahren noch mehrheitlich mit ihrer Ehefrau zusammen (über 59 %)⁸⁾, während Frauen in dieser Altersgruppe überwiegend allein leben (63,5 %). In sehr hohem Alter nähern sich die Anteile der allein Lebenden unter den Frau-

en und Männern – vermutlich auf Grund der häufigeren Heimunterbringung bei Frauen – jedoch etwas an (siehe S. 17: Abbildung 3.1).

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch aus der Analyse der alters- und geschlechtsspezifischen Verteilung der Familienstände in Tabelle 3.4 (S. 21): Männer sind auch noch im Alter von 80 und mehr Jahren zu 62,7 % verheiratet, Frauen der gleichen Altersgruppe hingegen nur zu 12,4 %. Dagegen sind Frauen ab 65 wesentlich häufiger verwitwet als Männer (49,3 % vs. 14,1 %).

Aus der Tabelle lässt sich noch ein weiteres geschlechtsspezifisches Ergebnis ablesen: Einerseits liegt der Anteil der Ledigen unter den 65- bis unter 70-jährigen Männern mit 5,2 % etwas höher als der der gleichaltrigen Frauen (4,2 %). Andererseits blieben 7,4 % der 70- bis unter 80-jährigen Frauen und 7,0 % der Frauen im Alter von 80 und mehr Jahren ledig. Dies traf aber nur auf 3,4 % bzw. 3,3 % der gleichaltrigen Männer zu. Auch dies ist eine Folge der Kriegsverluste in den männlichen Kohorten, die vor Ende der 20er-Jahre geboren wurden. Hierdurch standen den Frauen, die bis Anfang der 30er-Jahre geboren wurden, entsprechend weniger potenzielle Ehepartner zur Verfügung, so dass sie häufiger ledig blieben⁹⁾.

8) Dieser Wert ergibt sich durch Addition der entsprechenden Anteilswerte in Tabelle 3.1

9) Eine solche Situation wird als „Marriage Squeeze“ bezeichnet. Vgl. für Deutschland z. B. Jürgens/Pohl (1985), Klein (1993).

**3.2 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 65 und mehr Jahren im April 2001*)
nach Lebensform, Geschlecht und Altersgruppen**

Geschlecht Altersgruppe	... Personen im Alter von 65 und mehr Jahren leben als/in							
	Einzelperson			ehelicher Lebensgemeinschaft			nicht- ehelicher Lebens- gemein- schaft	Gemein- schafts- unter- künften
	ohne weitere Personen im Haushalt	mit ledigen und nicht ledigen Kindern (und/oder Enkeln)	mit anderen Personen im Haushalt	ohne weitere Personen im Haushalt	mit ledigen und nicht ledigen Kindern (und/oder Enkeln)	mit anderen Personen im Haushalt		
	1 000							
Insgesamt	1 134	131	42	1 625	146	12	62	114
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren								
65 – 70	218	22	(9)	652	80	(6)	25	(7)
70 – 80	554	57	23	816	58	/	30	27
80 und mehr	362	52	10	157	(8)	/	(7)	80
Männer	218	22	11	919	92	(7)	32	23
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren								
65 – 70	65	/	/	348	49	/	14	/
70 – 80	102	(9)	/	466	38	/	15	(9)
80 und mehr	51	(8)	/	105	(6)	/	/	10
Frauen	916	109	31	706	54	/	30	91
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren								
65 – 70	153	18	(5)	305	32	/	11	/
70 – 80	452	47	18	349	20	/	15	19
80 und mehr	311	44	(8)	52	/	/	/	69

*) Ergebnisse des Mikrozensus

**3.3 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 65 und mehr Jahren im April 2001*)
nach Familienstand, Geschlecht und Altersgruppen**

Geschlecht Altersgruppe	Personen im Alter von 65 und mehr Jahren			
	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
	1 000			
Insgesamt	178	1 834	1 144	109
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
65 – 70	48	755	172	46
70 – 80	90	900	529	50
80 und mehr	41	178	444	13
Männer	54	1 043	187	40
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
65 – 70	26	409	34	21
70 – 80	22	517	93	16
80 und mehr	(6)	117	60	/
Frauen	125	790	957	69
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
65 – 70	22	346	137	25
70 – 80	68	383	436	34
80 und mehr	35	61	384	10

*) Ergebnisse des Mikrozensus

3.4 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 65 und mehr Jahren im April 2001*) nach Familienstand, Geschlecht und Altersgruppen

Geschlecht Altersgruppe	Personen im Alter von 65 und mehr Jahren				
	insgesamt	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
	%				
Insgesamt	100	5,5	56,2	35,0	3,3
davon im Alter von ...bis unter ... Jahren					
65 – 70	100	4,7	74,0	16,8	4,5
70 – 80	100	5,7	57,4	33,7	3,2
80 und mehr	100	6,0	26,3	65,7	2,0
Männer	100	4,0	78,8	14,1	3,0
davon im Alter von ...bis unter ... Jahren					
65 – 70	100	5,2	83,5	7,0	4,2
70 – 80	100	3,4	79,9	14,3	2,5
80 und mehr	100	(3,3)	62,7	32,3	/
Frauen	100	6,4	40,7	49,3	3,6
davon im Alter von ...bis unter ... Jahren					
65 – 70	100	4,2	65,3	25,9	4,7
70 – 80	100	7,4	41,6	47,3	3,7
80 und mehr	100	7,0	12,4	78,4	2,1

*) Ergebnisse des Mikrozensus

3.5 Zusammenfassung

Fasst man die Analysen zur Lebensform zusammen, so lässt sich folgendes festhalten:

- Die Art der Lebensform variiert bei alten Menschen sehr stark nach dem Alter. Lebt die Mehrheit im Alter von 65 bis unter 70 Jahren noch mit einem Ehepartner bzw. einer Partnerin zusammen, so ergibt sich im höheren Alter eine größere Wahrscheinlichkeit, allein oder im Heim zu leben. Gleiches gilt für das Zusammenleben mit Kindern oder anderen Personen.
- Die Verteilung der Lebensformen variiert auf Grund der männlichen Übersterblichkeit, der Kriegsverluste in manchen männlichen Jahrgängen und dem üblichen Altersabstand zwischen Ehepartnern jedoch auch stark nach dem Geschlecht. Vor allem Frauen leben im hohen Alter allein oder in Heimen, während Männer auch im Alter von 80 und mehr Jahren noch mehrheitlich mit ihrer Ehepartnerin zusammenleben.

4 Räumliche Verteilung

4.1 Die ältere Bevölkerung in geografischen Gebietstypen

Die folgende Darstellung der regionalen Verteilung basiert auf den Gebietstypen nach dem Landesentwick-

lungsplan (LEP-Zonen¹⁰). 42,6 % der Menschen im Alter von 65 Jahren und älter lebten im April 2001 in Ballungskernen. In der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil hingegen bei 41,0 % (vgl. Tabelle 4.1, S. 21). Die älteren Menschen sind demnach in Ballungskernen geringfügig über-, in den anderen Gebietstypen – und besonders in den ländlichen Zonen – hingegen unterrepräsentiert. Die etwas höhere Konzentration der älteren Bevölkerung auf die Ballungskerne ist jedoch eigentlich erst im höheren Alter bedeutsam: Während die 65- bis unter 70-Jährigen im gleichen Maße in Ballungskernen leben wie

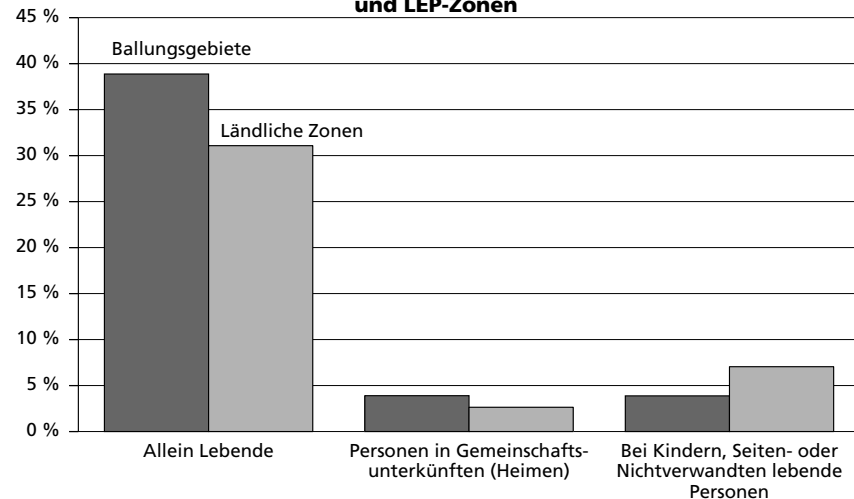
die Gesamtbevölkerung, sind 45,0 % der Personen im Alter von 80 und mehr Jahren dort anzutreffen. Betrachtet man die Verteilung auf die Gebietstypen geschlechtsspezifisch, so ist festzustellen, dass sich Frauen im Alter von 80 und mehr Jahren noch stärker auf die Ballungskerne konzentrieren als Männer.

4.2 Lebensformen in Ballungskernen und ländlichen Zonen

Zur Beschreibung möglicher Stadt-Land-Unterschiede werden nachfolgend die Anteile einiger bedeutsamer Lebensformen der Bevölkerung im Alter von 65 bzw. 80 und mehr

¹⁰) Vgl. methodische Anmerkungen 8.3.

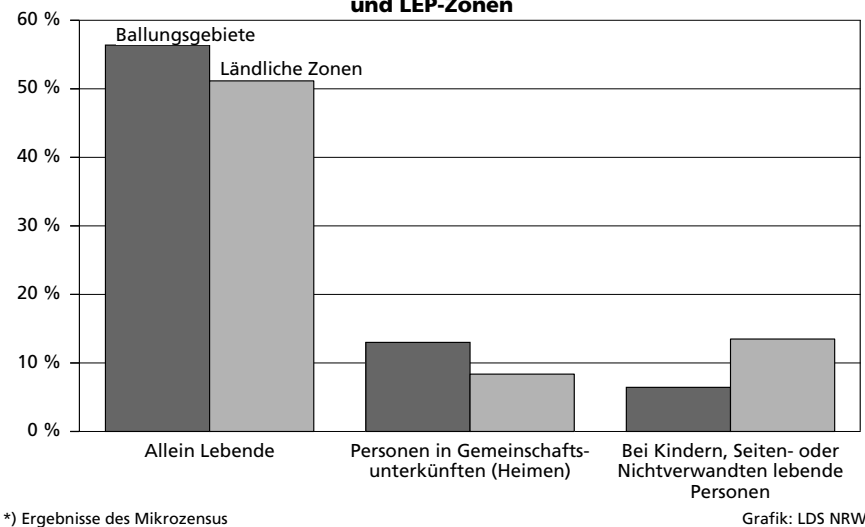
Abb. 4.1: Personen am Ort der Hauptwohnung im Alter von 65 und mehr Jahren im April 2001*) nach ausgewählten Lebensformen und LEP-Zonen



*) Ergebnisse des Mikrozensus

Grafik: LDS NRW

Abb. 4.2: Personen am Ort der Hauptwohnung im Alter von 80 und mehr Jahren im April 2001*) nach ausgewählten Lebensformen und LEP-Zonen



Jahren in der Differenzierung nach Ballungskernen und ländlichen Zonen dargestellt (vgl. Abbildung 4.1 und 4.2)¹¹⁾. Es zeigt sich hierbei, dass in beiden Altersgruppen eine Überrepräsentation der allein Lebenden

in Ballungskernen zu erkennen ist, ebenso stellt sich die Situation bei den Personen in Heimen dar. Dagegen lebt ein größerer Anteil der jeweiligen Altersgruppen in ländlichen Zonen bei Kindern und bei weiteren Personen als dies in den Ballungskernen

11) Vgl. methodische Anmerkungen 8.3.

nen der Fall ist. Besonders stark sind die Unterschiede bei den Personen im Alter von 80 und mehr Jahren, die in Heimen leben: In Ballungskernen trifft dies auf 13,0 % der Altersgruppe zu, in ländlichen Zonen dagegen nur auf 8,4 %. Umgekehrt leben nur 6,4 % der Personen im Alter von 80 und mehr Jahren in Ballungskernen bei Kindern oder anderen Personen, während dies auf 13,5 % in den ländlichen Zonen zutrifft.

4.3 Die Verfügbarkeit von Pflegeeinrichtungen in Städten und Landkreisen

Wie bereits beschrieben, leben vor allem ältere Menschen im Alter von mindestens 80 Jahren in einem Altenpflegeheim. Die unterschiedliche Verfügbarkeit von Altenpflegeeinrichtungen in städtischen und ländlichen Gebieten spielt bei den genannten Unterschieden in der gebietsspezifischen Altersstruktur und der Vertei-

4.1 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im April 2001*) nach Gebietstypen (LEP – Zonen), Geschlecht und ausgewählten Altersgruppen

Geschlecht Altersgruppe	Alle Gebiete				
	insgesamt	davon			
		Ballungskerne	Ballungsrandzonen	solitäre Verdichtungs-zonen	ländliche Zonen
	1 000	%			
Insgesamt					
Alle Personen	18 013	41,0	19,3	4,7	35,0
darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren					
65 und mehr	3 265	42,6	19,1	4,5	33,8
davon					
65 – 70	1 020	40,9	20,1	4,3	34,7
70 – 80	1 568	42,7	19,0	4,5	33,9
80 und mehr	676	45,0	17,9	4,8	32,3
Männer					
Alle Personen	8 759	40,7	19,3	4,6	35,4
darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren					
65 und mehr	1 324	41,2	19,9	4,3	34,7
davon					
65 – 70	490	40,0	21,3	4,0	34,8
70 – 80	648	41,6	19,2	4,4	34,9
80 und mehr	187	42,9	18,6	(4,6)	33,9
Frauen					
Alle Personen	9 254	41,2	19,3	4,7	34,7
darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren					
65 und mehr	1 941	43,6	18,6	4,7	33,2
davon					
65 – 70	530	41,7	19,0	4,6	34,7
70 – 80	921	43,5	18,8	4,5	33,2
80 und mehr	490	45,8	17,6	4,9	31,7

*) Ergebnisse des Mikrozensus

lung der Lebensformen allerdings keine Rolle: Die Anzahl der stationären Altenpflegeplätze je 1 000 Personen im Alter von 80 und mehr Jahren ist im Durchschnitt der kreisfreien Städte mit 198,9 etwas geringer als im Durchschnitt der Landkreise (219,6; vgl. Tabelle 4.2). Die Personaldichte ambulanter Altenpflegedienste je 1 000 Einwohner im Alter von 80 und mehr Jahren ist in den kreisfreien Städten nur geringfügig höher als in den Landkreisen (56,5 vs. 55,9).

4.2 Personal in ambulanten Pflegediensten und stationäre Pflegeplätze je 1 000 Personen in den kreisfreien Städten und Kreisen am 31. Dezember 2001*)		
Merkmal	Kreisfreie Städte	Kreise
	Anzahl	
Pflegepersonal in ambulanten Pflegediensten je 1 000 Personen im Alter von 80 und mehr Jahren	56,5	55,9
Stationäre Pflegeplätze je 1 000 Personen im Alter von 80 und mehr Jahren	198,9	219,6

*) Durchschnittswerte; Ergebnisse der Pflegestatistik

Die Überrepräsentanz älterer Menschen in Ballungsgebieten und der hohe Anteil der in Heimen lebenden Menschen in diesem Gebietstyp ist also nicht auf Unterschiede in der Verfügbarkeit von Pflegedienstleistungen zurückzuführen.

4.4 Zusammenfassung

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass Personen im Alter von 80 und mehr Jahren etwas häufiger in Ballungskernen anzutreffen sind und etwas seltener in ländlichen Zonen. In Ballungskernen leben ältere Menschen – und insbesondere solche im Alter von 80 und mehr Jahren – häufiger allein oder in Heimen, in ländlichen Zonen dagegen bei anderen Personen (in erster Linie den eigenen Kindern). Diese Unterschiede können jedoch nicht mit einer unterschiedlichen Verfügbarkeit von außerfamiliären Betreuungsmöglichkeiten in Verbindung gebracht werden.

5 Ökonomische Situation

Die Wohlfahrt auch von älteren Menschen ist maßgeblich von ihrem Einkommen abhängig. Daher wird im Folgenden untersucht, ob sich die Einkommenssituation der älteren Menschen von der der Jüngeren unterscheidet.

Dabei werden auf der Basis des Mikrozensus 2001 und der Statistik der Sozialhilfe 2001 mehrere Indikatoren betrachtet: Zunächst wird die Verteilung des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens pro Kopf (Äquivalenzeinkommen)¹²⁾ der Bevölkerung in Privathaushalten ausgewertet. Dann wird die Betroffenheit von relativer Einkommensarmut analysiert. Die Darstellung wird abgerundet durch eine Betrachtung der Sozialhilfequoten älterer Menschen.

Zu beachten ist hierbei, dass sich erstens eine ausreichende finanzielle Ausstattung nicht nur über Einkommen erzielen lässt, sondern auch durch das Aufzehren von Ersparnissen. Der Verbrauch von privaten Vermögen wird jedoch im Mikrozensus nicht erfasst. Auch ist zu berücksichtigen, dass ältere Menschen häufiger über eigene Immobilien verfügen und daher wahrscheinlich durchschnittlich geringere Aufwendungen für Mietzahlungen haben. So lag 1998 der Anteil der Personen, die in Haushalten mit eigener Wohnung lebten, unter den 18- bis unter 65-Jährigen bei 40,1 %; bei den 70- bis unter 75-Jährigen betrug der Anteil jedoch 49,0 % und unter den 75- bis unter 80-Jährigen 44,4 %. Personen im Alter von 80 Jahren und älter weisen jedoch niedrigere Wohneigentumsquoten auf: 36,2 % (80- bis unter 90-Jährige) bzw. 37,0 % (90 Jahre und älter) (Ergebnisse des Mikrozensus 1998).

Zweitens ist darauf hinzuweisen, dass alle Indikatoren auf der zusammenfassenden Angabe des Haushaltsnettoeinkommens auf Grund einer Selbsteinstufung beruhen. Genauere Angaben zu einzelnen Einkommensbestandteilen liegen nicht vor.

12) Zur Erklärung dieses Konzeptes vgl. weiter unten Abschnitt 5.1.

Alle Auswertungen beziehen sich drittens auf die Nettoeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten.

Alle Angaben zu Geldbeträgen beziehen sich dabei auf das monatliche Nettoäquivalenzeinkommen.

5.1 Äquivalenzeinkommen

Zur Analyse der Einkommensunterschiede zwischen älteren und jüngeren Menschen läge es auf den ersten Blick nahe, die Verteilung der individuellen Nettoeinkommen insbesondere aus Erwerbstätigkeit bzw. Renten- und Pensionszahlungen zu betrachten. Diese Analyse gäbe jedoch nur Auskunft über die jeweils einzelnen Personen zurechenbaren Einkünfte. Sie informiert allerdings nur mit starken Einschränkungen über die tatsächlichen finanziellen Ressourcen der zu betrachtenden Bevölkerungsgruppen, da von diesen Einkommen eine jeweils unterschiedliche Anzahl von Personen leben muss. Die Haushaltszusammensetzung hat nämlich entscheidenden Einfluss auf die Höhe des pro Haushaltsmitglied zur Verfügung stehenden Einkommens.

Ältere Menschen leben häufiger allein als jüngere. Dagegen finden sich in der Bevölkerungsgruppe der 18- bis unter 65-Jährigen die große Mehrzahl der „aktiven“ Eltern mit zu versorgenden Kindern. Wesentlich aussagekräftiger als eine Analyse der persönlichen Nettoeinkommen erscheint es daher, statt des individuell erworbenen Einkommens das gesamte Haushaltseinkommen als monetäre Ressource heranzuziehen und daraus ein Pro-Kopf-Einkommen zu ermitteln. Allerdings weisen größere Haushalte auch Effizienzvorteile auf. Außerdem haben Kinder andere materielle Bedürfnisse als Erwachsene, so dass ein ungewichtetes Pro-Kopf-Einkommen zu Verzerrungen führen könnte. In der Forschung hat sich daher das Konzept eines bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens pro Kopf (Äquivalenzeinkommen) etabliert. Für die vorliegenden Analysen wurden die Gewichte nach der alten

OECD-Skala verwendet¹³⁾. Diese sehen vor, dass die Haushaltsbezugsperson ein Gewicht von 1 erhält, alle weiteren Personen über 15 ein solches von 0,7 und Kinder bis 15 Jahre ein Gewicht von 0,5. Zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens wird das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Gewichte geteilt.

Auch wenn das Äquivalenzeinkommen eigentlich ein Merkmal des Haushaltes darstellt, so lässt es sich auch den einzelnen Haushaltsmitgliedern zurechnen. Genaugenommen sind die folgenden Auswertungen des Äquivalenzeinkommens auf Personenebene nicht so zu interpretieren, dass der jeweiligen Personengruppe dieser Geldbetrag monatlich als Ressource direkt zur Verfügung steht; vielmehr ist die Analyse so zu verstehen, dass diese Personen in Haushalten leben, die über ein entsprechendes Äquivalenzeinkommen verfügen.

Das Konzept des Äquivalenzeinkommens setzt eigentlich eine metrische Messung¹⁴⁾ des Haushaltsnettoeinkommens voraus. Im Mikrozensus wird das Haushaltsnettoeinkommen jedoch nur in Einkommensklassen erfragt (ordinale Messung). Um Äquivalenzeinkommen mit den Daten des Mikrozensus berechnen zu können, werden diese Einkommensklassen jeweils durch ihre Klassenmitte repräsentiert¹⁵⁾.

Die Ergebnisse der Berechnungen finden sich in Abbildung 5.1. Sie zeigt die Verteilung der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten gegliedert nach Geschlecht und Altersgruppen. Die Verteilungen werden durch so genannte Boxplots dargestellt, in denen mehrere Maßzahlen abgetragen werden, die die Einkommensverteilung beschreiben¹⁶⁾.

Der Median des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren ist mit 1 070 Euro geringfügig höher als jener der

verschiedenen Altersgruppen ab 65 Jahren; in allen Altersgruppen ab 65 liegt der Median bei 1 023 Euro. Die Quartils-Abstände unterscheiden sich etwas, wobei die Äquivalenzeinkommen der Altersgruppen ab 65 Jahren weniger streuen als die der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Etwas stärker ausgeprägt sind die Unterschiede an den Rändern der Verteilung. So musste das ärmste Prozent der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen von höchstens 241 Euro auskommen (Wert des 1. Perzentils); in der Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen lag dieser Wert bei 343 Euro und für die Menschen im Alter von 80 und mehr Jahren bei 361 Euro. Die Äquivalenzeinkommen am oberen Ende der Verteilung (also beim 99. Perzentil) sind bei den älteren Menschen jedoch wesentlich geringer als in der Erwerbsbevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Verfügt das reichste Prozent der jüngeren Altersgruppe über ein Haushaltsäquivalenzeinkommen von mindestens 4 183 Euro, so liegt dieser Wert für die 65- bis unter 70-Jährigen und die 70- bis unter 80-Jährigen bei nur 3 308 Euro und schließlich bei den Personen im Alter von 80 und mehr Jahren bei 3 196 Euro.

Im höheren Alter ist insgesamt also ein geringfügig niedrigeres mittleres Äquivalenzeinkommen und eine etwas stärkere Konzentration der mittleren Einkommen um diesen Medianwert festzustellen. Die extrem niedrigen Äquivalenzeinkommen liegen in der älteren Bevölkerung etwas höher. Die extrem hohen Äquivalenzeinkommen der Menschen im Alter ab 65 Jahren sind jedoch bedeutend niedriger als die der Altersgruppe „18 bis unter 65“.

Der Median liegt für alle betrachteten weiblichen Altersgruppen bei 1 023 Euro, also auch für die 18- bis unter 65-Jährigen. Grund hierfür ist die Verwendung des äquivalenzgewichteten Pro-Kopf-Einkommens. Auch älteren Frauen ohne eigene Rente wird hierdurch ein äquivalenzgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen des Haushaltes zugerechnet. Da ältere

Menschen zumeist allein oder zu zweit leben, jüngere hingegen häufiger mit Kindern, entfällt auf erstere ein relativ höherer gewichteter Pro-Kopf-Betrag. Obwohl Frauen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren relativ häufig erwerbstätig sind, erreichen die Haushalte, in denen sie leben, daher das gleiche Median-Äquivalenzeinkommen wie die Haushalte von Frauen im Alter ab 65 Jahren. In höherem Alter liegen die beiden Quartils-Werte der Einkommensverteilung der Frauen näher bei einander als für Frauen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. 65-jährige und ältere Frauen weisen damit eine relativ starke Konzentration der mittleren Äquivalenzeinkommen um den Medianwert auf. Dies gilt sowohl im Vergleich zu jüngeren Frauen als auch im Vergleich zu gleichaltrigen Männern.

Bei der männlichen Bevölkerung liegen in den Altersgruppen „65 bis unter 70“ und „70 bis unter 80“ die Medianäquivalenzeinkommen mit 1 023 Euro etwas niedriger als in der Altersgruppe der 18- bis unter 65-Jährigen (1 104 Euro). Auch ist die Streuung in den ersten beiden genannten Altersgruppen geringer als in letzterer. Das Einkommen des einen Prozent mit den höchsten Äquivalenzeinkommen (siehe Abb. 5.1: 99. Perzentil) ist bei den 65- bis unter 70- und den 70- bis unter 80-Jährigen niedriger als in der Altersgruppe der 18- bis unter 65-Jährigen.

Die männliche Bevölkerung ab 80 Jahren weist dagegen einen etwas höheren Median des Äquivalenzeinkommens (1 128 Euro) auf als die männliche Erwerbsbevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Er liegt also auch höher als jener der 65- bis unter 70-Jährigen und der 70- bis unter 80-Jährigen. Die männliche Altersgruppe „80 Jahre und älter“ ist von ihrem Umfang her jedoch eher klein, so dass die relativ hohen mittleren Äquivalenzeinkommen der Männer ab 80 Jahren nicht auf das Ergebnis der Altersgruppe insgesamt durchschlagen.

Zusammengefasst wird deutlich, dass Menschen ab 65 tendenziell über leicht geringere finanzielle Ressourcen

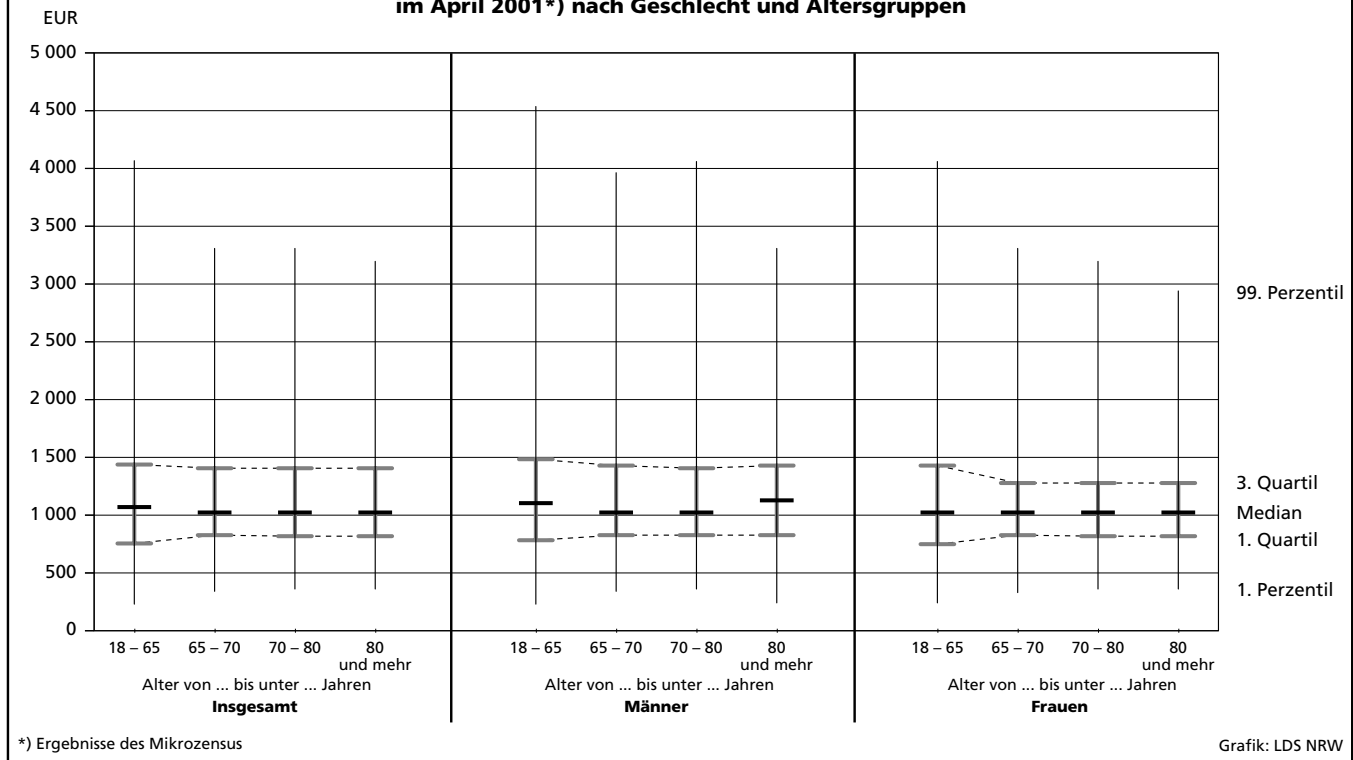
13) Vgl. methodische Anmerkungen 8.4.

14) D. h. es wird ein genauer Geldbetrag des Haushaltsnettoeinkommens erhoben.

15) Vgl. methodische Anmerkungen 8.5.

16) Vgl. methodische Anmerkungen 8.6.

Abb. 5.1: Verteilung der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten im April 2001*) nach Geschlecht und Altersgruppen



cen verfügen als die Erwerbsbevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Größere Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen bestehen nur bei dem einen Prozent der Personen in den jeweiligen Altersgruppen mit den höchsten bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen.

5.2 Relative Einkommensarmut

Auf der Grundlage der Verteilung der Äquivalenzeinkommen lässt sich für unterschiedliche Altersgruppen der Anteil der Personen bestimmen, die in relativer Einkommensarmut leben (Armutsquoten). Allerdings besteht keine einheitliche und anerkannte Definition von Armut. Gemäß Landessozialbericht 1998 gebe es hierfür keinen objektiven Maßstab, sondern lediglich ein normatives gesellschaftliches Konzept (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport 1999: 16). Bei der Bestimmung der relativen Einkommensarmut sind viele methodische Entscheidungen zu treffen¹⁷⁾. Da diese letztlich normative Festlegungen darüber beinhalten, was un-

ter relativer Einkommensarmut verstanden werden soll, können diese methodischen Aspekte in der vorliegenden Studie nicht diskutiert werden. Die nachfolgend verwendete Definition von relativer Einkommensarmut ist also nicht die einzig mögliche. Die Untersuchung zielt dabei in erster Linie auf die Frage, ob ältere

dians des Haushaltsäquivalenzeinkommens festgelegt. Als arm gilt also, wer in einem Haushalt lebt, der über weniger als die Hälfte desjenigen Äquivalenzeinkommens verfügt, das die Hälfte der Bevölkerung in ihrem jeweiligen Haushalt mindestens vorfindet.

5.1 Armutsquoten im April 2001*) nach Geschlecht und Altersgruppen

Altersgruppe	Armutsquoten ¹⁾		
	insgesamt	davon bei den	
		Männer	Frauen
Insgesamt	8,3	8,2	8,4
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
18 – 65	7,4	7,1	7,8
65 – 70	3,7	3,9	3,6
70 – 80	3,7	3,2	4,0
80 und mehr	4,2	4,6	4,1

*) Ergebnisse des Mikrozensus – 1) Anteil (in Prozent) der jeweiligen Bevölkerung in Privathaushalten mit einem Haushaltsäquivalenzeinkommen, das weniger als 50 % des Medians des Haushaltsäquivalenzeinkommens (999 EUR) beträgt

Menschen ab 65 Jahren relativ häufiger oder seltener von Armut betroffen sind als die Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Wie hier nicht ausgewiesene Proberechnungen zeigen, findet sich die Struktur der im Folgenden dargestellten Unterschiede auch bei alternativen Vorgehensweisen.

Für die hier vorgelegte Studie wurde die Armutsschwelle bei 50 % des Me-

In Tabelle 5.1 wird für die jeweiligen Altersgruppen der Anteil der in relativer Einkommensarmut lebenden Bevölkerung (Armutsquote) unter Zugrundelegung dieser Definition dargestellt¹⁸⁾. Sie beruhen auf einem global über die gesamte Bevölkerung in Privathaushalten in Nordrhein-Westfalen hinweg ermittelten Median des Äquivalenzeinkommens in

17) Vgl. methodische Anmerkungen 8.5.

18) Vgl. methodische Anmerkungen 8.5.

Höhe von 999 Euro. Es gelten also solche Personen als arm, die in Haushalten leben, in denen das Äquivalenzeinkommen 499,50 Euro oder weniger beträgt. Nach dieser Rechnung sind 8,3 % der Bevölkerung in Privathaushalten als arm einzustufen. Der Anteil variiert geringfügig nach Geschlecht. Zwischen den einzelnen Altersgruppen sind die Unterschiede jedoch stärker.

In allen Altersgruppen ab 65 Jahren ergeben sich erheblich geringere Armutsquoten als für die Vergleichsgruppe der 18- bis unter 65-Jährigen. So liegt der Anteil der Armen bei den 65- bis unter 70-Jährigen bei 3,7 %. In den älteren Altersgruppen errechnen sich Werte ähnlicher Größenordnung. Bei den 18- bis unter 65-Jährigen liegt die Armutsquote hingegen bei 7,4 %. Personen ab 65 Jahre sind also wesentlich seltener arm als Personen zwischen 18 und 65 Jahren.

Wie kann es sein, dass Menschen ab 65 einerseits zwar geringfügig niedrigere mittlere Äquivalenzeinkommen erzielen als die Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren, andererseits aber deutlich niedrigere Armutsquoten aufweisen? Die Äquivalenzeinkommen der Älteren weisen eine stärkere Konzentration der Verteilung auf. Daher liegen die mittleren Einkommen der älteren Bevölkerung zwar einerseits etwas niedriger als bei der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Da in den älteren Altersgruppen die Einkommen jedoch relativ eng um dieses mittlere Einkommen streuen und daher dort weniger Personen mit extrem niedrigen Äquivalenzeinkommen zu finden sind, gehören vergleichsweise wenige Personen zur armen Bevölkerung.

5.3 Sozialhilfequoten

Abschließend soll noch ein Blick auf den Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in der älteren Bevölkerung geworfen werden.

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁹⁾ (innerhalb und außerhalb von

¹⁹⁾ Die folgenden Ergebnisse beziehen sich auf die Statistik der Sozialhilfe 2001 in Verknüpfung mit den Daten der Bevölkerungsstatistik.

5.2 Anteil der Personen mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im April 2001*) nach Geschlecht und Altersgruppen			
Altersgruppe	Anteil der Personen mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in %		
	insgesamt	männlich	weiblich
Insgesamt	3,7	3,2	4,1
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
unter 18	7,1	7,0	7,1
18 – 65	3,2	2,3	4,0
65 – 70	2,2	2,0	2,4
70 – 80	1,6	1,3	1,9
80 – 85	1,4	0,8	1,6
85 und mehr	1,5	0,7	1,7

*) Ergebnisse der Statistik der Sozialhilfe

Einrichtungen) erhalten 2,2 % der Bevölkerung im Alter von 65 bis unter 70 Jahren (vgl. Tabelle 5.2). In den höheren Altersgruppen schwankt die Sozialhilfequote um die 1,5 %-Marke. Damit ist der Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in der älteren Bevölkerung etwas seltener als in der Bevölkerung der 18- bis unter 65-Jährigen (3,2 %) bzw. als in der Gesamtbevölkerung (3,7 %).

Da sich die Unterschiede bei den Sozialhilfequoten auch in ähnlichen Unterschieden bei den Armutsquoten widerspiegeln, stützt die Analyse der altersspezifischen Sozialhilfequoten den Befund, dass ältere Menschen seltener von relativer Einkommensarmut betroffen sind als jüngere.

5.4 Zusammenfassung

Fasst man die vorliegenden Ergebnisse zur monetären Versorgung älterer Menschen zusammen, so lässt sich Folgendes festhalten:

- Menschen ab 65 Jahre verfügen über geringfügig niedrigere mittlere Äquivalenzeinkommen als 18- bis unter 65-Jährige.
- Sie sind jedoch deutlich seltener von relativer Einkommensarmut betroffen als Personen zwischen 18 und 65 Jahren.
- Auch die Sozialhilfequote liegt bei Menschen ab 65 Jahren niedriger als bei jenen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren.

6 Hilfs- und Pflegebedürftigkeit

Bereits in Kapitel 3 war der Betreuungsbedarf von Menschen in hohem Alter angesprochen worden. Dabei

wurde der im höheren Alter größere Anteil von Personen, die bei ihren Kindern, Seiten- oder Nichtverwandten oder in Heimen leben, als Indiz für diesen Betreuungsbedarf interpretiert. Mit den Daten der amtlichen Pflegestatistik 2001 und 1999 sowie Ergebnissen aus dem Mikrozensus 1999, der auch Fragen zur Hilfsbedürftigkeit und zu Leistungen aus der Pflegeversicherung enthält, soll im Folgenden der Betreuungsbedarf genauer untersucht werden.

Anders als die Angaben zum Hilfebedarf, die im Mikrozensus 1999 auf der Grundlage einer mehr oder minder subjektiven Einschätzung der Betroffenen erfolgen, liefern die Ergebnisse der Pflegestatistik 1999 und 2001 Quoten des Leistungsbezuges aus der Pflegeversicherung, die letztlich auf der Grundlage einer ärztlichen Untersuchung zur Einstufung des Pflegebedarfes entstehen.

Sowohl die subjektive als auch die medizinische Einschätzung des Hilfe- bzw. Pflegebedarfes liefern wertvolle Hinweise auf die Befindlichkeit der älteren Bevölkerung, so dass es angemessen erscheint, beide Merkmale aus den unterschiedlichen statistischen Quellen auszuwerten.

Zunächst werden Art und Umfang des subjektiven Hilfebedarfes nach Alter und Geschlecht analysiert, dann der Empfang von Leistungen aus der Pflegeversicherung. Zuletzt wird auf der Grundlage der Daten des Mikrozensus 1999 nochmals auf den Zusammenhang von Pflegebedürftigkeit und Lebensform eingegangen.

6.1 Hilfebedarf

Hochgerechnet 408 Tsd. Personen ab 65 Jahre gaben an, auf Hilfe angewiesen zu sein (vgl. Tabelle 6.1), darunter wesentlich häufiger Frauen als Männer²⁰⁾. Insgesamt sind 14,0 % der

Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren subjektiv hilfsbedürftig. Erwartungsgemäß zeigt sich im höheren Alter ein stärkerer Hilfebedarf (vgl. Tabelle 6.1 und Abbildung 6.1). Während 4,1 % der 65- bis unter 70-Jährigen hilfsbedürftig sind, trifft dies auf 67,2 % der Bevölkerung im

Alter von 90 und mehr Jahren zu. Überraschend erscheint, dass Frauen in höherem Alter wesentlich häufiger Hilfebedarf haben als Männer. Zu bedenken ist hierbei jedoch, dass es in diesen Altersgruppen wesentlich weniger Männer als Frauen gibt (vgl. Tabelle 2.1). Wie bereits ausgeführt, le-

20) Vgl. methodische Anmerkungen 8.7.

6.1 Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren im April 1999*) nach Hilfebedarf, Geschlecht und Altersgruppen									
Geschlecht Altersgruppe	Personen im Alter von 65 und mehr Jahren								
	insgesamt	darunter							
		mit Hilfebedarf							ohne Angabe
		und zwar mit Hilfebedarf bei ... ¹⁾							
		zusammen		Körper- pflege	Ernährung	Beweg- lichkeit/ Mobilität	hauswirt- schaftlicher Versorgung	ohne Angabe	
	1 000	% ²⁾		% von Sp. 2 ²⁾					1 000
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Insgesamt	3 127	408	14,0	57,6	45,4	62,8	77,3	9,9	211
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
65 – 70	939	37	4,1	59,5	42,3	64,7	72,8	/	42
70 – 80	1 533	158	10,9	49,3	35,0	58,2	75,2	10,5	89
80 – 90	558	161	32,3	60,9	52,2	65,6	79,5	(9,2)	59
90 und mehr	98	52	67,2	70,9	57,7	67,2	80,6	/	20
Männer	1 227	122	10,5	61,7	47,7	65,1	73,8	(8,8)	68
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
65 – 70	449	23	5,3	(54,4)	(41,3)	(62,6)	(63,1)	/	17
70 – 80	597	56	10,0	60,8	42,2	64,2	74,1	/	34
80 – 90	166	38	25,1	64,8	58,8	68,6	79,1	/	(14)
90 und mehr	15	/	/	/	/	/	/	/	/
Frauen	1 900	286	16,3	55,8	44,4	61,9	78,9	10,4	143
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
65 – 70	489	(14)	(3,1)	(67,6)	/	(67,9)	(88,1)	/	25
70 – 80	936	102	11,6	43,0	31,1	54,9	75,7	(11,3)	55
80 – 90	392	123	35,5	59,7	50,2	64,6	79,7	(10,2)	46
90 und mehr	82	47	72,6	69,7	58,2	68,0	80,9	/	17

*) Ergebnisse des Mikrozensus – 1) Mehrfachnennungen sind möglich. – 2) Berechnung unter Ausschluss der Personen, die keine Angaben zum Hilfebedarf gemacht haben

6.2 Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren mit Hilfebedarf im April 1999*) nach Häufigkeit des Hilfebedarfes, Geschlecht und Altersgruppen					
Geschlecht Altersgruppe	Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren mit Hilfebedarf				
	insgesamt	davon benötigen ... die Hilfe			
		mehrmals die Woche bis einmal am Tag	mehrmals am Tag	rund um die Uhr	ohne Angabe
		1 000	% ¹⁾		
Insgesamt	408	29,7	34,2	36,1	111
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
65 – 70	37	(27,6)	(29,6)	(42,8)	(11)
70 – 80	158	33,7	33,9	32,5	50
80 – 90	161	29,8	35,7	34,5	38
90 und mehr	52	(20,5)	(33,8)	45,7	(11)
Männer	122	23,4	34,3	42,3	31
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
65 – 70	23	/	/	/	(7)
70 – 80	56	(21,4)	(34,5)	44,2	(15)
80 – 90	38	/	(32,8)	(44,7)	(8)
90 und mehr	/	/	/	/	/
Frauen	286	32,5	34,2	33,3	80
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
65 – 70	(14)	/	/	/	/
70 – 80	102	41,3	33,5	25,3	35
80 – 90	123	32,2	36,6	31,2	30
90 und mehr	47	(20,3)	(32,1)	47,6	(10)

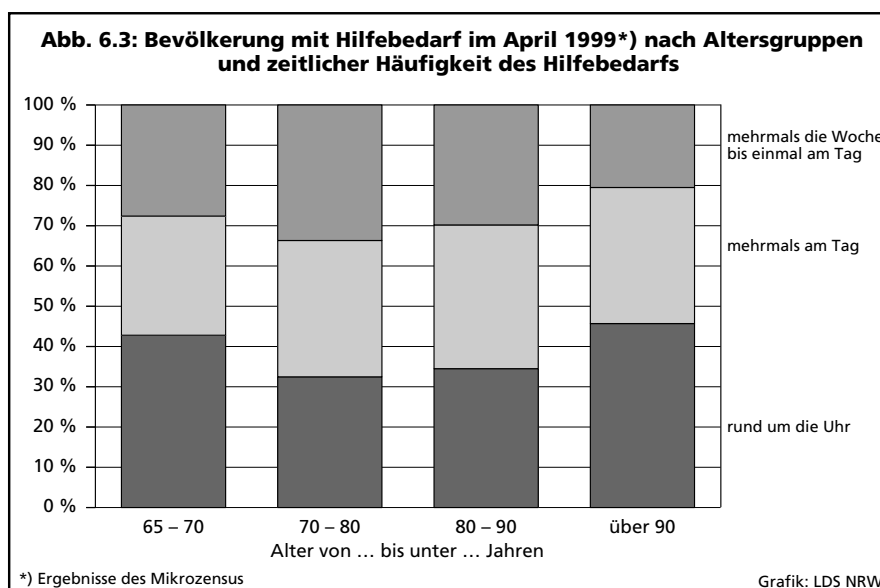
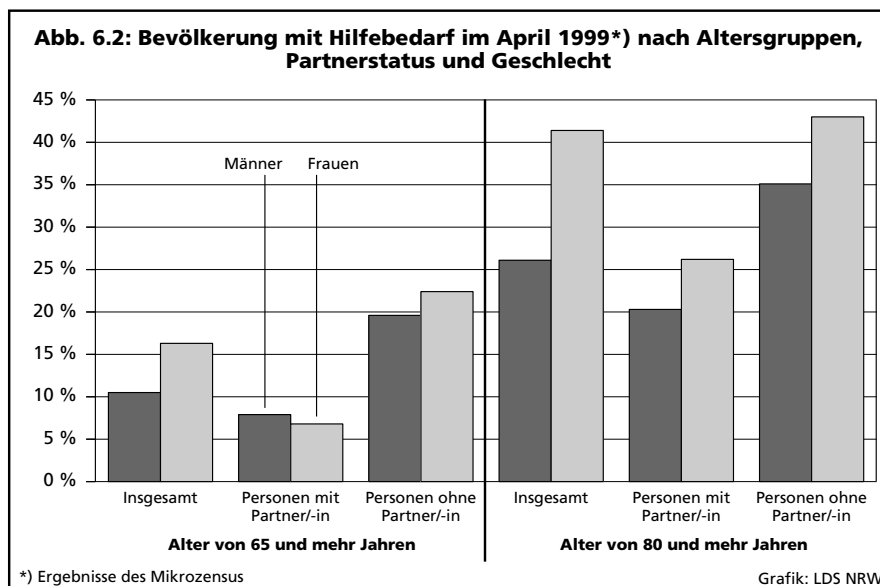
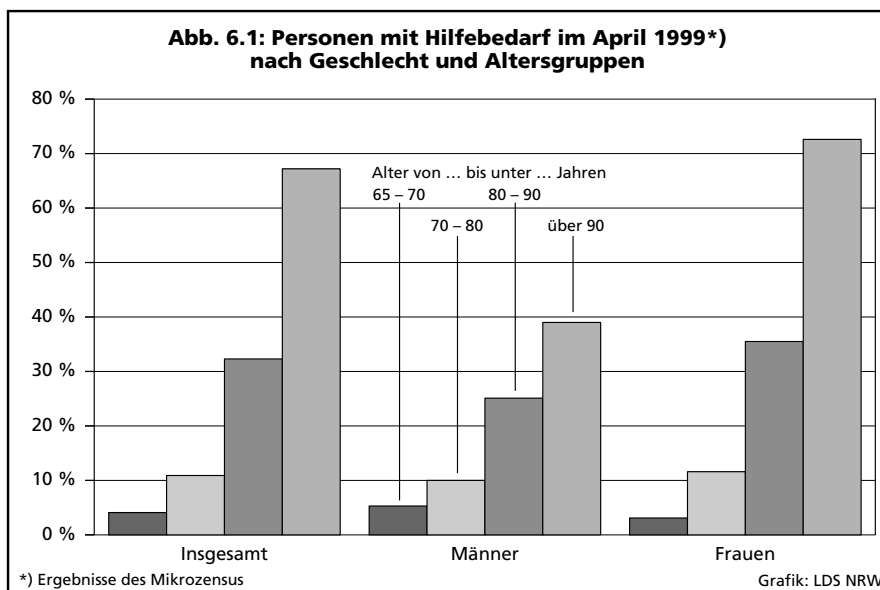
*) Ergebnisse des Mikrozensus – 1) Berechnung unter Ausschluss der Personen, die keine Angaben zum Hilfebedarf bzw. zur Häufigkeit des Hilfebedarfes gemacht haben

ben Männer auf Grund dieses Ungleichgewichtes bis ins hohe Alter noch sehr häufig mit ihren Ehefrauen

zusammen, während dies für Frauen gleichen Alters nicht gilt. Personen, die in Ehe leben, haben jedoch auf

Grund der gegenseitigen Unterstützung subjektiv einen geringeren Hilfebedarf als Personen ohne Partnerin bzw. Partner. Diese These wird durch Abbildung 6.2 bestätigt. Sie zeigt den Anteil der Personen mit Hilfebedarf differenziert nach Geschlecht in der Bevölkerung ab 65 bzw. ab 80 Jahren im Jahr 1999. Zusätzlich wird noch danach unterschieden, ob die Menschen mit oder ohne Partnerin bzw. Partner lebten. Der Hilfebedarf von Personen ohne Partner bzw. Partnerin ist in beiden Altersgruppen deutlich höher als der Hilfebedarf von Personen mit Partnerin oder Partner. Außerdem kann gezeigt werden, dass der große Geschlechtsunterschied beim Hilfebedarf zumindest teilweise auf der unterschiedlichen Verfügbarkeit einer Partnerin bzw. eines Partners für Männer und Frauen beruht: Während bei den Frauen und Männern im Alter ab 80 Jahren insgesamt ein Unterschied im Hilfebedarf von 15,3 Prozentpunkten festzustellen ist (41,4 % vs. 26,1 %), schrumpft dieser bei Beschränkung der Betrachtung auf Personen ohne Partnerin bzw. Partner auf 7,9 Prozentpunkte (43,0 % vs. 35,1 %). Die auch beim Vergleich von Männern und Frauen ohne Partner oder Partnerin verbleibenden Unterschiede hinsichtlich des subjektiven Hilfebedarfes können hier leider nicht abschließend geklärt werden.

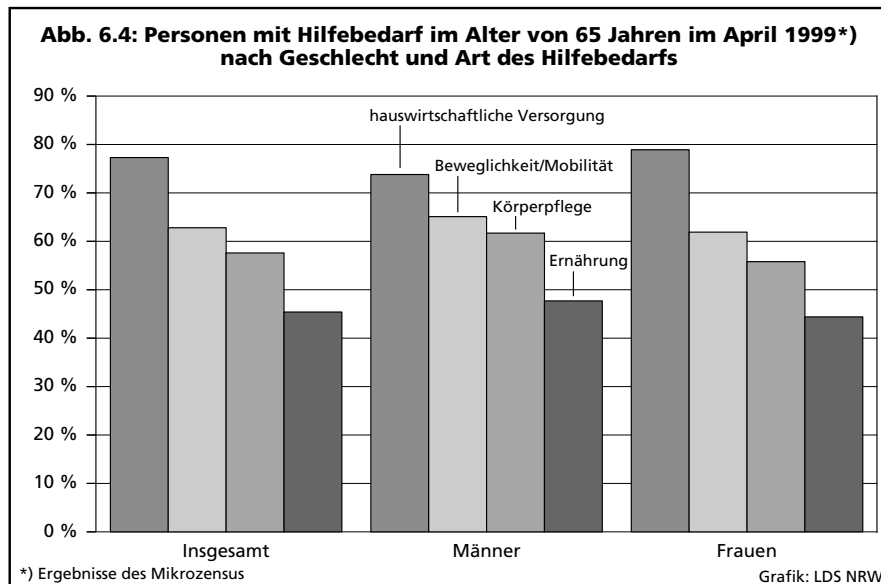
In Tabelle 6.2 und in Abbildung 6.3 wird nachgewiesen, wie oft Personen mit Hilfebedarf Unterstützung benötigen. Diese Angaben können als Intensität der Hilfsbedürftigkeit interpretiert werden. Unter den 65- bis unter 70-Jährigen benötigen über 40 % der Hilfebedürftigen rund um die Uhr Unterstützung, bei den 70- bis unter 80- und den 80- bis unter 90-Jährigen liegt der Wert jeweils niedriger und ist erst bei den alten Menschen ab 90 Jahren höher. Diese altersgruppen-spezifische Variation könnte darauf zurückzuführen sein, dass der Hilfsbedürftigkeit verschiedene Ursachen zu Grunde liegen können, die eine unterschiedliche Intensität der Hilfe bedingen und in den verschiedenen Altersgruppen unterschiedliche Bedeutung erlangen: Bei jenen (relativ wenigen) Personen, die im Alter von



65 bis unter 70 Jahren bereits Hilfe bedürfen, handelt es sich vermutlich seltener um eine altersbedingte Hilfsbedürftigkeit und häufiger um Folgen von Krankheit, Unfall oder Behinderung, die eine intensive Hilfeleistung erforderlich machen. Die Intensität der Hilfsbedürftigkeit ist daher in dieser Altersgruppe höher als bei den 70- bis unter 80- und den 80- bis unter 90-Jährigen. Bei letzteren ist wahrscheinlich ein wesentlich höherer Anteil der hilfsbedürftigen Personen altersbedingt auf Hilfe angewiesen. Die Intensität der notwendigen Hilfeleistungen ist in diesen letztgenannten Altersgruppen jedoch noch vergleichsweise gering. Bei den Menschen im Alter von 90 und mehr Jahren lässt sich dagegen eine eher starke Altersgebrechlichkeit vermuten. Daher ist die Intensität der notwendigen Hilfeleistung gegenüber den beiden jüngeren Altersgruppen deutlich erhöht.

Wie aus Tabelle 6.1 und Abbildung 6.1 ersichtlich, sind Männer im Alter zwar relativ seltener auf Hilfe angewiesen als Frauen. Sind sie jedoch hilfsbedürftig, so ist die Häufigkeit, mit der Hilfe in Anspruch genommen wird, wesentlich höher als bei Frauen. Tabelle 6.2 zeigt, dass 42,3 % aller hilfsbedürftigen Männer, aber nur 33,3 % der Frauen rund um die Uhr Hilfe benötigen.

In Tabelle 6.1 wird außerdem nach der Art der notwendigen Hilfeleistung differenziert²¹⁾. Abbildung 6.4 stellt die Hilfearten in einer Rangfolge dar: Am häufigsten wurde ein Hilfebedarf bei der hauswirtschaftlichen Versorgung angegeben, gefolgt von der Beweglichkeit und Mobilität und der Hilfe bei der Körperpflege. Hilfebedarf bei der Ernährung wurde dagegen vergleichsweise selten genannt. In fast allen Kategorien ist der Hilfebedarf der Männer – analog zur Verteilung bei der Häufigkeit der Hilfe – höher als der der Frauen. Eine Ausnahme bildet lediglich der Hilfebedarf bei der hauswirtschaftlichen Versorgung – und hier wiederum insbesondere in der Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen (vgl. Tabelle



6.1). In dieser Altersgruppe geben über 88 % der Frauen einen Hilfebedarf bei der hauswirtschaftlichen Versorgung an, aber nur gut 63 % der Männer.

In der Differenzierung nach Altersgruppen findet sich bei den einzelnen Hilfearten (mit Ausnahme der Hilfe bei der hauswirtschaftlichen Versorgung) ein ähnliches Muster wie bezüglich der zeitlichen Intensität des Hilfebedarfes beschrieben. Die Anteilswerte der einzelnen Hilfearten sind also bei den 65- bis unter 70-Jährigen und bei den Personen im Alter von 90 und mehr Jahren höher als bei den 70- bis unter 80-Jährigen und den 80- bis unter 90-Jährigen. Auch die Erklärung folgt dem gleichen Argument: In der jüngsten der betrachteten Altersgruppen finden sich vermutlich noch relativ viele Personen mit hohem Hilfebedarf auf Grund nicht altersbedingter Ursachen. In den oberen Altersgruppen dominiert dagegen die altersbedingte Hilfsbedürftigkeit, die erst mit höherem Alter stärker ausfällt. Bei hoher Intensität des Hilfebedarfes werden mit großer Wahrscheinlichkeit auch verschiedene Arten der Hilfe notwendig. Damit steigt bei höherer Intensität auch die Häufigkeit der Nennung mehrerer Hilfearten. Aus diesem Grund findet sich das beschriebene Muster in der Differenzierung nach Alter gerade bei jenen Hilfearten, die auf eine starke körperliche Beeinträchtigung schließen lassen (Körperpflege, Ernährung, Mobilität).

6.2 Leistungsempfänger der Pflegeversicherung

Die folgenden Angaben über die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Pflegeversicherung in den Jahren 1999 und 2001 beruhen auf den Ergebnissen der Pflegestatistik²²⁾. In diesen Jahren erhielten 379 Tsd. (1999) bzw. 375 Tsd. (2001) Personen im Alter von 65 und mehr Jahren Sach- und/oder Geldleistungen aus der Pflegeversicherung. Die meisten dieser Personen waren zwischen 70 und 90 Jahre alt (vgl. hierzu Tabelle 6.3, Seite 29). Pflegequoten können als Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Sach- und/oder Pflegeleistungen der Pflegeversicherung an der jeweils betreffenden Gesamtbevölkerung definiert werden²³⁾. Insgesamt 12,0 % aller Personen im Alter von 65 und mehr Jahren erhielten im Jahr 2001 Leistungen aus der Pflegeversicherung. Die Pflegequote 1999 liegt etwas niedriger als die Quote der Hilfsbedürftigen im gleichen Jahr (12,7 % vs. 14,0 %, siehe Tabelle 6.1)²⁴⁾. Hierfür gibt es zweierlei Gründe: Zum einen kann vermutet werden, dass nicht alle Personen, die einen Hilfebe-

22) Die Ergebnisse für 1999 wurden mit aufgenommen, um sie mit den Angaben zum Hilfebedarf aus dem Mikrozensus 1999 vergleichen zu können.

23) Zu ihrer Berechnung wurden die Ergebnisse der Pflegestatistik in Beziehung zu den entsprechenden Ergebnissen der Bevölkerungsstatistik gesetzt.

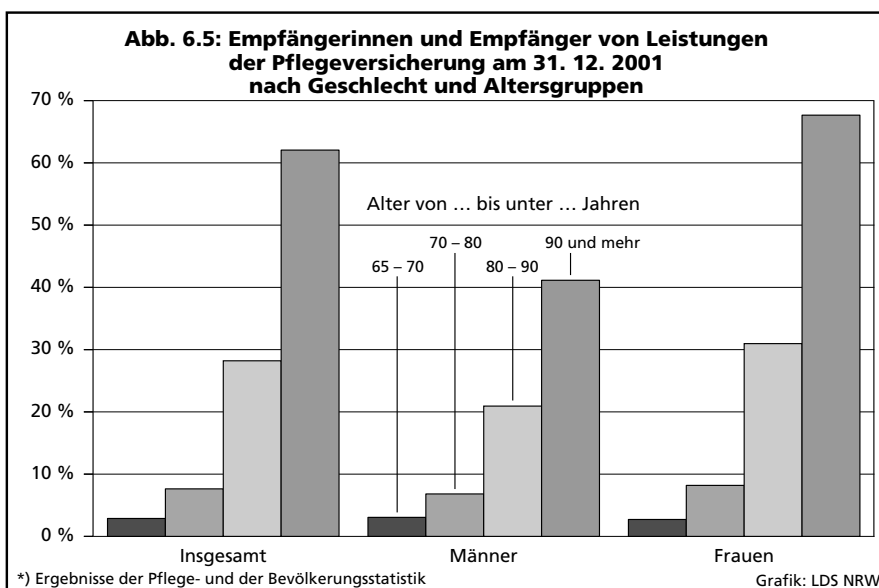
24) Wie in Anmerkung 8.7 dargelegt, wird mit dem angegebenen Wert die Quote der Hilfsbedürftigen wahrscheinlich unterschätzt. Somit wird die tatsächliche Differenz zur Pflegequote etwas höher sein als hier nachweisbar.

21) Vgl. methodische Anmerkungen 8.7.

6.3 Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren am 31. Dezember 1999 und 2001 nach Empfang von Leistungen der Pflegeversicherung, Geschlecht und Altersgruppen

Geschlecht Altersgruppe	Personen im Alter von 65 und mehr Jahren								
	insgesamt	darunter Empfänger/-innen von Leistungen der Pflegeversicherung							
		zusammen	davon in Pflegestufe						
			I		II		III		
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
1999									
Insgesamt	2 986	379	12,7	176	46,4	149	39,2	51	13,4
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
65 – 70	908	28	3,1	14	49,1	11	37,4	3	12,3
70 – 80	1 443	117	8,1	59	50,4	43	37,0	14	11,7
80 – 90	527	166	31,5	79	47,6	64	38,7	21	12,6
90 und mehr	107	68	63,4	24	35,6	31	44,9	13	18,5
Männer	1 150	97	8,4	44	46,0	40	41,0	12	12,2
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
65 – 70	431	14	3,3	7	46,9	6	39,4	2	12,5
70 – 80	557	40	7,1	18	46,4	16	40,5	5	12,4
80 – 90	140	33	23,6	15	46,3	14	41,4	4	11,6
90 und mehr	22	10	43,5	4	41,9	4	43,9	1	13,3
Frauen	1 836	282	15,4	132	46,6	109	38,6	39	13,7
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
65 – 70	477	14	3,0	7	51,3	5	35,4	2	12,1
70 – 80	887	77	8,7	40	52,4	27	35,2	9	11,3
80 – 90	387	133	34,3	64	48,0	51	38,1	17	12,8
90 und mehr	85	58	68,7	20	34,5	26	45,1	11	19,4
2001									
Insgesamt	3 134	375	12,0	186	49,6	145	38,6	44	11,6
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
65 – 70	975	28	2,9	15	52,3	10	36,8	3	10,7
70 – 80	1 462	112	7,6	59	53,1	40	36,2	12	10,5
80 – 90	579	163	28,2	84	51,2	62	37,8	18	10,8
90 und mehr	116	72	62,1	29	39,5	32	44,7	11	15,6
Männer	1 241	98	7,9	48	49,2	39	40,0	10	10,6
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
65 – 70	464	14	3,1	7	50,1	6	39,0	2	10,8
70 – 80	593	40	6,8	20	49,2	16	39,4	5	11,2
80 – 90	159	33	20,9	17	49,9	13	40,0	3	10,0
90 und mehr	25	10	41,1	5	45,7	4	44,0	1	10,1
Frauen	1 893	277	14,7	138	49,7	106	38,1	33	12,0
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
65 – 70	511	14	2,7	8	54,6	5	34,5	1	10,7
70 – 80	870	71	8,2	39	55,4	25	34,4	7	10,0
80 – 90	420	130	31,0	67	51,5	49	37,3	14	11,0
90 und mehr	92	62	67,7	24	38,5	28	44,8	10	16,5

*) Ergebnisse der Pflege- und der Bevölkerungsstatistik



darf angeben, auch tatsächlich einen Antrag auf Leistungen aus der Pflegeversicherung stellen. Zum anderen wird auch nicht in jedem Fall einem Antrag entsprochen.

Die Pflegequote variiert erheblich mit dem Alter und dem Geschlecht und spiegelt dabei ein ähnliches Muster wider wie die Quote der Hilfsbedürftigkeit (vgl. Tabelle 6.3 und Abbildung 6.5): Personen in höherem Alter erhalten auch wesentlich häufiger Leistungen. So erbringt die Pflegeversicherung mehr als dreimal so häufig Leistungen an Personen im Alter von 80 bis unter 90 Jahren als dies in der nächstjüngeren Altersgruppe der Fall

ist; und die Menschen im Alter von 90 und mehr Jahren erhalten mehr als zweimal so häufig Leistungen wie die 80- bis unter 90-Jährigen.

Ähnlich wie bei der subjektiven Hilfsbedürftigkeit empfangen Männer im hohen Alter auch wesentlich seltener Leistungen aus der Pflegeversicherung als Frauen. Liegt die Pflegequote bei den 65- bis unter 70-jährigen Männern im Jahr 2001 noch geringfügig über

ter von 65 und mehr Jahren wurde 2001 die Pflegestufe I zugewiesen, knapp 39 % die Pflegestufe II und etwa 12 % die Pflegestufe III (vgl. Tabelle 6.3). Von diesem Muster weichen nur die Leistungsempfängerinnen und -empfänger im Alter von 90 und mehr Jahren – und hier insbesondere die Frauen – ab: Sie sind seltener in Pflegestufe I und häufiger in den Stufen II und III eingruppiert.

Tatsächlich ist das allein Leben unter Leistungsbezieherinnen und -bezieher der Pflegeversicherung seltener (43,7 %) als in der Bevölkerung insgesamt (52,2 %). Dies gilt auch für das Leben mit einem Ehepartner bzw. einer -partnerin (11,7 % vs. 20,4 %). Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen wohnen dagegen häufiger bei eigenen Kindern (12,7 % vs. 8,3 %) oder in Heimen (28,1 % vs. 14,9 %) als die Bevölkerung insgesamt. Dies bestätigt, dass der höhere Anteil dieser Lebensformen in älteren Altersgruppen durch den Betreuungsbedarf bedingt ist.

Die Untergliederung der Leistungsempfängerinnen und -empfänger der Pflegeversicherung nach Pflegestufen liefert darüber hinaus noch ein weiteres interessantes Resultat: Die Gesamtheit der Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen bildet hinsichtlich ihrer Lebensformen eine heterogene Gruppe. Jene Personen, die in die Pflegestufe I eingestuft werden, weichen nämlich vom Gesamtbild der Leistungsempfängerinnen und -empfänger ab. Der Anteil unter ihnen, der allein lebt, liegt sogar knapp über jenem der Bevölkerung insgesamt (54,3 % vs. 52,2 %). Unter den Leistungsbeziehern insgesamt ist dieser Anteil dagegen, wie gesagt, unterdurchschnittlich. Der Anteil der Heimbewohnerinnen und -bewohner unter den Leistungsbezieherinnen und -bezieher in Pflegestufe I ist sogar niedriger als in der Gesamtbevölkerung (12,2 % vs. 14,9 %). Andererseits leben Leistungsbezieherinnen und -bezieher in Pflegestufe I häufiger bei eigenen Kindern als die Gesamtheit der Leistungsempfänger (17,0 % vs. 12,7 %).

Es kann daher der Schluss gezogen werden, dass viele Menschen im Alter von 80 und mehr Jahren anscheinend in der Lage sind, mit relativ geringen Hilfen den eigenen Haushalt zu führen und damit ein selbstbestimmtes Leben fortzusetzen; sie werden daher häufiger der Pflegestufe I zugewiesen. Sofern die selbstständige Haushaltsführung bei Eingruppierung in Pflegestufe I nicht mehr möglich ist, ist das Leben bei den eigenen Kindern eine häufiger gewählte Option.

6.4 Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren im April 1999*) nach Bezug von Leistungen aus der Pflegeversicherung und nach der Lebensform			
Lebensform	Personen im Alter von 80 und mehr Jahren		
	insgesamt	darunter Empfänger/-innen von Leistungen der Pflegeversicherung	
		zusammen	darunter in Pflegestufe I
	%		
Allein lebend	52,2	43,7	54,3
Bei den Kindern lebend	8,3	12,7	(17,0)
Bei anderen Personen lebend	(1,7)	/	/
(Nur) mit Ehepartner/-in zusammen lebend	20,4	11,7	(12,4)
In Gemeinschaftsunterkünften	14,9	28,1	(12,2)
Insgesamt	100	100	100

*) Ergebnisse des Mikrozensus

der der Frauen (3,1 % vs. 2,7 %), so rangiert sie bei den Männern im Alter von 90 und mehr Jahren erheblich darunter (41,1 % vs. 67,7 %). Die geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich der subjektiven Hilfsbedürftigkeit konnten teilweise dadurch erklärt werden, dass Männer noch häufiger mit ihren Ehepartnerinnen zusammenleben als Frauen und mithin häufiger von der Partnerin unterstützt werden. Dass ähnliches auch für den Bezug von Leistungen aus der Pflegeversicherung gilt, lässt sich mit den im Mikrozensus 1999 enthaltenen Daten belegen (vgl. Tabelle 6.4 sowie Abschnitt 6.3). Insgesamt lebten im Jahr 1999 20,4 % aller Personen im Alter von 80 und mehr Jahren mit einem Ehepartner bzw. einer -partnerin zusammen; unter den Empfängerinnen und Empfängern von Leistungen der Pflegeversicherung traf dies jedoch nur auf 11,7 % zu. Der geringere subjektive Hilfebedarf bei verheirateten Personen wirkt sich anscheinend auch auf die Beantragung von Leistungen der Pflegeversicherung aus.

Etwa der Hälfte aller Leistungsempfängerinnen und -empfänger im Al-

6.3 Pflegestufe und Lebensform

Im vorliegenden Abschnitt soll untersucht werden, wie sich der Pflegebedarf auf die Lebensform auswirkt; hierzu werden Merkmale zu Leistungen aus der Pflegeversicherung und zur Lebensform kombiniert ausgewertet. Wie aus Tabelle 6.3 hervorgeht, spielen Pflegeleistungen erst ab einem Alter von etwa 80 Jahren eine bedeutsame Rolle. Daher beschränkt sich die folgende Betrachtung auf die Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren.

Tabelle 6.4 zeigt den Anteil der verschiedenen quantitativ relevanten Lebensformen für die Bevölkerung im Alter ab 80 Jahren insgesamt, für die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen aus der Pflegeversicherung sowie für diejenigen, die in Pflegestufe I eingruppiert wurden²⁵⁾. Alle folgenden Aussagen beziehen sich auf die Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren.

25) Vgl. methodische Anmerkung 8.7.

Mit zunehmendem Betreuungsaufwand – also bei Einstufung nach Pflegestufe II oder III – ist auch die Heimunterbringung häufiger (29,6 % in Pflegestufe II), da sich der Pflegebedarf seltener durch eine rein ambulante Betreuung oder durch Angehörige abdecken lässt.

6.4 Zusammenfassung

Fasst man die Ergebnisse zum Hilfe- und Pflegebedarf zusammen, so bleibt Folgendes festzuhalten:

- Insgesamt sind 14,0 % der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren subjektiv hilfsbedürftig. Dieser Wert variiert jedoch sehr stark nach Alter und Geschlecht. Männer benötigen seltener, dafür aber intensivere Unterstützung als Frauen. Der Geschlechtsunterschied bezüglich der Hilfsbedürftigkeit kann teilweise darauf zurückgeführt werden, dass Männer noch häufiger mit ihrer Ehefrau zusammenleben als Frauen mit ihrem Ehemann.
- Der Hilfebedarf kann verschiedene Ursachen haben, die in den verschiedenen Altersgruppen unterschiedliches Gewicht erlangen. Dies bedingt eine Variation der Intensität des Hilfebedarfes über die Altersgruppen.
- Die Pflegequote liegt etwas niedriger als die Quote der Hilfsbedürftigkeit.
- Leistungsempfängerinnen und -empfänger der Pflegeversicherung leben zwar häufiger in Heimen. Bei geringem Pflegebedarf (Pflegestufe I) kann jedoch noch relativ häufig der eigene Haushalt aufrecht erhalten werden.

7 Abschließende Zusammenfassung und Ausblick

Vor dem Hintergrund der steigenden Zahl älterer Menschen in der Gesellschaft liefert der vorliegende Bericht einen Beitrag zur Beschreibung der Lebenslagen der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren in Nordrhein-Westfalen.

Zunächst wurde die veränderte Altersstruktur der Gesellschaft dargestellt. Für die nahe Zukunft ist mit einem weiteren Anstieg der Population im Alter von 65 und mehr Jahren zu rechnen. Dieser Anstieg wird nicht nur bei den jüngeren alten, sondern auch bei den hochbetagten alten Menschen erfolgen. Damit ist insgesamt von einem weiteren Anstieg des Durchschnittsalters auszugehen.

Gegenwärtig findet man ältere Menschen etwas häufiger in den Ballungskernen Nordrhein-Westfalens. Die dominierenden Lebensformen älterer Menschen sind – je nach konkretem Alter – das Zusammenleben mit dem Ehepartner bzw. der Ehepartnerin und das allein Leben. Der hohe Prozentsatz allein lebender alter Menschen ist nicht notwendigerweise ein Indiz für soziale Isolation. Er zeigt auch, dass viele ältere Menschen bis in ein hohes Alter hinein dazu in der Lage sind, auch allein einen eigenständigen Haushalt zu führen.

Als Folge der höheren Scheidungsraten der vergangenen Jahre ist allerdings zu erwarten, dass in der mittelfristigen Zukunft der Anteil allein Lebender und jener Personen, die in nicht ehelicher Lebensgemeinschaft leben, ansteigt. Auf Grund der geringeren Geburtenraten wird ein geringerer Anteil alter Menschen bei eigenen Kindern leben. Wie Berger-Schmitt (2003) zeigt, sinkt in den jüngeren Generationen auch die Bereitschaft, alte Familienangehörige zu pflegen. Es ist also mit einem Anstieg des Betreuungsbedarfes in Heimen zu rechnen.

Der Bedarf an qualifizierter Pflege konzentriert sich auf Menschen in

hohem Alter, also ab 80 bzw. nochmals stärker ab 90 Jahren. Die Ergebnisse zeigen, dass die Pflegeversicherung (in der Pflegestufe I) durch geringe Hilfen vielen älteren Menschen ermöglicht, auch weiterhin einen eigenen Haushalt aufrecht zu erhalten.

Im Durchschnitt²⁶⁾ und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Haushaltszusammensetzung können alte Menschen in nordrhein-westfälischen Privathaushalten auf etwas geringere materielle Ressourcen zurückgreifen als Menschen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren. Bezüglich des bedarfsgewichteten Einkommens erweist sich die Gruppe der Menschen im Alter ab 65 Jahren als homogener als die Population der 18- bis unter 65-Jährigen. Dies äußert sich einerseits darin, dass die Spitzeneinkommen in der älteren Bevölkerung bei weitem nicht an jene der jüngeren heranreichen. Andererseits ist die ältere Generation heute in wesentlich geringerem Umfang von relativer Einkommensarmut betroffen als die jüngere. Lange Zeit war die finanzielle Unterversorgung älterer Frauen ein wichtiges Thema der Sozialpolitik (vgl. z. B. Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (MASSKS) des Landes Nordrhein-Westfalen 1999: 115ff.). Angesichts der vorgelegten Ergebnisse zum Umfang der Armut im Alter ist eine solche Unterversorgung – bei Berücksichtigung der Versorgung durch andere Haushaltsmitglieder – heute jedoch eher selten. Zu einem weiteren Abbau wird hier auch die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen führen, da hiermit eigene Rentenansprüche aufgebaut werden.

Für künftige Rentnerinnen und Rentner werden sich jedoch zum einen Einschränkungen des Leistungsrechtes auswirken, „die in den letzten Jahren beschlossen wurden, was in der öffentlichen Diskussion angesichts der dort dominierenden Sicht auf die Eckrente bislang nicht recht wahrgenommen wird“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2001: 210). Außerdem gilt es zu bedenken, dass die Erwerbskarrieren der heute Erwerbstä-

26) Gemeint ist hier der Median.

tigen in höherem Maße von Umbrüchen und damit Lebensphasen betroffen sind, in denen keine Rentenansprüche erworben werden.

8 Anhang: Methodische Anmerkungen

8.1 Allein lebende Personen nach dem Mikrozensus

Ein Haushalt besteht im Sinne des Mikrozensus-Konzeptes aus einer Person oder mehreren Personen, die gemeinsam wirtschaften. Dies impliziert insbesondere, dass Personen, die mit anderen eine Wohnung oder ein Haus bewohnen, jedoch von diesen getrennt wirtschaften, als eigener Haushalt dargestellt werden. Der Mikrozensus erlaubt nur die Identifizierung von verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Mitgliedern des gleichen Haushaltes (vgl. Stauder 2002:18, Scharmer 2002). Zur Relevanz von „Hausfamilien“ vgl. Fuchs (2002).

Wenn im Folgenden von „Allein Lebenden“ gesprochen wird, so ist damit immer gemeint, dass die betroffenen Personen im o. g. Sinne allein im Haushalt leben. Es ist jedoch davon auszugehen, dass nur ein geringfügiger Anteil dieser Einzelpersonen mit anderen Haushalten unter einem Dach zusammenlebt.

8.2 Gemeinschaftsunterkünfte als Heime

Im Mikrozensus werden Personen außerhalb der Privathaushalte pauschal als Personen in Gemeinschaftsunterkünften klassifiziert. Die Zahl der Personen in Gemeinschaftsunterkünften wird in den vorliegenden Auswertungen auf der Basis des Mikrozensus als Schätzung für die Zahl der Heimbewohnerinnen bzw. -bewohner herangezogen. Neben Altenpflegeheimen gibt es zwar auch andere Gemeinschaftsunterkünfte, so z. B. Gefängnisse. Wie die Autorinnen und Autoren des 3. Altenberichtes (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2001: 212) jedoch darlegen, entspricht die Zahl der über 60-Jährigen, die nicht mehr in einem privaten

Haushalt wohnen, in etwa den aus der Pflegestatistik zu entnehmenden Zahl. Man kann daher davon ausgehen, dass die ermittelte Zahl für Personen in Gemeinschaftsunterkünften grob der Zahl der Personen in Heimen entspricht.

Vergleichsrechnungen mit der Pflegestatistik zeigen, dass mit den Personen in Gemeinschaftsunterkünften im Mikrozensus die Bevölkerung in Pflegeheimen um etwa 8 Tsd. Personen unterschätzt wird. Dies gilt insbesondere für Frauen im Alter ab 80 Jahren. Grund hierfür ist der Stichprobenfehler im Mikrozensus sowie die schwerere Erreichbarkeit der alten Heimbevölkerung.

Um die Darstellung einfach zu halten und um Probleme mit zu geringen Fallzahlen zu vermeiden, werden in manchen Abbildungen keine geschlechts- und altersgruppenspezifischen Heimbewohneranteile dargestellt. Hier nicht wiedergegebene Analysen haben jedoch gezeigt, dass der altersgruppenspezifische Anteil der weiblichen Heimbewohner jeweils noch etwas höher liegt als jener für die Heimbewohner insgesamt. Die Anzahl der männlichen Heimbewohner ist so gering, dass ihre altersgruppenspezifischen Anteile nach der in Abbildung 3.2 verwendeten Feinabstufung mit dem Mikrozensus nicht darstellbar sind.

8.3 Die Gebietstypen nach dem Landesentwicklungsplan

Der Landesentwicklungsplan (LEP) legt die siedlungsräumliche Grundstruktur nach vier Gebietstypen fest: Ballungkerne sind besiedelte Bereiche mit höchster Siedlungsdichte, wie z. B. das Ruhrgebiet; Ballungsrandzonen stellen besiedelte Bereiche mit hoher Siedlungsdichte dar, die sich um die Ballungkerne ziehen; unter solitären Verdichtungsgebieten werden Großstädte in Einzellage – in Nordrhein-Westfalen sind dies Münster, Bielefeld und Paderborn – verstanden; alle übrigen Gebiete des Landes werden als Gebiete mit überwiegend ländlicher Raumstruktur (ländliche Zonen) betrachtet (Quelle: <http://www.bezregdetmold.nrw.de/>

Aufgaben/Organisation/Abteilung6/Dezernat62/Siedlungsstruktur/ am 20.03.03).

Um die Darstellung einfach zu halten, wurde in den Abbildungen 4.1 und 4.2 auf die Ausweisung der Ballungsrandgebiete und der solitären Verdichtungsgebiete verzichtet. Nicht wiedergegebene Analysen zeigen allerdings, dass die ausgewiesenen Werte für Ballungkerne und ländliche Zonen die Extremwerte bei den jeweiligen Anteilen darstellen; die Werte für die beiden nicht dargestellten Gebietstypen liegen also dazwischen.

8.4 Annahmen zur Bestimmung des Äquivalenzeinkommens

Die Berechnung eines bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens ist nur bei Festlegung auf einige (vereinfachte) Annahmen möglich. Diese werden hier in Anlehnung an Andreß und Güllner (2001: 181) dargestellt:

- Es wird angenommen, dass jedes Haushaltsmitglied sein gesamtes Einkommen in einen gemeinsamen Pool einbringt.
- Weiterhin wird vorausgesetzt, dass alle Mitglieder gemäß ihren individuellen Bedürfnissen an dem Einkommenspool partizipieren und somit das gleiche Wohlfahrtsniveau erreichen.
- Die Bedürfnisse variieren mit dem Alter. Für Erwachsene und für Kinder werden verschiedene Einkommensbedarfe angesetzt.

Durch die gemeinsame Haushaltsführung entstehen Einsparungen („economies of scale“), so dass der Einkommensbedarf aller zusätzlichen Haushaltsmitglieder geringer ist als der Bedarf der ersten Person im Haushalt.

Zum Überblick über verschiedene Äquivalenzskalen und ihre Entwicklung vgl. Lohmann (2001) sowie Faik (1997).

8.5 Einkommens- und Armutsanalysen mit dem Mikrozensus

Es gibt in der wissenschaftlichen Diskussion einige Stimmen, die die Vor-

gehensweise, den Haushalten in bestimmten Einkommensklassen die Klassenmitte als Einkommenswert zuzuweisen, – insbesondere wenn es um die Messung von Armut geht – ablehnen, da zu viele Fehler möglich seien (vgl. Strengmann-Kuhn 1999). Eine eigene Simulationsrechnung mit den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 zeigt jedoch, dass die Klassenmitte im Wesentlichen das Durchschnittseinkommen innerhalb der Klasse widerspiegelt und dass eine Berechnung des globalen Medians der Äquivalenzeinkommen ohne große Abweichungen möglich ist. Von dieser Regel wurden für die vorliegende Analyse jedoch die unterste und die oberste Einkommensklasse ausgenommen: Die Einkommensklasse „0 bis unter 153 Euro“ wird durch 128 Euro, die Einkommensklasse „mehr als 17 895 Euro“ durch den Wert 18 406,5 Euro repräsentiert.

Bezüglich der Messung der relativen Einkommensarmut gibt es in der Forschung keine allgemein verbindlichen Standards. Die Unterschiede beziehen sich dabei auf die folgenden Aspekte:

- Wahl einer Äquivalenzskala,
- Verwendung des arithmetischen Mittels oder des Medians als Ausgangspunkt zur Bestimmung einer Armutsschwelle,
- Festlegung eines Prozentsatzes, der – ausgehend vom arithmetischen Mittel oder Median – dasjenige Äquivalenzeinkommen bestimmt, unterhalb dessen von Armut zu sprechen ist (Armutsschwelle).

In der Forschung wurde die Verwendung des Mikrozensus als Grundlage zur Ermittlung von Armutsquoten bisher als kritisch eingeschätzt, da der Mikrozensus das Einkommen in Klassen erhebt (s. o.). Um diesem Problem zu begegnen, wurde ein neues Verfahren zur Bestimmung der Armutsquoten bei klassierten Einkommensangaben entwickelt. Eigene Vorstudien mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 98 zeigen, dass hierdurch Armutsquoten berechnet werden können, die nahe an jenen liegen, die sich bei Kalkulation mit einer kontinuierlichen Einkommensva-

riablen ergeben. Das verwendete Verfahren wird in Kürze von Stauder und Hüning (2003, in Vorbereitung) vorgestellt.

8.6 Zur Interpretation von Median, Quartilen und Perzentilen

Der Median bezeichnet dasjenige Äquivalenzeinkommen, das in einer geordneten Reihe der Beobachtungen die Stichprobe im Verhältnis 50:50 aufteilt. Bezüglich der 18- bis unter 65-Jährigen insgesamt, die einen Medianwert von 1 102 Euro aufweisen, ist dieser Wert also so zu interpretieren: 50 % der bezeichneten Bevölkerung lebt in Privathaushalten, die ein bedarfsgewichtetes Netto-Pro-Kopfeinkommen von höchstens 1 102 Euro aufweisen; 50 % lebt in Privathaushalten, in denen mindestens ein solches Äquivalenzeinkommen erreicht wird.

Weist der Median den zentralen Wert aus, so kann der Abstand zwischen dem ersten und dritten Quartil als Streuung um diese zentrale Tendenz interpretiert werden. Die Aussage dieser Werte ist ähnlich wie die des Medians: Der Wert des 1. Quartils gibt den Wert des Haushaltsäquivalenzeinkommens für jene Person an, die die nach der Höhe des Haushaltsäquivalenzeinkommens geordnete Bevölkerung im Verhältnis 25:75 aufteilt. Das 3. Quartil teilt die Bevölkerung entsprechend im Verhältnis 75:25 auf. Durch die Quartils-Werte wird also der Einkommensbereich jener 50 % der Bevölkerung mit mittleren Einkommen begrenzt.

Die Perzentils-Werte stellen dagegen Indikatoren für die Verteilung in den Extrembereichen dar. Das erste Perzentil gibt an, wie hoch das Haushaltsäquivalenzeinkommen jener Personen höchstens ist, die zu dem einen Prozent der Bevölkerung mit den niedrigsten Äquivalenzeinkommen gehören. Das 99. Perzentil informiert darüber, wie hoch das Äquivalenzeinkommen im Haushalt mindestens sein muss, damit eine Person zu dem einen Prozent der Bevölkerung mit den höchsten Haushaltsäquivalenzeinkommen gehört.

8.7 Die Erhebung der Pflegebedürftigkeit im Mikrozensus

Zuletzt wurde im Mikrozensus 1999 im Rahmen des Zusatzprogrammes nach der Pflegebedürftigkeit gefragt. Neben der Erhebung des Empfanges von Leistungen aus der Pflegeversicherung und der Pflegestufe wurde dabei auch nach der eigenen Einschätzung des Hilfebedarfes gefragt. Der Fragetext lautete hierbei: „Brauchen Sie bei den Aufgaben des täglichen Lebens – Körperpflege, Ernährung, Beweglichkeit/Mobilität, hauswirtschaftliche Versorgung – aufgrund von Krankheit, Behinderung oder Alter dauerhaft Hilfe?“ Des weiteren sollte angegeben werden, in welchen der genannten Bereiche Hilfe notwendig sei. Die Beantwortung dieser Fragen war freiwillig.

Da keine Auskunftspflicht besteht, fehlen bezüglich des subjektiven Hilfebedarfes die Angaben von (hochgerechnet) 211 Tsd. Personen. Die in Tabelle 6.1 und 6.2 dargestellten Anteilswerte wurden daher jeweils unter Ausschluss der Personen ohne Angaben berechnet. Für eine strukturelle Untersuchung sind diese Ausfälle solange irrelevant, wie man davon ausgehen kann, dass sich die Ausfälle proportional auf Personen mit und ohne Hilfebedarf verteilen. Es ist jedoch anzunehmen, dass ältere Personen mit hohem Hilfebedarf (z. B. Pflegefälle in Heimen) auf Grund der schwierigeren Interviewsituation an dieser Stelle häufiger keine Angaben machen. Daher ist davon auszugehen, dass der Anteil dieser Personen in den Altersgruppen ab 80 Jahren unterschätzt wird, da dort der Anteil der schweren Pflegefälle vergleichsweise hoch ist (vgl. Tabelle 6.3). Innerhalb der Gruppe der Hilfebedürftigen ist hingegen nur bei den Personen mit einem besonders hohen Hilfebedarf von einer Verzerrung auszugehen. Dies gilt jedoch nicht hinsichtlich der Art der Hilfeleistung.

Bei der Frage nach der Art des Hilfebedarfes waren Mehrfachnennungen möglich, so dass sich die Angaben in Tabelle 6.1 nicht auf 100 % summieren. Zu beachten ist auch, dass im Durchschnitt 10 % der Hilfebedürfti-

gen keine Angaben zur Art der Hilfsbedürftigkeit machen. Da dies nicht nur auf einen Mangel an Kooperationsbereitschaft oder -vermögen, sondern auch darauf zurückgeführt werden kann, dass sich die Auskunftgebenden in keiner der angebotenen Kategorien wiederfinden, wurden die Anteilswerte nicht unter Ausschluss jener Fälle ohne Angabe zur Art des Hilfebedarfes berechnet.

In Tabelle 6.4 beschränkt sich die Darstellung des Empfanges von Pflegeleistungen auf Grund der kleinen Gruppengrößen in den Pflegestufen II und III auf die Gruppe der Leistungsempfängerinnen und -empfänger insgesamt sowie diejenigen, die in Pflegestufe I eingestuft wurden. Die wichtigsten Grundzüge der Verteilung werden dabei jedoch deutlich.

Nach hier nicht wiedergegebenen Ergebnissen für jene Personen, die keine Angaben zur Pflegestufe oder zu Leistungen aus der Pflegeversicherung allgemein gemacht haben, ist der Anteil der Heimbewohnerinnen und -bewohner bei diesen Personen mit über 60 % besonders hoch. Dies unterstützt die Einschätzung, dass im Mikrozensus 1999 der Anteil der Personen unterschätzt wird, die einer hohen Pflegestufe angehören und deshalb auf eine Pflege im Heim angewiesen sind. Es ist anzunehmen, dass innerhalb der Gruppe der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Pflegeversicherung der Anteil der allein Lebenden über, jener der in Heimen lebenden Personen jedoch unterschätzt wird. Die tatsächlichen Unterschiede werden daher größer sein als die dargestellten. Da von diesen Ausfällen Personen mit geringem Betreuungsaufwand, also mit Zuordnung zu Pflegestufe I, eher nicht betroffen sein werden, ergeben sich aus diesen Unsicherheiten jedoch keine qualitativen Auswirkungen auf die vorliegende Interpretation bezüglich dieser Pflegestufe.

Literaturverzeichnis

Andreß, Hans-Jürgen/Güllner, Miriam (2001): Scheidung als Armutsrisiko. S. 169 – 197 in: Barlösius, Eva/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.) (2001): Die Armut der Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich

Berger-Schmitt, Regina (2003): Geringere familiäre Pflegebereitschaft bei jüngeren Generationen. Analysen zur Betreuung und Pflege alter Menschen in den Ländern der Europäischen Union. S. 12 – 15 in: Informationsdienst Soziale Indikatoren 29

Bertram, Hans (1995): Regionale Vielfalt und Lebensformen. S. 157 – 195 in: Bertram, Hans (Hrsg.): Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter. Opladen: Leske + Budrich

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2001): Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation. Berlin: Deutscher Bundestag Drucksache Nr. 14/5130

Faik, Jürgen (1997): Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen – Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala. S. 13 – 42 in: Becker, Irene/Hauser, Richard (Hrsg.) (1997): Einkommensverteilung und Armut: Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft? Frankfurt a. M./New York: Campus

Fuchs, Marek (2002): Hausfamilien. Nähe und Abstand in unilokalen Mehrgenerationenkontexten. Opladen: Leske + Budrich

Jürgens, Hans W./Pohl, Katharina (1985): Sexualproportion und Heiratsmarkt. S. 165 – 178 in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 11

Klein, Thomas (1993): Marriage Squeeze und Heiratsverhalten. Eine empirische Untersuchung zum Einfluß struktureller Faktoren auf den individuellen Lebensverlauf. S. 234 – 258 in: A. Diekmann/S. Weick (Hrsg.), Der Familienzyklus als sozialer Prozeß. Bevölkerungssoziologische Untersuchungen mit den Methoden der

Ereignisanalyse. Berlin: Duncker & Humblot

Klein, Thomas (1996a): Der Altersunterschied zwischen Ehepartnern. Ein neues Analysemodell. S. 346 – 370 in: Zeitschrift für Soziologie 25

Klein, Thomas (1996b): Der Altersunterschied zwischen Ehepartnern. Eine kritische Diskussion familiensoziologischer Theorieansätze. S. 281 – 302 in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 21

Klein, Thomas (1999): Soziale Determinanten der aktiven Lebenserwartung. S. 448 – 464 in: Zeitschrift für Soziologie 28(6)

Kohli, Martin (2000): Der Alterssurvey als Instrument wissenschaftlicher Beobachtung. S. 10 – 32 in: Kohli, Martin/Kühnemund, Harald (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Opladen: Leske + Budrich

Lohmann, Henning (2001): Äquivalenzskalen und haushaltsspezifisches Armutsrisiko. Bedarfsmessung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. S. 483 – 493 in: Wirtschaft und Statistik 2001, 6

Marbach, Jan H. (2001): Die Familie als Netzwerk: Eine Spezialität des DJI-Familiensurveys. S. 141 – 171 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Familien und Haushalte in Deutschland. Statistische Grundlagen, wissenschaftliche Erkenntnisse. Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 23./24. November 2000 in Wiesbaden (Forum der Bundesstatistik, Bd. 38). Stuttgart: Metzler Poeschel

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (MASSKS) des Landes Nordrhein-Westfalen (1999): Sozialbericht '98 für das Land Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf

Nockemann, Udo (2001): Perspektiven des Alterungsprozesses der Bevölkerung. Ergebnisse der Bevölkerungsprognose 1999 bis 2040. S. 3 – 9

in: Statistische Analysen und Studien NRW 5/2001

Scharmer, Marco (2002): Haushaltstypisierung im Rahmen des registergestützten Zensustests. S. 5 – 10 in: Statistische Analysen und Studien NRW 5/2002

Stauder, Johannes (2002): Neue Typisierungen von Haushalten und Lebensformen für den Mikrozensus. S.

17 – 34 in: Statistische Analysen und Studien NRW 5/2002

Stauder, Johannes/Hüning, Wolfgang (in Vorbereitung): Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten mit dem Mikrozensus. In: Statistische Analysen und Studien NRW

Strengmann-Kuhn, Wolfgang (1999): Armutsanalysen mit dem Mikrozensus? S. 376 – 402 in: ZUMA-Nachrich-

ten Spezial Band 6: Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus

Wagner, Michael/Franzmann, Gabriele/Stauder, Johannes (2001): Neue Befunde zur Pluralität der Lebensformen. S. 52 – 73 in: Zeitschrift für Familienforschung 13,3

Schulverzeichnisse NRW 2003

Die aktuellen Schulverzeichnisse NRW 2003 sind auf CD-ROM und als Taschenbuch erhältlich und stehen außerdem als PDF- und Excel-Datei in unserem Webshop (www.lids.nrw.de/shop/index.html) zu Ihrer Verfügung. Hier finden Sie auch Informationen über Preise und Bezugsbedingungen sowie unser Veröffentlichungsverzeichnis. Selbstverständlich beraten wir Sie ebenfalls gern persönlich – rufen Sie uns an (Tel.: 0211 9449-2516/-3516). Für Ihre Bestellung benutzen Sie bitte unsere Fax-, E-Mail- oder Postadresse (s. S. 1).



Verzeichnis der Schulen in NRW auf CD-ROM

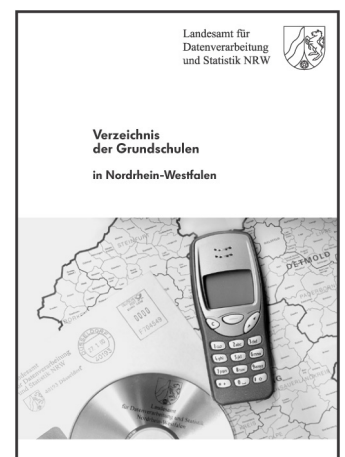
Bestell-Nr.: B008 200351 zum Preis von 50,00 EUR

Die CD-ROM enthält die Adressen aller Schulen in NRW mit ihren Telefon- und Telefax-Nrn., E-Mail-, Internet-Adressen, Schulformen/-gliederungen, Schülerzahl und Besonderheiten des Schulangebots. Um die Verwendungsmöglichkeiten weitgehend offen zu halten, enthält die CD die Formate Excel, ASCII und PDF.

Verzeichnisse der Schulen NRWs nach der Schulform als Taschenbuch

(mit Anschrift, Telefon- und Fax-Nr., E-Mail-Adresse, Schülerzahl, ggf. Schulform/-gliederung und Besonderheiten des Schulangebots)

Grundschulen:	Bestell-Nr.: B015 200351	zum Preis von 15,40 EUR
Hauptschulen:	Bestell-Nr.: B025 200351	zum Preis von 5,20 EUR
Sonderschulen:	Bestell-Nr.: B035 200351	zum Preis von 5,00 EUR
Realschulen:	Bestell-Nr.: B045 200351	zum Preis von 5,20 EUR
Gymnasien:	Bestell-Nr.: B055 200351	zum Preis von 5,30 EUR
Berufskollegs und Schulen des Gesundheitswesens:	Bestell-Nr.: B065 200351	zum Preis von 9,00 EUR
Privatschulen	Bestell-Nr.: B085 200351	zum Preis von 8.90 EUR



Entwicklung des Gastgewerbes 1998 bis 2002

Dipl.-Soziologin Petra Rose

Der vorliegende Aufsatz hat die Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe von 1998 bis 2002 zum Thema.

Im Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdlStatG) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3438) ist die Durchführung von monatlichen und jährlichen Erhebungen im Gastgewerbe festgelegt. Während die monatliche Erhebung darauf abzielt, die konjunkturelle Lage mit möglichst zeitnahen Angaben über Umsatz und Anzahl der Beschäftigten – getrennt nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten – darzustellen, beschreibt die Jahrerhebung die Struktur der Unternehmen, ihre betriebswirtschaftliche Situation und ihre Ertragsentwicklung.

Zur Beschreibung der längerfristigen Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung bieten sich die Daten der Monaterhebung an, da hier auch die Ergebnisse von in Nordrhein-Westfalen tätigen Unternehmen erhoben werden, deren Firmensitz in einem anderen Bundesland liegt. Für die Jahrerhebung melden die Unternehmen hingegen nur in dem Bundesland, in dem sie ihren Firmensitz haben.

Untersuchungseinheit ist das rechtlich selbstständige Unternehmen. Da es bei der Monaterhebung eine Abschneidegrenze gibt (Unternehmen mit einem Jahresumsatz ohne Umsatzsteuer unter 50 000 Euro sind gesetzlich von der Meldepflicht ausgenommen), ist die Fallzahl der jährlich befragten Unternehmen höher als die der Monatsmelder. Alle Unternehmen, die monatlich befragt werden, sind auch für die Jahrerhebung auskunftspflichtig. Hinzu kommen bei der jährlichen Befragung Unternehmen, die einen Jahresumsatz (ohne Umsatzsteuer) von 50 000 Euro nicht überschreiten. Unter anderem deswegen sind die Ergebnisse der Jahrerhebung und die Jahressumme der Monaterhebungen nicht identisch. Jahres- und Monatergebnisse im Gastgewerbe werden mittels

einer repräsentativen Stichprobe erhoben. Eine repräsentative Stichprobenziehung setzt das Bekanntsein der Grundgesamtheit voraus. Bisher dienten die Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung (Totalzählung, zuletzt durchgeführt 1993) als Auswahlgrundlage für die Stichprobe¹⁾.

Die Stichprobenziehung im Rahmen der Gastgewerbestatistik erfolgt maschinell nach einem mathematischen Zufallsverfahren. Ab einer bestimmten Umsatzhöhe, der sogenannten Totalschwelle, erfolgt keine repräsentative Auswahl mehr, sondern Unternehmen mit einem Umsatz über der Totalschwelle werden vollzählig in die Stichprobe einbezogen. Gehört ein Unternehmen zum repräsentativ ausgewählten Berichterstattekreis, so bleibt es für ca. 10 Jahre auskunftspflichtig.

Die Unternehmensfluktuation im Gastgewerbe ist im Vergleich zum produzierenden Gewerbe relativ groß, auf der einen Seite gibt es viele Geschäftsaufgaben, auf der anderen Seite viele Neugründungen. Um die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin repräsentativ darstellen zu können, bedarf der Berichterstattekreis daher einer ständigen Aktualisierung. Als

Ersatz für die aus der Stichprobe ausgeschiedenen Unternehmen werden Neugründungen laufend integriert bzw. bei Eigentümerwechseln wird das Nachfolgeunternehmen berichtspflichtig.

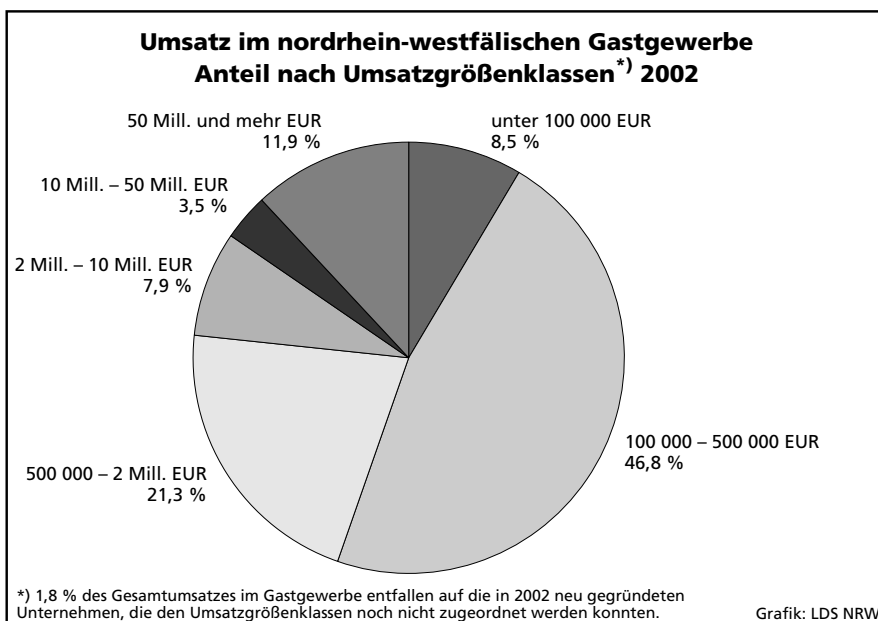
Nachfolgend wird die Entwicklung des Umsatzes und der Beschäftigtenzahlen im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe anhand der Monatergebnisse für die Jahre 1998 bis 2002 dargestellt. Zuvor soll ein Überblick über die einzelnen Wirtschaftsgruppen und deren Bedeutung für das Gastgewerbe gegeben werden. Ferner ist von Interesse, wie das Verhältnis von Voll- und Teilzeitbeschäftigung im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe ausfällt.

Wirtschaftsgruppen

Das nordrhein-westfälische Gastgewerbe wird stark vom Mittelstand geprägt. Mehr als jeder zweite Euro im Gastgewerbe (54,4 Prozent) wurde im Jahr 2002 von einem Unternehmen mit einem Jahresumsatz (ohne Umsatzsteuer) unter 500 000 Euro erwirtschaftet. Großunternehmen, mit einem Jahresumsatz von 50 Mill. und mehr Euro, waren im letzten Jahr hingegen mit einem verhältnismäßig kleinen Anteil von 11,7 Prozent am Gesamterlös im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe beteiligt. Welches Gewicht die einzelnen Wirtschaftsgruppen am Umsatz im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe haben, soll im Weiteren aufgezeigt werden.

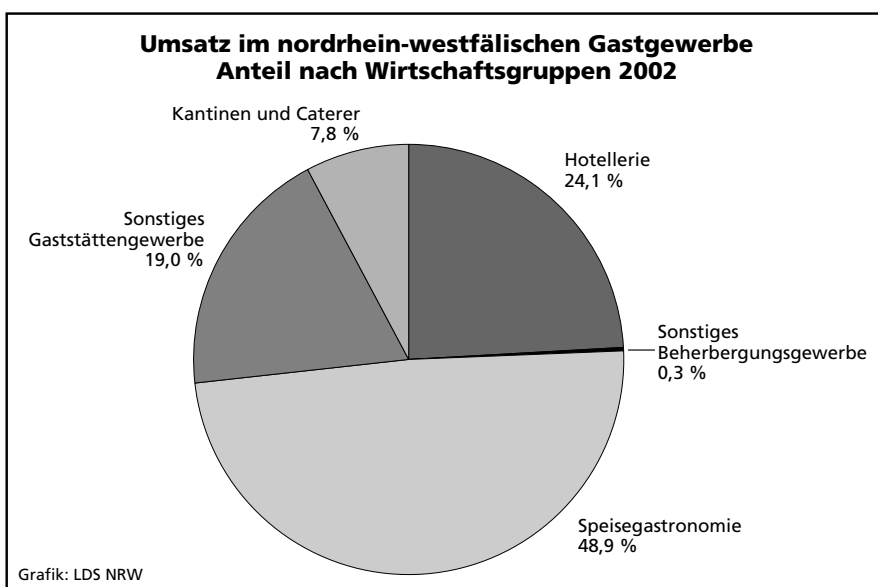
Entsprechend der seit 1993 gültigen Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93) wird das Gastgewerbe in fünf Wirtschaftsgruppen²⁾ gegliedert. Zum einen gibt es zwei Bereiche, die schwerpunktmäßig Beherbergungsleistungen anbieten: Die als „Hotellerie“ zusammengefasste Wirtschaftsgruppe 55.1 schließt Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis ein.

1) In Zukunft wird die Grundgesamtheit anhand des Unternehmensregisters festgelegt. Das Unternehmensregister umfasst alle Unternehmen, die wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben und wird laufend aktualisiert. Zum Aufbau des Unternehmensregisters werden verschiedene Verwaltungsregister genutzt: Dateien der Bundesanstalt für Arbeit, der Finanzbehörden, der Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handelskammern. Diese Dateien enthalten neben Angaben über Name und Anschrift der Wirtschaftseinheit insbesondere auch Angaben über Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, den Umsatz, den wirtschaftlichen Schwerpunkt und die Rechtsform. – 2) Innerhalb dieser Wirtschaftsgruppen gibt es noch feinere Abstufungen, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden soll.



gewachsen. Anders als in der Speisegastronomie ist hier in den letzten fünf Jahren keine kontinuierliche Entwicklung festzustellen: Bis 2000 stieg der Anteil der Hotellerie auf 25,5 Prozent an, ein Jahr später hatte sie wieder an Gewicht verloren (23,5 Prozent).

Das „Sonstige Gaststättengewerbe“ trug in 2002 19,0 Prozent zum Gastgewerbeumsatz insgesamt bei, soviel wie nie zuvor in den letzten fünf Jahren: 1998 lag der Anteil erst bei 17,0 Prozent. Rückläufig ist dagegen der Anteil der Kantinen und Caterer am Gastgewerbeumsatz; in den letzten fünf Jahren ging er von 8,8 Prozent in 1998 auf 7,8 Prozent in 2002 zurück.



So gut wie keinen Einfluss auf den Gesamtumsatz des Gastgewerbes hat das „Sonstige Beherbergungsgewerbe“, dessen Anteil seit 1998 konstant lediglich 0,3 Prozent ausmacht.

Wenig Änderungen gab es in den letzten fünf Jahren im Hinblick auf den Anteil der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftsgruppen an den Beschäftigten im Gastgewerbe insgesamt. Ebenso wie beim Umsatz, liegt auch bei den Erwerbstätigen der Schwerpunkt in der Speisegastronomie, fast jeder zweite Beschäftigte im Gastgewerbe war 2002 in dieser Wirtschaftsgruppe tätig (48,9 Prozent).

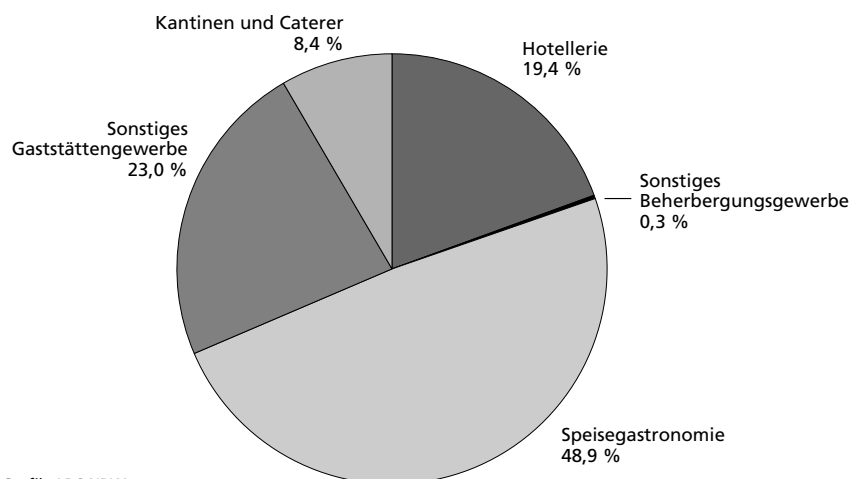
Andere Anbieter von Unterkünften, wie z. B. Jugendherbergen, Ferienhäuser oder Campingplätze, werden unter dem Begriff „Sonstiges Beherbergungsgewerbe“ (WZ 55.2) ausgewiesen. Neben der Beherbergung gehört zum Gastgewerbe auch die Bewirtung von Gästen mit Speisen und Getränken. Hierunter fallen die als „Speisegastronomie“ bezeichnete Wirtschaftsgruppe 55.3 (Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen) sowie das „Sonstige Gaststättengewerbe“ (WZ 55.4) mit Schankwirtschaften – „Kneipen“ – Diskotheken, Bars und Tanzlokalen. Den fünften Bereich im Gastgewerbe (WZ 55.5) bilden Kantinen und Caterer.

Den größten Anteil am Gesamtumsatz im Gastgewerbe macht die Speisegastronomie aus. Im Jahr 2002 war fast die Hälfte (48,9 Prozent) des Gastgewerbeumsatzes dieser Wirtschaftsgruppe zuzurechnen. Allerdings hat die Bedeutung der Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen in den letzten fünf Jahren kontinuierlich abgenommen, 1998 wurde noch mehr als jede zweite Mark (51,1 Prozent) in der Speisegastronomie umgesetzt.

Auf die Hotellerie entfielen in 2002 24,1 Prozent des Gesamtumsatzes im Gastgewerbe. Im Vergleich zu 1998 ist der Anteil um 1,3 Prozentpunkte

Während beim Umsatz die Hotellerie ein größeres Gewicht besaß als das „Sonstige Gaststättengewerbe“, sieht es bei den Beschäftigten genau umgekehrt aus. Die Beschäftigten im „Sonstigen Gaststättengewerbe“ stellten 2002 23,0 Prozent an den Beschäftigten im Gastgewerbe insgesamt, die der Hotellerie lediglich 19,4 Prozent. Obwohl der Umsatzanteil des „Sonstigen Gaststättengewerbes“ 2002 im Vergleich zu 1998 gestiegen ist, hat diese Wirtschaftsgruppe im Hinblick auf die Beschäftigten an Gewicht verloren. Mit 24,8 Prozent lag der Anteil der Beschäftigten im „Sonstigen Gaststättengewerbe“ 1998 noch 1,8 Prozentpunkte über dem Wert von 2002.

Beschäftigte im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe Anteil nach Wirtschaftsgruppen 2002



Grafik: LDS NRW

Auf die Kantinen und Caterer entfielen in 2002 8,4 Prozent der Erwerbstätigen im Gastgewerbe, damit hatte diese Wirtschaftsgruppe bei den Beschäftigten ein ähnliches Gewicht wie beim Umsatz.

Das „Sonstige Beherbergungsgewerbe“ hatte in den letzten fünf Jahren auch hinsichtlich der Beschäftigten mit 0,3 Prozent eine geringe Bedeutung für das nordrhein-westfälische Gastgewerbe insgesamt, daher wird auf diese Wirtschaftsgruppe im Folgenden nicht näher eingegangen.

Voll- und Teilzeitbeschäftigung

Bei der Monaterhebung werden die Beschäftigtenzahlen getrennt nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten erfasst. Dabei sind Teilzeitbeschäftigte definiert als Beschäftigte, deren durchschnittliche Arbeitszeit unter der branchen-, orts- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit liegt.

Insgesamt waren im Jahr 2002 etwa 9 Prozent weniger Personen im Gastgewerbe beschäftigt als fünf Jahre zuvor. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Abnahme von Teilzeitarbeitsverhältnissen zurückzuführen. Hingegen hat sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten in 2002 im Vergleich zu 1998 kaum verändert. In 2001 waren sogar mehr Vollzeitbeschäftigte tätig als 1998.

Die Mehrheit der Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe arbeitet jedoch nach wie vor weniger als die branchen- oder betriebsübliche Wochenarbeitszeit. Allerdings hat sich das Verhältnis zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigung etwas verschoben, der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist in den letzten fünf Jahren kontinuierlich zurückgegangen: Betrug er 1998 im Jahresdurchschnitt noch 55,9 Prozent, so liegt er 2002 bei 51,6 Prozent. Auffällig ist, dass seit der Neuregelung der Rahmenbedingungen für geringfügig Beschäftigte die Teilzeitquote spürbar rückläufig ist. Mit dem In-Kraft-Treten des „630-Mark-Gesetzes“ im April 1999, blieben geringfügige Beschäftigungen zwar für die Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

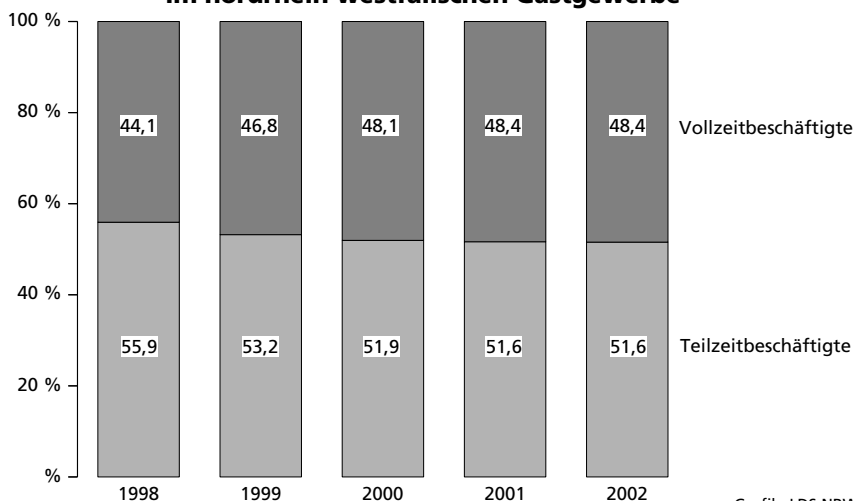
nehmer steuer- und abgabefrei, Arbeitgeber mussten für die so genannten „630-Mark-Jobs“ (bzw. seit 2002: 325 Euro) jedoch Sozialversicherungsbeiträge abführen. Ob der Rückgang der Teilzeitarbeitsverhältnisse tatsächlich allein auf die Streichung von „630-Mark-Jobs“ zurückzuführen ist, lässt sich anhand der Ergebnisse allerdings nicht ermitteln, da geringfügige Beschäftigungen nicht gesondert erhoben werden.

Mit dem Abbau von Teilzeitarbeitsplätzen vollzog sich im Gastgewerbe eine andere Entwicklung als auf dem nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt insgesamt. Nach Ergebnissen des Mikrozensus ist die Zahl der Teilzeiterwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen zwischen 1998 und 2002 von 1,25 Millionen auf 1,55 Millionen deutlich angestiegen.

In den einzelnen Wirtschaftsgruppen des Gastgewerbes fällt die Teilzeitquote recht unterschiedlich aus. Am größten ist der Anteil der Beschäftigten, die weniger als die branchen- oder betriebsübliche Wochenarbeitszeit arbeiten, im „Sonstigen Gaststättengewerbe“. Nahezu zwei Drittel (64,5 Prozent) der im „Sonstigen Gaststättengewerbe“ beschäftigten Personen waren in 2002 Teilzeit tätig, fünf Jahre zuvor waren es sogar noch 71,3 Prozent.

Auch in der Speisegastronomie (51,0 Prozent) und bei den Kantinen und Caterern (52,0 Prozent) kommt in

Anteil der Voll- und Teilzeitbeschäftigten im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe



Grafik: LDS NRW

2002 mehr als die Hälfte der Beschäftigten nicht auf die branchen- oder betriebsübliche Stundenzahl. Während die Teilzeitquote in der Speisegastronomie gegenüber 1998 um 3,2 Prozentpunkte abnahm, sind die Kantinen und Caterer die einzige Wirtschaftsgruppe, in der der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im Untersuchungszeitraum (1998: 51,5 Prozent) leicht zunahm.

Die Hotellerie unterscheidet sich von den anderen Wirtschaftsgruppen insofern, als hier die Zahl der Vollzeitbeschäftigten deutlich überwiegt: 62,6 Prozent aller Beschäftigten in dieser Wirtschaftsgruppe übten 2002 ihre Tätigkeit Vollzeit aus. Auch hier wird der allgemeine Trend im Gastgewerbe wieder sichtbar: Der Anteil der Vollzeitbeschäftigung nahm in den letzten fünf Jahren zu – im Vergleich zu 1998 um 6 Prozentpunkte – der der Teilzeitbeschäftigung ab.

Entwicklung des Umsatzes und der Beschäftigtenzahlen

Die im Folgenden dargestellten Entwicklungen im Gastgewerbe stützen sich auf die Ergebnisse der Monaterhebungen der Jahre 1998 bis 2002. Die Darstellung der Monatergebnisse erfolgt nicht in Form von absoluten Umsatz- und Beschäftigtenzahlen, sondern die hochgerechneten

Ergebnisse werden als Messzahlen und Veränderungsraten ausgewiesen, um einen besseren Vergleich im Zeitverlauf zu ermöglichen.

Die Messzahlen orientieren sich an einem Basisjahr (zurzeit ist es das Jahr 2000) und drücken aus, in welchem Ausmaß der Umsatz bzw. die Beschäftigtenzahl im Vergleich zum Basisjahr gestiegen oder gesunken ist. Da die Höhe der Erlöse auch von der Preisentwicklung beeinflusst wird, werden im Hinblick auf den Umsatz neben den Nominalwerten (die auf den jeweiligen Preisen basieren) auch preisbereinigte Werte (in Preisen des Basisjahres) nachgewiesen. Sofern nicht gesondert erwähnt, wird im Weiteren die Entwicklung des nominalen Umsatzes geschildert. In den letzten fünf Jahren stellte sich die Umsatzentwicklung im Gastgewerbe recht schwankend dar. Zum einen ist die saisonale Komponente von Bedeutung, im Jahresverlauf fielen die erzielten Umsätze je nach Saison unterschiedlich aus. Die umsatzstärksten Monate im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe sind in der Regel März, Mai, Oktober und Dezember, hingegen sind die Erlöse in den Sommermonaten – bedingt durch die Ferienzeit – sowie zu Beginn des Jahres vergleichsweise gering.

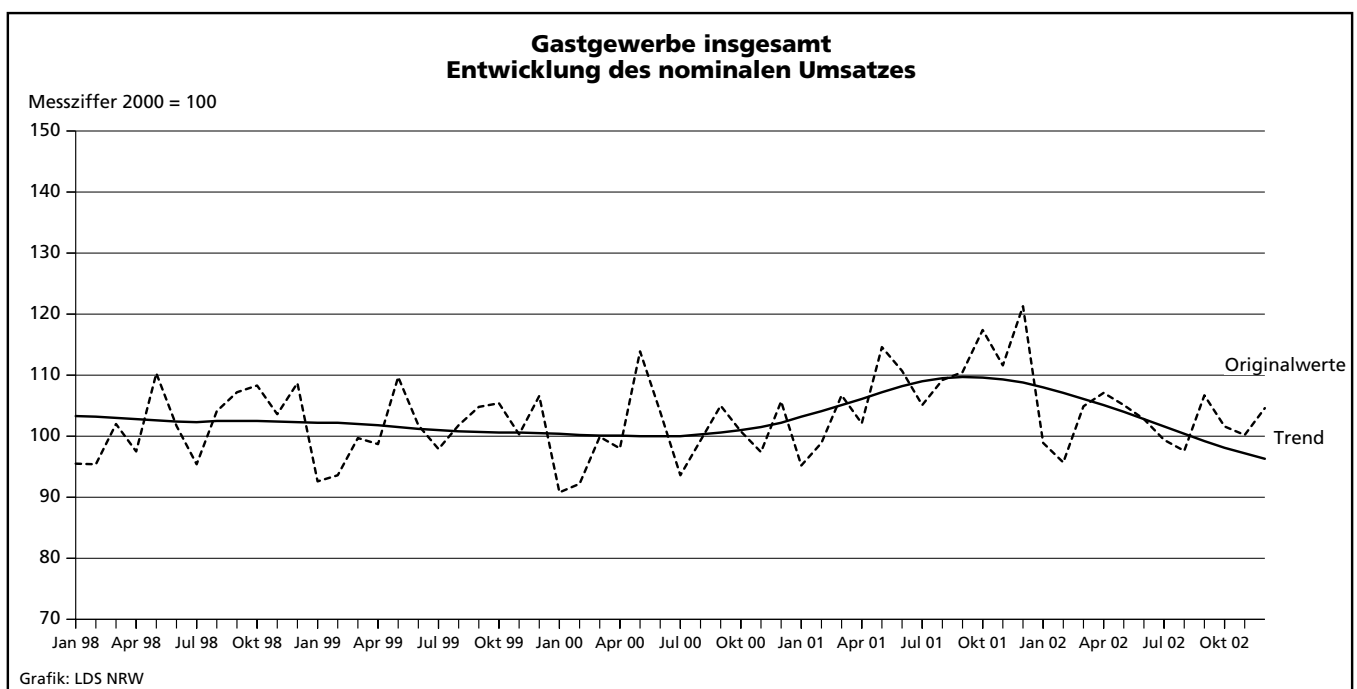
Doch nicht nur innerhalb eines Jahres auch im Verlauf der letzten fünf

Jahre ist keine konstante Entwicklung des Umsatzes im Gastgewerbe zu erkennen. Ein Blick auf die Originalwerte lässt zunächst keine eindeutige Aussage über die tendenzielle Entwicklung seit 1998 zu. Zur anschaulicheren Darstellung der längerfristigen tendenziellen Umsatzentwicklung wurden die Originalwerte von störenden Einflüssen (Extremwerte, saisonale und Kalendereinflüsse) bereinigt.

Die in Abbildung auf S. xx gezeigte Trend-Konjunktur-Komponente³⁾ verdeutlicht die Entwicklungstendenz in den letzten fünf Jahren: Bis zum Jahr 2000 musste das nordrhein-westfälische Gastgewerbe leichte Umsatzeinbußen hinnehmen, bevor in 2001 die Trendkurve eine aufsteigende Tendenz zeigte. Im letzten Jahr konnte das Gastgewerbe jedoch nicht an die Erfolge von 2001 anknüpfen und erlebte einen spürbaren Umsatzeinbruch.

Auffällig ist das zunehmende Auseinanderklaffen des nominalen und des realen Umsatzes seit Mitte 2001.

3) Die Berechnung der Trend-Konjunktur-Komponente erfolgte nach dem Verfahren BV4 (Berliner Verfahren, Version 4), das vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Berlin und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung entwickelt wurde. Nähere Informationen zum Berliner Verfahren siehe Nourney, M.: „Umstellung der Zeitreihenanalyse“ in *Wirtschaft und Statistik* 11/1983, S. 841 ff.



Die Entwicklung des realen Umsatzes fällt deutlich negativer aus, als die des nominalen. Ursache hierfür sind die gestiegenen Preise im Gastgewerbe, insbesondere in 2002: Erhöhten sich die Preise im Gastgewerbe von 2000 zu 2001 um 1,7 Prozent, so wurden Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen im Jahresdurchschnitt 2002 gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Prozent teurer – darunter der Verzehr in Gaststätten um 4,2 Prozent und Beherbergungsleistungen um 3,8 Prozent. Zum Vergleich: Der Preisindex für Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs (in dem auch das Gastgewerbe enthalten ist) stieg im Jahr der Euroeinführung lediglich um 1,2 Prozent an.

Dass 2001 das erfolgreichste Jahr für das Gastgewerbe in den letzten fünf Jahren war, wird durch die Veränderungsraten gestützt. In 2001 erzielte das NRW-Gastgewerbe im Jahresdurchschnitt einen deutlich höheren nominalen Umsatz als ein Jahr zuvor (+8,6 Prozent). In den anderen Jahren des Untersuchungszeitraums musste das Gastgewerbe im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr Umsatzeinbußen hinnehmen. Am stärksten nahm der nominale Umsatz von 2001 auf 2002 ab (–6,1 Prozent), allerdings muss hierbei berücksichtigt werden, dass 2001 ein besonders gutes Jahr für das NRW-Gastgewerbe war.

Die Beschäftigtenzahlen unterliegen im Jahresverlauf weniger starken

Schwankungen als der Umsatz. Zu Beginn und am Ende eines Jahres sind im Vergleich zu den übrigen Monaten die wenigsten Personen im Gastgewerbe beschäftigt. Das überrascht insofern, als der Dezember zu den umsatzstärksten Monaten gehört. Am größten ist der Personalstand im Frühling und Herbst.

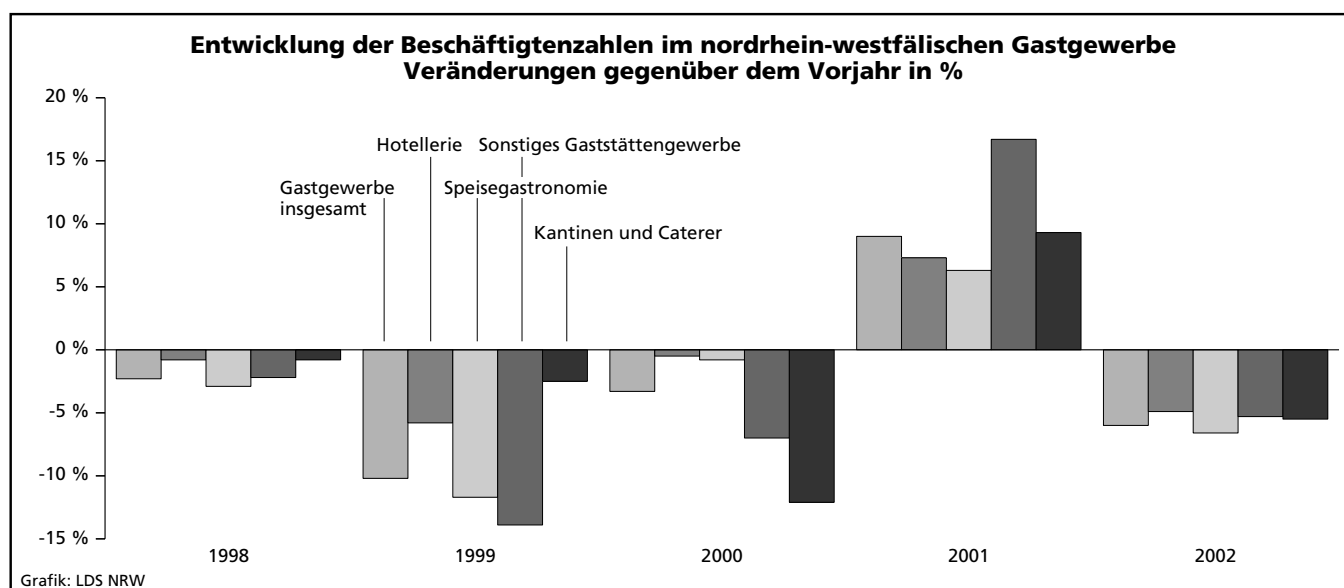
Nachdem 1998 der Beschäftigtenstand – trotz einer Abnahme der Beschäftigtenzahlen gegenüber dem Vorjahr – relativ hoch war, folgte im April 1999 ein deutlicher Personalabbau. Wie oben bereits beschrieben, ist der Rückgang der Beschäftigtenzahlen in 1999 hauptsächlich auf die Streichung von Teilzeitstellen zurückzuführen. Im Jahresdurchschnitt nahm der Personalbestand 1999 um 10,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ab. Auch im Jahr 2000 setzte sich die Stellenreduzierung fort (–3,3 Prozent). Erst 2001 war im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe eine Erholung auf dem Arbeitsmarkt festzustellen (+9,0 Prozent), die allerdings nicht lange anhielt. Bereits im darauffolgenden Jahr lag der Personalbestand wieder 6,0 Prozent unter dem Niveau von 2001.

In den einzelnen Wirtschaftsgruppen des Gastgewerbes fiel die Entwicklung des Umsatzes und der Beschäftigtenzahlen recht unterschiedlich aus. Insbesondere die Hotellerie und das „Sonstige Gaststättengewerbe“ weichen in ihrem Verlauf von den übrigen Wirtschaftsgruppen ab.

Die **Hotellerie** erzielte in den Jahren 1998 und 1999 einen relativ schwachen Umsatz, konnte ihre Erlöse bis Mitte 2000 jedoch steigern und ist die einzige Wirtschaftsgruppe die von 1998 bis 2000 eine steigende Trendkurve aufweist. Leichten Verlusten zu Beginn des Jahres 2001 folgte ein tendenzieller Umsatzanstieg ab Jahresmitte, der jedoch nicht lange anhielt: Wie auch das Gastgewerbe insgesamt hatte die Hotellerie im Jahr der Euroeinführung mit Umsatzeinbußen zu kämpfen.

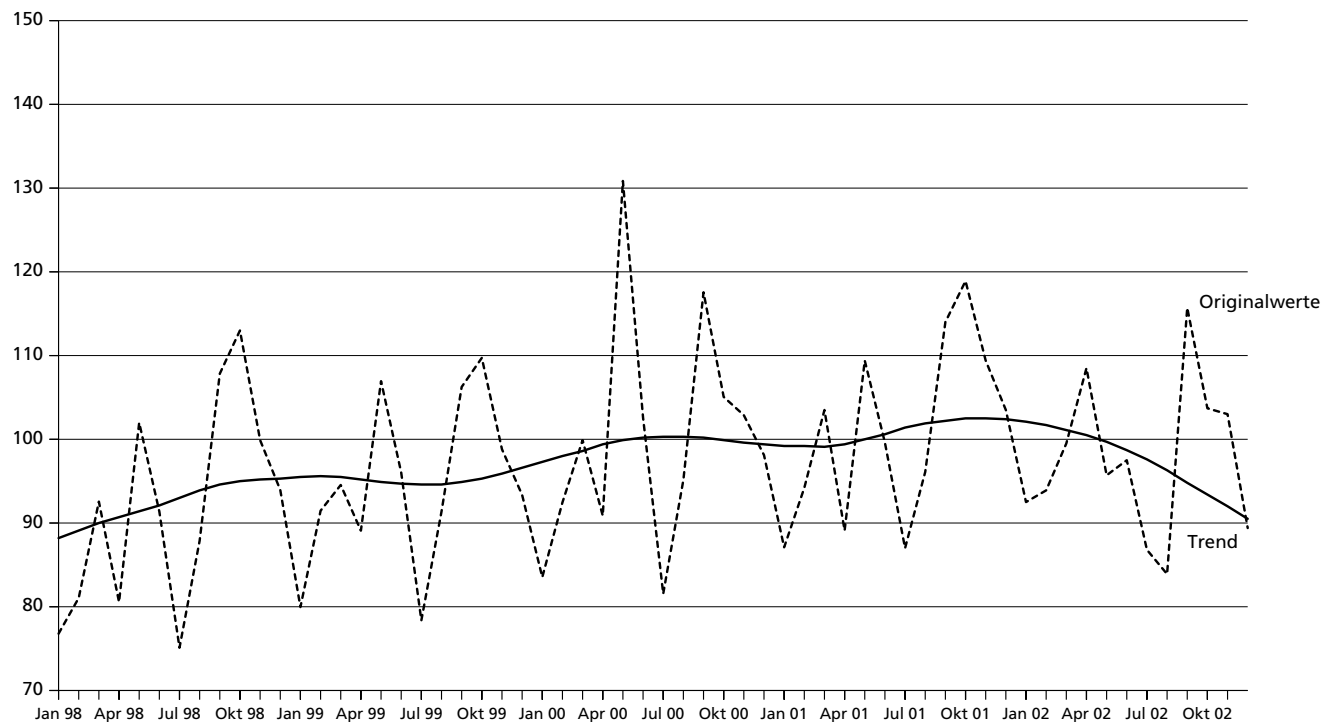
Vergleichsweise schwach ist der Umsatz im Sommer und im Winter, hingegen hat die Hotellerie in Nordrhein-Westfalen im Frühling und Herbst Hochsaison. Dies deutet darauf hin, dass NRW für Übernachtungsgäste eher in der Neben- und nicht in der üblichen Urlaubshauptsaison attraktiv ist. Ein wichtiges Standbein der Hotellerie in Nordrhein-Westfalen ist der Messetourismus. Publikumsstarke Messen wirken sich deutlich positiv auf den in der Hotellerie erwirtschafteten Umsatz aus.

Über die letzten fünf Jahre hinweg unterlag die Beschäftigtenzahl in der Hotellerie weniger starken Schwankungen als die des Gastgewerbes insgesamt. Doch auch hier zeigte sich ein Rückgang des Personalbestandes im April 1999 – allerdings nicht so gravierend wie in den anderen Wirtschaftsgruppen. Die relativ moderate



Hotellerie Entwicklung des nominalen Umsatzes

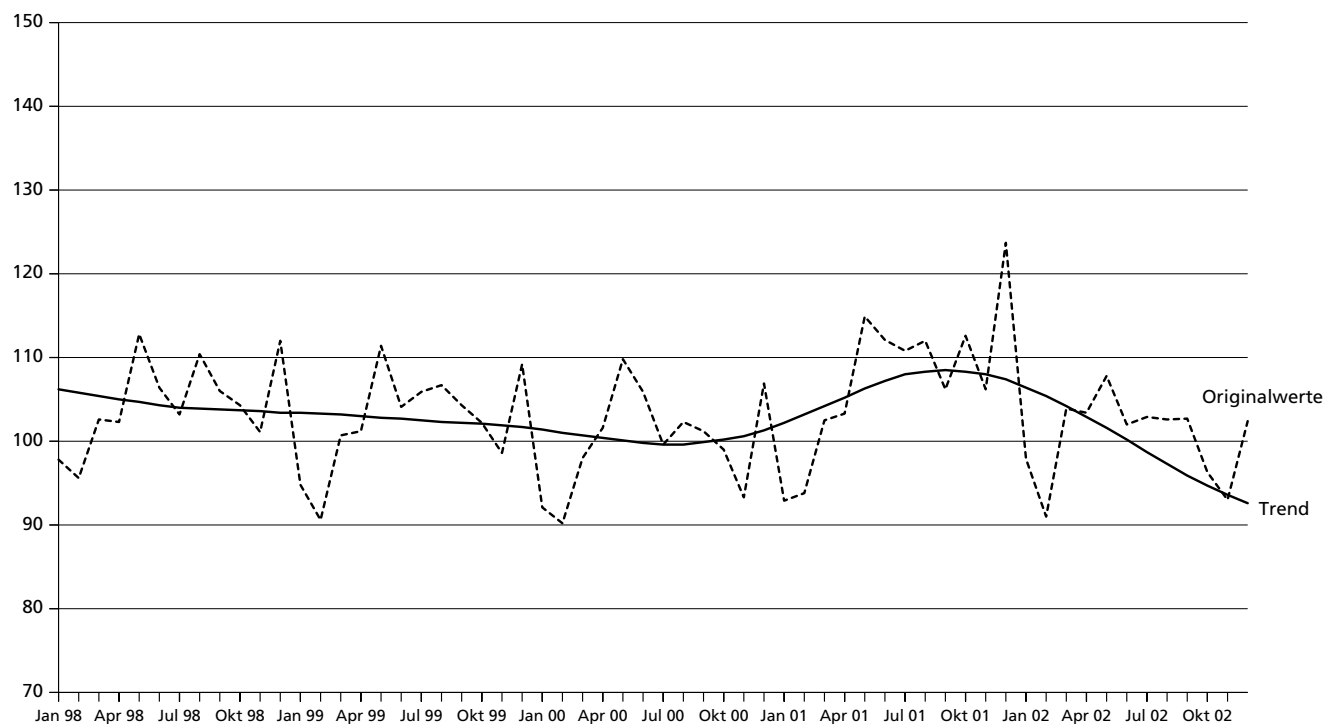
Messziffer 2000 = 100



Grafik: LDS NRW

Speisegastronomie Entwicklung des nominalen Umsatzes

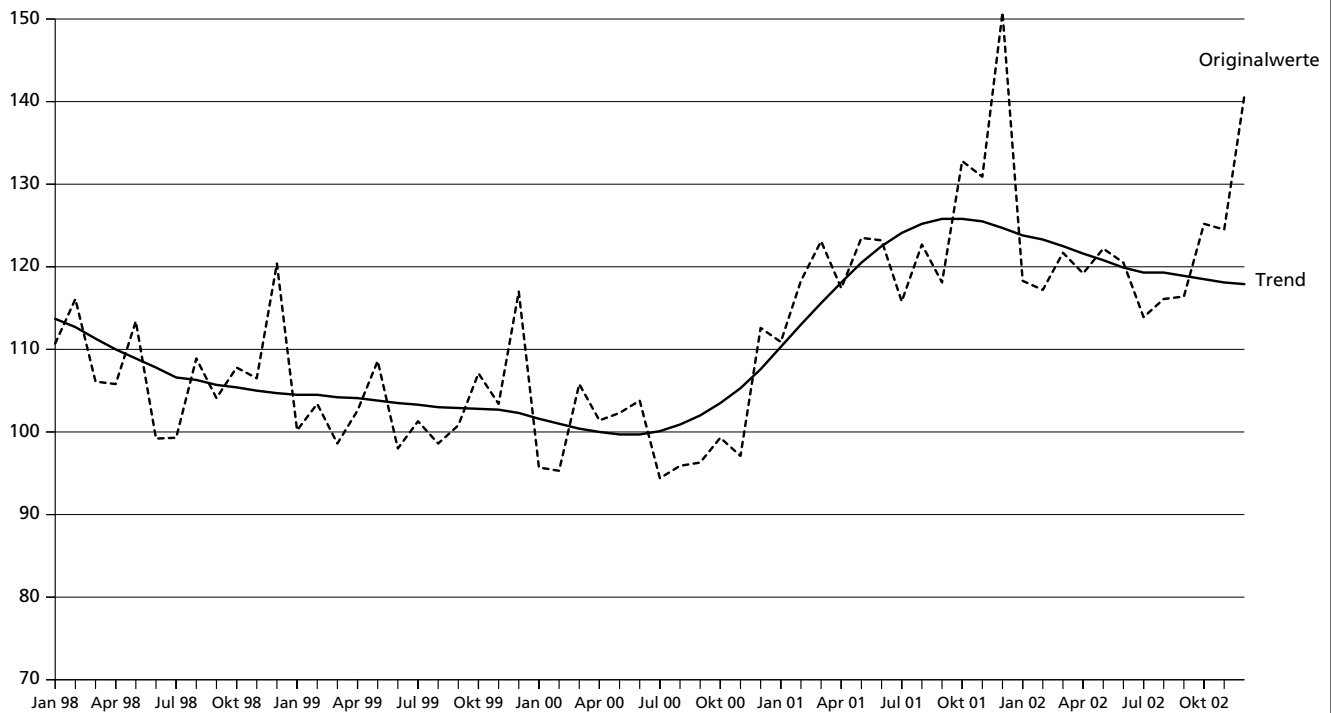
Messziffer 2000 = 100



Grafik: LDS NRW

Sonstige Gaststättengewerbe Entwicklung des nominalen Umsatzes

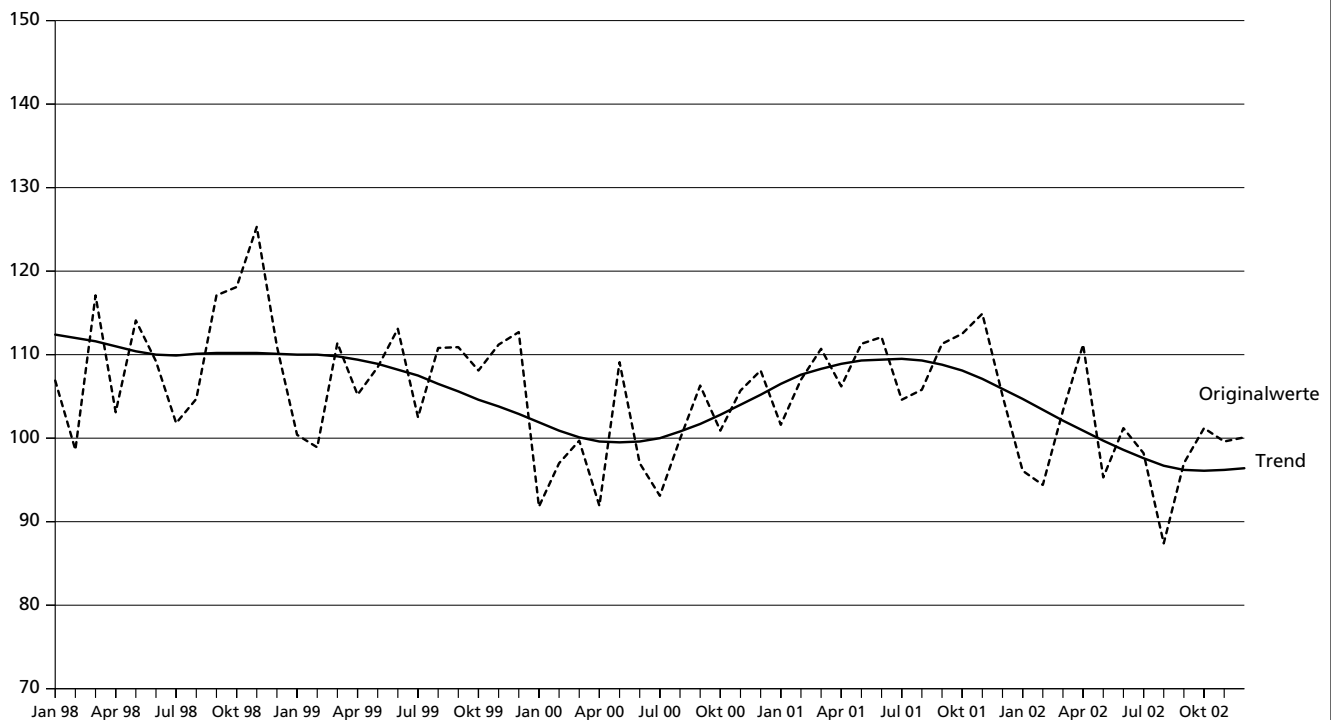
Messziffer 2000 = 100



Grafik: LDS NRW

Kantinen und Caterer Entwicklung des nominalen Umsatzes

Messziffer 2000 = 100



Grafik: LDS NRW

Abnahme der Beschäftigtenzahlen in 1999 (-5,8 Prozent) ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass in der Hotellerie der Großteil der Beschäftigten Vollzeit tätig ist und der Abbau der Teilzeitarbeitsverhältnisse nicht so sehr ins Gewicht fiel. Ab Mitte 2000 stiegen die Beschäftigtenzahlen in den Hotels, Gasthöfen, Pensionen und Hotel garnis tendenziell an und erreichten Mitte 2001 wieder das Niveau von 1998. Der Hochphase 2001 (+7,3 Prozent) schloss sich eine Abnahme des Personalbestandes in 2002 (-4,9 Prozent) an, allerdings lagen die Zahlen noch über denen in 1999 und 2000.

Eine andere Entwicklung als die Hotellerie vollzog die **Speisegastronomie** in den letzten fünf Jahren. Hatte die Hotellerie bis 2000 noch Zuwachsraten zu verzeichnen, so nahm der Umsatz in der Speisegastronomie in den letzten Jahren des vorherigen Jahrhunderts leicht ab. Beiden Wirtschaftsgruppen gemeinsam ist jedoch, dass 2001 im Hinblick auf den Umsatz das erfolgreichste Jahr seit 1998 war und in 2002 die Erlöse tendenziell rückläufig waren.

Da in der Speisegastronomie der größte Anteil am Gesamtumsatz im Gastgewerbe erwirtschaftet wird (siehe Abbildung Seite xx), hat dieser Wirtschaftszweig auch den größten Einfluss auf die Umsatzentwicklung im Gastgewerbe insgesamt. So verwundert es nicht, dass die Trendkurve des nominalen Umsatzes der Speisegastronomie ähnlich verläuft wie die des Gastgewerbes insgesamt.

Auch die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in der Speisegastronomie ähnelt der im Gastgewerbe insgesamt. Allerdings lässt sich feststellen, dass die Speisegastronomie besonders stark von dem allgemeinen Personalabbau in 1999 betroffen war. Im Vergleich zum Vorjahr nahm der Personalbestand 1999 im Jahresdurchschnitt um 11,7 Prozent ab. Erst Mitte 2000 erholte sich der Arbeitsmarkt in diesem Wirtschaftszweig wieder leicht und wies bis zum dritten Quartal 2001 eine steigende Tendenz bei den Beschäftigtenzahlen auf. Doch auch in der

Speisegastronomie ging mit dem Umsatzrückgang in 2002 ein Abbau von Arbeitsplätzen einher (-6,6 Prozent).

Nachdem das **„Sonstige Gaststättengewerbe“** Ende der 90er-Jahre und in 2000 Umsatzverluste einfuhr, erlebte es 2001 einen kräftigen Umsatzanstieg. Im Vergleich zum Vorjahr konnte das Ergebnis um 24 Prozent verbessert werden. Vor allem Ende des Jahres 2001 erwirtschaftete das „Sonstige Gaststättengewerbe“ einen überdurchschnittlichen Umsatz. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass zur Weihnachtszeit und zum Jahreswechsel die letzte D-Mark insbesondere in Kneipen, Bars oder Diskotheken verabschiedet wurde.

Zwar war auch das „Sonstige Gaststättengewerbe“ im Jahr der Euroeinführung von der allgemeinen Flaute im Gastgewerbe betroffen, allerdings musste diese Wirtschaftsgruppe deutlich geringere Einbußen hinnehmen als die anderen Bereiche des Gastgewerbes. Genau wie im Jahr zuvor, legte der Umsatz Ende 2002 kräftig zu, der Dezember war der mit Abstand umsatzstärkste Monat des Jahres.

Wie keine andere Wirtschaftsgruppe im Gastgewerbe war das „Sonstige Gaststättengewerbe“ vom Beschäftigtenrückgang in 1999 betroffen. Im Jahresdurchschnitt 1999 waren hier 13,9 Prozent weniger Personen tätig als noch ein Jahr zuvor. Auch in 2000 blieb die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt rückläufig (-7,0 Prozent), bevor im darauffolgenden Jahr der Personalbestand (+16,7 Prozent), ebenso wie der Umsatz, deutlich anstieg. Insbesondere die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze nahm 2001 im Jahresdurchschnitt kräftig zu, was dazu führte, dass der Anteil der Vollzeitbeschäftigten im „Sonstigen Gaststättengewerbe“ – einer Wirtschaftsgruppe, in der die Teilzeitquote traditionell sehr hoch ist – von 32,4 Prozent in 2000 auf 34,8 Prozent in 2001 anstieg (1998 betrug der Anteil der Vollzeitbeschäftigten sogar erst 28,7 Prozent). Trotz des großen Anstiegs in 2001

lag die Zahl der Beschäftigten noch unter dem Niveau von 1998.

Vom allgemeinen Beschäftigtenabbau in 2002 blieb auch das „Sonstige Gaststättengewerbe“ nicht verschont (-5,3 Prozent). Eine leichte Erholung auf dem Beschäftigtenmarkt des „Sonstigen Gaststättengewerbes“ ist im Trendverlauf Ende des Jahres festzustellen.

Kantinen und Caterer hatten in 1999 und vor allem in 2000 Umsatzeinbußen zu verzeichnen. Einen Aufschwung erlebte diese Wirtschaftsgruppe in 2001, jedoch setzte sich der positive Trend ein Jahr später nicht fort. In 2002 mussten Kantinen und Caterer Verluste hinnehmen wie keine andere Wirtschaftsgruppe im Gastgewerbe, der nominale Umsatz sank von 2001 auf 2002 um 9,0 Prozent. Allerdings konnte der Umsatzeinbruch Ende 2002 gestoppt werden.

Die Beschäftigtenzahlen nahmen bei den Kantinen und Caterern bis 2000 ab. Während jedoch bei den anderen Wirtschaftsgruppen im Gastgewerbe in 1999 der größte Rückgang der Beschäftigtenzahlen im Vergleich zum Vorjahr zu registrieren war, fand bei den Kantinen und Caterern im Jahresdurchschnitt der stärkste Personalabbau in 2000 (-12,1 Prozent) statt. Der Personalaufschwung in 2001 (+9,3 Prozent) konnte die Verluste des Vorjahres nicht wieder wettmachen. Genau wie im Gastgewerbe insgesamt, sind die Beschäftigtenzahlen bei Kantinen und Caterern 2002 im Trend rückläufig (-5,5 Prozent).

In keiner anderen Wirtschaftsgruppe lässt sich ein ähnlich hoher statistischer Zusammenhang zwischen der Beschäftigten- und Umsatzentwicklung feststellen wie bei den Kantinen und Caterern. Der Verlauf der Beschäftigtenzahlen korreliert deutlich positiv mit dem Verlauf des nominalen Umsatzes ($r = 0,58$)⁴⁾. Dies deutet darauf hin, dass sich die Beschäftigtenzahlen in dieser Wirtschaftsgruppe besonders stark an saisonalen Schwankungen orientieren.

Zusammenfassung und Ausblick

Wie gezeigt wurde ist das Gastgewerbe ein Wirtschaftsbereich, der stark mittelständisch geprägt ist. Kleine und mittlere Unternehmen erwirtschaften einen Großteil des Gesamtumsatzes im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe.

Der Anteil des Umsatzes und der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftsgruppen am Gastgewerbe insgesamt hat sich von 1998 bis 2002 nicht wesentlich verändert. Sowohl im Hinblick auf den Umsatz als auch im Hinblick auf die Beschäftigtenzahlen stellt die Speisegastronomie nach wie vor den mit Abstand größten Anteil am Gastgewerbe. Allerdings machte die Speisegastronomie in 2002 einen geringeren Anteil am Gastgewerbeumsatz insgesamt aus als noch 1998. Hingegen hat das Beherbergungsgewerbe ebenso wie das „Sonstige Gaststättengewerbe“ hinsichtlich des Umsatzes in den letzten fünf Jahren an Bedeutung hinzugewonnen.

Die Neuregelung des „630-Mark-Gesetzes“ im April 1999 hatte im nordrhein-westfälischen Gastgewerbe eine Streichung von zahlreichen Arbeitsplätzen mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit unter der branchen-, orts- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit zur Folge. Zwar war bis 2000 auch die Zahl der Vollzeitbeschäftigten rückläufig, allerdings fiel der Rückgang sehr viel geringer aus als im Teilzeitbereich. Im Jahre 2001 erholte sich der Arbeitsmarkt im Gastgewerbe vorübergehend, bevor 2002 ein erneuter Personalabbau einsetzte. Nicht zuletzt der starke Abbau von Teilzeitarbeitsverhältnissen führte dazu, dass der Anteil der Vollzeitbeschäftigung im Gastgewerbe in den letzten fünf Jahren zunahm.

Von 1998 bis 2000 verlief die Umsatzentwicklung im Gastgewerbe relativ konstant. Das erfolgreichste Jahr im Beobachtungszeitraum war 2001. Abgesehen von den Kantinen und Caterern trifft dies auf alle Wirtschaftsgruppen zu. Im Jahr der Euro-Einführung hatte das Gastgewerbe

mit Umsatzeinbußen zu kämpfen, wobei der reale Umsatz auf ein niedrigeres Niveau fiel als der nominale. Ursache dafür ist der Preisanstieg im Gastgewerbe. Am wenigsten war das „Sonstige Gaststättengewerbe“ vom Umsatzeinbruch in 2002 betroffen, hier ließ sich Ende des Jahres sogar eine leichte Entspannung im Trendverlauf feststellen, ebenso bei den Kantinen und Caterern. In den anderen Wirtschaftsgruppen des Gastgewerbes zeigt die Trendkurve auch zum Jahresende weiter nach unten.

Ob das Gastgewerbe sein Tief in diesem Jahr überwindet bleibt abzuwarten, ist aber in Zeiten einer allgemein angespannten wirtschaftlichen Lage eher fraglich. Ebenso ist offen, wie sich die seit dem 1. April 2003 gültige Neuregelung für geringfügige Beschäftigten⁵⁾ auf den Arbeitsmarkt im Gastgewerbe auswirkt. Um die konjunkturelle Entwicklung im Gastgewerbe noch aktueller darzustellen, werden erste Ergebnisse der Monatershebung in Zukunft bereits 30 Tage nach Ende des Berichtsmonats veröffentlicht.

4) Der Korrelationskoeffizient nach Bravais-Pearson gibt Aufschluss über die Stärke des Zusammenhangs zweier Merkmale. Bei $r = +1$ liegt ein maximal starker gleichgerichteter Zusammenhang vor, bei $r = -1$ liegt ein maximal starker gegenläufiger Zusammenhang vor, bei $r = 0$ gibt es keinen statistischen Zusammenhang. – 5) Die Regelung sieht vor, dass Beschäftigungsverhältnisse bis zu einem Bruttoverdienst von 400 Euro (vorher 325 Euro) im Monat für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgabefrei bleiben, während der Arbeitgeber für diese „Minijobs“ Pauschalabgaben an eine zentrale Stelle zahlt.